

Jahresberichte 2017

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin



Der BVV

Gegründet im Jahr 1909, bietet der BVV seit über 100 Jahren zuverlässige Leistungen rund um die betriebliche Altersversorgung für die Beschäftigten der Bank- und Finanzdienstleistungsbranche.

Rund 770 Mitgliedsunternehmen und mehr als 350.000 Versicherte vertrauen auf die Leistungen des BVV. Mit der BVV Versorgungskasse (Unterstützungskasse) und dem BVV Versicherungsverein (Pensionskasse) stehen für Unternehmen der Finanzwirtschaft zwei Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung zur Verfügung. Sie decken ein breites Spektrum der arbeits-, steuer- und versicherungsrechtlichen Aspekte der betrieblichen Altersversorgung ab. Ergänzt wird dieses Angebot durch den BVV Pensionsfonds, der im Rahmen der Auslagerung von Pensionsrückstellungen genutzt wird.

BVV auf einen Blick

	2017	2016	2015	2000	1990
Anzahl					
Mitglieds-/Trägerunternehmen	767	757	760	510	427
Anwärter	351.661	351.554	351.070	294.742	221.873
Rentner	114.367	111.012	107.451	68.344	46.122
Mio. Euro					
Jahresrentenansprüche Leistungen	2.487 730	2.496 697	2.523 666	2.522 360	1.607 137
Verlustrücklage	1.483	1.112	1.009	132	61
Deckungsrückstellung	26.582	25.851	24.868	13.192	5.609
Kapitalanlagen	28.095	26.598	25.826	13.465	5.653
Beitragseinnahmen	697	688	574	476	295
Betriebskostensatz ¹	1,3 %	1,2 %	1,5 %	2,0 %	2,0 %
Laufende Vermögenserträge	1.142	1.078	944	882	412
Nettoverzinsung	4,3 %	4,3 %	3,4 %	6,5 %	6,6 %
Bilanzsumme	28.540	27.543	26.453	13.898	5.903
Gesamtüberschuss ²	372	104	61	417	182
Netto-Beschäftigtenzahl ³	186	189	186	180	199

¹ direkte Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den gebuchten Beiträgen

² inklusive Reserveverstärkungen für zukünftige Zinsverpflichtungen sowie Direktgutschriften

³ ohne Mitarbeiter in Ausbildung

Inhalt

Kapitel	Seite
1 Bericht des Vorstandes	4
2 Jahresbericht 2017 – BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin	10 Organe, Verantwortliche Aktuarin, Treuhänder, Abschlussprüfer 12 Lagebericht 24 Anlagen zum Lagebericht 28 Bilanz 30 Gewinn- und Verlustrechnung 32 Anhang 46 Weitere Angaben zum Anhang 48 Statistische Angaben zum Jahresbericht 52 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 55 Bericht des Aufsichtsrates
3 Jahresbericht 2017 – BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin	58 Organe, Abschlussprüfer 60 Lagebericht 62 Bilanz 62 Gewinn- und Verlustrechnung 63 Anhang 64 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 67 Bericht des Aufsichtsrates
4 Jahresbericht 2017 – BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin	70 Organe, Verantwortliche Aktuarin, Treuhänder, Abschlussprüfer 72 Lagebericht 76 Anlagen zum Lagebericht 78 Bilanz 80 Gewinn- und Verlustrechnung 81 Anhang 88 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 91 Bericht des Aufsichtsrates
5 Weitere Informationen	94 Definition von Kennzahlen 95 Erläuterung wesentlicher Fachbegriffe 96 Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen 110 Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Jahresbericht 2017

Bericht des Vorstandes

Seite 3 – 8

1



Bericht des Vorstandes

Ein weiteres Jahr im Zeichen der Gesetzgebung und des Niedrigzinsumfeldes

Im Berichtsjahr 2017 ist es dem BVV gelungen, in einem für institutionelle Investoren weiterhin anspruchsvollen Umfeld, die gesetzten Ziele zu übertreffen. Es bleibt aufgrund der Situation an den Kapitalmärkten für den BVV herausfordernd, die notwendigen Zielrenditen kontinuierlich jedes Jahr zu erreichen. Dennoch ist festzuhalten: Der BVV sieht sich gut aufgestellt und setzt seine Finanzkraft für die weitere Stärkung des Unternehmens ein.

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld führte 2017 abermals zu einer hohen Nachfrage nach Lösungen zur kapitalgedeckten Ausfinanzierung von Pensionsverpflichtungen aus Direktzusagen. So konnte der BVV Pensionsfonds Einmalbeiträge in Höhe von insgesamt 92,6 Mio. Euro generieren und einmal mehr die Erfolgsgeschichte fortschreiben, die nun mehr als eine Dekade umfasst.

Neben dem Kapitalmarktumfeld bestimmten insbesondere die nationalen sowie europäischen Gesetzgebungsaktivitäten das Geschehen im abgelaufenen Geschäftsjahr – auch dies analog zu den Vorjahren.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz) vom 17. August 2017 hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung zu erhöhen. Bei der Überführung des Gesetzes in die Praxis ist insbesondere zwischen Regelungen zu unterscheiden, die ohne tarifvertragliche Vereinbarung im bisherigen System der betrieblichen Altersversorgung anzuwenden sind und solchen, die ausschließlich auf tarifvertraglicher Ebene umgesetzt werden können. Hieraus und aufgrund europäischer Richtlinien, die in deutsches Recht umgesetzt werden, ergeben sich zahlreiche Vorschriften. Der BVV hat im abgelaufenen Berichtsjahr die Voraussetzungen geschaffen, diese in die bestehenden Abläufe und Systeme zu integrieren.

Europäische und nationale Einflüsse auf die betriebliche Altersversorgung

Steigende Anforderungen an die Arbeitgeber durch das Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie

Zum 1. Januar 2018 ist das Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie in Kraft getreten. Die EU-Mobilitätsrichtlinie (Richtlinie 2014/50/EU vom 16. April 2014) verfolgt das Ziel, die Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union (EU) durch Abbau von Hindernissen in den Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung zu verbessern. Das Umsetzungsgesetz sieht unter anderem eine Verkürzung der Unverfallbarkeitsfristen für den Erwerb von Betriebsrentenanwartschaften, eine Dynamisierung von unverfallbaren Anwartschaften unter bestimmten Voraussetzungen sowie erweiterte Informations- und Auskunftspflichten für Arbeitgeber und Einrichtungen betrieblicher Altersversorgung (EbAV) vor.

Für die Mitgliedsunternehmen des BVV bedeutet die Umsetzung keinen erhöhten Aufwand, da der BVV die gesetzlichen Regelungen bereits heute berücksichtigt.

EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung tritt am 25. Mai 2018 in Kraft. Sie ersetzt die aus dem Jahr 1995 stammende „Richtlinie zum Schutz bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr“ (95/46/EG). Ziel ist die Vereinheitlichung von Regeln für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen. Deshalb gilt die Verordnung unmittelbar in allen EU-Mitgliedsstaaten. In Deutschland löst sie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ab.

In den vergangenen Monaten wurden insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderung durch die DSGVO im BVV ein Projekt initiiert und interne Prozessanpassungen vorgenommen. Wir gehen davon aus, dass wir damit im Bereich des Datenschutzmanagements gut aufgestellt sind.

Bericht des Vorstandes

Richtlinie 2016/2341 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV)

Die Richtlinie 2016/2341 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von EbAV (EbAV-II-Richtlinie) ist am 23. Dezember 2016 im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und 20 Tage später in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben ab Inkrafttreten 24 Monate Zeit, mithin bis zum 19. Januar 2019, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Die EbAV-II-Richtlinie löst die EbAV-Richtlinie (Richtlinie 2003/41) ab, die seit 2003 EU-weit aufsichtsrechtliche Mindeststandards für die Tätigkeit und die „Betriebsbedingungen“ von EbAV gesetzt hatte. Ein Kernbereich der EbAV-II-Richtlinie sind neue Governance- und Informationspflichten, wonach EbAV unter anderem verpflichtet sind, regelmäßig eine eigene Risikobeurteilung vorzunehmen und zu dokumentieren.

Zudem wurden die Regeln zur grenzüberschreitenden Tätigkeit von EbAV überarbeitet und solche zur grenzüberschreitenden Bestandsübertragung eingeführt. In Deutschland fallen Pensionskassen und Pensionsfonds unter diese Richtlinie.

Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz)

Das Gesetz ist am 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Ziel ist die weitere Stärkung und Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung. Kernstück ist die Möglichkeit einer reinen Beitragszusage aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarung (so genanntes Sozialpartnermodell).

Hierbei verpflichtet sich der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer gegenüber allein zur Zahlung eines bestimmten Beitrags. Weitergehende Verpflichtungen treffen den Arbeitgeber nicht. Daneben enthält das Gesetz auch zahlreiche Änderungen für die bereits existierende betriebliche Altersversorgung. So gelten beispielsweise neue steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Regelungen. Zusätzlich werden für den Arbeitgeber Anreize geschaffen, Mitarbeitern mit geringem Einkommen eine Betriebsrente anzubieten und dafür künftig einen Teil der Beiträge erstattet zu bekommen.

Der BVV hat sich bereits frühzeitig mit den konkreten Ausgestaltung- und Umsetzungsmöglichkeiten der reinen Beitragszusage befasst. Gegenüber den Mitgliedern des BVV wurden die Inhalte und Möglichkeiten des Gesetzes im Rahmen der Mitgliederversammlungen 2017 sowie individueller Gespräche thematisiert. Auch mit den Sozialpartnern konnten erste Diskussionen geführt werden. Es ist das strategische Ziel des BVV, als Versorgungseinrichtung für die Umsetzungen der reinen Beitragszusage in einer tarifvertraglichen Regelung für die Beschäftigten des privaten Bankgewerbes gesetzt zu sein. Bereits heute ist der BVV hierfür gut aufgestellt. Da sich viele Mitgliedsunternehmen bereits mit dem aktuellen Produkt- und Leistungsspektrum bedarfsgerecht versorgt fühlen, könnte eine künftige tarifvertragliche Regelung so ausgestaltet sein, dass sie eine Option für die Umsetzung der reinen Beitragszusage für solche Mitgliedsunternehmen beinhaltet, die diese Form der Zusage künftig erteilen möchten. Die Umsetzung würde dann auf tarifvertraglicher Grundlage unternehmensindividuell per Betriebs- oder Dienstvereinbarung erfolgen können.

Hinsichtlich der Produktausgestaltung wird sich der BVV exakt an den Bedürfnissen seiner Mitglieder orientieren. Der Fokus kann zum einen auf einer sicherheitsorientierten Variante liegen, da betriebliche Altersversorgung planbar und verlässlich sein muss. Andererseits kann zudem ein kapitalmarktorientiertes Produkt zur Verfügung gestellt werden, um diesbezüglichen Anforderungen unserer Mitglieder gerecht zu werden.

Vermögensanlage

Kapitalmarktumfeld

Entgegen der Anfang des Jahres noch vorherrschenden Skepsis war 2017 durch ein vergleichsweise hohes Wachstum der Weltwirtschaft und eine ausgesprochen positive Entwicklung der Finanzmärkte gekennzeichnet. Sorgen aus dem Jahr 2016 verbunden mit Schlagworten wie Brexit, Trump oder China erwiesen sich als unbegründet. Auch Ereignisse, wie beispielsweise die Wahlen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Katalonien, oder die Naturkatastrophen „Irma“, „Maria“ und „Harvey“, selbst die schwelenden Krisenherde Nordkorea und Syrien – alles ging mehr oder weniger spurlos an den Finanzmärkten vorbei. Robustes Wirtschaftswachstum, erstmals seit der

Bericht des Vorstandes

Finanzkrise nahezu synchron in allen relevanten Regionen, weiterhin sehr niedrige Zinsen trotz weiterer Leitzinserhöhungen vor allem der US-Notenbank und unverändert ausbleibender Inflationsdruck waren der Nährboden für ein stabiles Finanzmarktumfeld mit historisch niedriger Volatilität in vielen Segmenten.

Wie schon im Jahr 2016 lag der Fokus mehr auf den politischen Ereignissen als auf ökonomischen Entwicklungen. So brachte das erste Jahr der Präsidentschaft Donald Trumps in den USA vornehmlich politische Schlagzeilen, aber nur wenige wirtschaftliche Effekte. In Europa vermochte der neue französische Präsident Macron außerhalb Frankreichs noch wenig greifbare Akzente zu setzen und die komplizierten Brexit-Verhandlungen haben allenfalls das Wirtschaftsklima in Großbritannien belastet.

In Anbetracht der oben aufgezeigten Spannungsfelder bleibt abzuwarten, ob sich die Wirtschaftskraft auf einem Wachstumspfad klar oberhalb von 2 Prozent und damit deutlich oberhalb des Potenzialwachstums etablieren kann. Konjunkturell hat das Wachstum der Eurozone im Jahr 2017 positiv überrascht. Trotz der ungleichen Entwicklungen innerhalb Europas und der Unsicherheiten bezüglich der Auswirkungen des Brexits, hat sich das Wachstum nahe 2,5 Prozent bewegt. Auch in den USA hat sich die Konjunktur weiter erfreulich entwickelt. Wachstum oberhalb von 3 Prozent, nahezu Vollbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent, dazu ein signifikanter Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des US-Dollars – ein nahezu ideales Wirtschaftsumfeld mit entsprechender Resonanz an den Kapitalmärkten.

Das Thema Inflation wird voraussichtlich 2018 an Relevanz gewinnen. Mit steigenden Rohstoffpreisen, fiskalischen Impulsen, robustem Wachstum, engeren Arbeitsmärkten und resultierenden Lohnerhöhungen wäre der Boden bereitet für einen klassischen zyklischen Inflationsimpuls. Dem stehen jedoch unverändert die strukturellen Entlastungseffekte insbesondere aus Globalisierung und Digitalisierung entgegen.

Wie in den vergangenen Jahren gehörte – abseits der Politik – die größte Aufmerksamkeit den Zentralbanken verbunden mit den Fragen, wo, ob und wie schnell eine Normalisierung der Zinspolitik erfolgt. Die im vergangenen Jahr beschriebene Divergenz setzte sich 2017 fort. Während die US-Notenbank Fed ihren Leitzins graduell weiter nach oben schleuste, wurde seitens der Europäischen Zentralbank

(EZB) nicht nur am Leitzins festgehalten, sondern das Kaufprogramm für Anleihen erneut verlängert.

An den Anleihemärkten der Eurozone hielt das für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung sowie Versicherer sehr herausfordernde Niedrigzinsumfeld an. Die 2016 erreichten Tiefststände wurden jedoch in 2017 nicht mehr bestätigt und längere Laufzeitsegmente im Euroraum haben negative Renditezone verlassen. Mit Blick auf die begrenzte und unverändert historisch niedrige Bandbreite der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen in 2017 von ca. 0,20 bis 0,60 Prozent wird deutlich, dass es noch ein weiter Weg zurück zur Normalität im Zinsbereich ist. In Teilsegmenten wie Pfandbriefen und Unternehmensanleihen führte – und führt – das Kaufprogramm der EZB zu massiven Marktverwerfungen und abnorm niedrigen Risikoaufschlägen (Credit Spreads). Eine schrittweise Rückführung des Kaufprogramms sollte die Agenda in 2018 beherrschen bevor, erst in fernerer Zukunft, wieder eine Normalisierung der Leitzinsen auch in der Eurozone in den Fokus rückt.

Profiteure dieser Rahmenbedingungen waren 2017 vor allem liquide Anlageklassen wie Aktien und Unternehmensanleihen sowie illiquide Privatmarktsegmente wie Immobilien, Infrastruktur oder Finanzierungen. Nahezu alle Assetklassen – mit Abstrichen bei Staatsanleihen – haben sich im vergangenen Jahr positiv entwickelt. Die Aussichten für das Jahr 2018 sind auch weiterhin vorsichtig konstruktiv. Solange kein abrupter Zinsanstieg erfolgt und rezessive Entwicklungen sowie politische Schocks ausbleiben, sollten die bereits in 2017 favorisierten Anlagekategorien weiterhin Unterstützung finden – ein ähnlicher Kursanstieg wie 2017 wäre allerdings überraschend. In der Folge der Trends in 2017 sind nunmehr historisch hohe Bewertungen bis hin zu so genannten Bewertungsblasen in einzelnen Teilsegmenten zu konstatieren, die den Ertragsspielraum in der Folgezeit begrenzen. Es wäre daher fahrlässig, die positive Entwicklung fortzuschreiben: Ein ähnlich schwankungsarmes und ertragreiches Jahr wie 2017 ist angesichts der erreichten Bewertungsniveaus, des spätzyklischen Charakters der konjunkturellen Entwicklung und der nach wie vor existierenden Krisenherde nur schwer vorstellbar.

Anlagepolitik

Die seit Jahren zu verzeichnende Erosion des zinstragenden Direktbestandes wird sich 2018 wohl fortsetzen, es sei denn, ein unerwartet scharfer Zinsanstieg in der Eurozone eröffnet neue Anlageoptionen. Der Anteil des Direkt-

Bericht des Vorstandes

bestandes – traditionell das Rückgrat der Kapitalanlage nicht nur des BVV, sondern aller Pensionskassen und Versicherungen – hat in 2017 erstmals die Marke von 50 Prozent unterschritten. Die im Vorjahr bereits beschriebene Fortsetzung der konsequenten weiteren Diversifikation des Portfolios hat sich in den Ergebnisbeiträgen 2017 ausgezahlt und wird im kommenden Jahr fortgeführt.

Der Ausbau der alternativen Zinsanlagen im Bereich marktferner Finanzierungen („Private Debt“) steht unverändert auf der Agenda. Der forcierte Portfolioaufbau der vergangenen Jahre führte zum Jahresende 2017 bereits zu einem investierten Volumen von rund 6 Prozent des Portfolios und zu einer leichten Stabilisierung der Ertragskraft. Die Suche nach Rendite treibt jedoch viele Anleger in diese Richtung und einige Marktsegmente weisen auch hier hohe Bewertungen auf. Insofern können die Investments nur noch selektiv verstärkt werden.

Investments in aktienorientierten Strategien („Public Equity“) wurden ebenfalls weiter ausgebaut. Die aufsichtsrechtliche Aktienquote betrug zum Jahresultimo 2017 rund 10 Prozent. Aufgrund der breiten Diversifikation, der Nutzung taktischer Elemente sowie Absicherungsstrategien und der vollen Anrechnung auch marktneutraler Strategien wird damit das tatsächliche Aktienexposure jedoch deutlich überzeichnet.

In den illiquiden Assetklassen Immobilien, Infrastruktur und Private Equity sind seit Jahren Investmentprogramme etabliert, die tendenziell zu weiteren Neuinvestments in diesen Bereichen und damit zu einem wachsenden Portfoliogewicht führen werden. Die Reife der Programme und das attraktive Marktumfeld führen jedoch auch vermehrt zu Realisationen, sodass die Allokation insgesamt langsamer ansteigen wird.

Insgesamt sind damit die Weichen gestellt, um auch langfristig ein hinreichendes Ertragsniveau des Anlageportfolios zu sichern. Der Preis für diese Schritte war und ist jedoch ein höheres Maß an Volatilität und damit eine erheblich geringere Planbarkeit der Jahreserträge sowie die Notwendigkeit zur Bereitstellung von Risikokapital. Eine flexible Anlagepolitik in Verbindung mit hoher Diversifikation werden Kernelemente der Strategie für das Jahr 2018 bleiben. Sofern sich Möglichkeiten ergeben, hat die Stärkung des zinstragenden Direktbestandes hierbei uneingeschränkt Priorität.

Jahresbericht 2017

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin

Seite 9 – 56

2



Aufsichtsrat

Heinz Laber Vorsitzender	Ehem. Mitglied des Vorstandes, UniCredit Bank AG, München
Frank Annuscheit stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstandes, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Gabriele Platscher stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrates, Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim
Carsten Anlauf	Mitglied des Betriebsrates, Berliner Volksbank eG, Berlin
Michael O. Bentlage	Sprecher der Geschäftsleitung, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main
Gunnar de Buhr	Mitglied des Betriebsrates, Commerzbank AG, Hamburg
Edwin Echl	Mitglied des Vorstandes, SEB AG, Frankfurt am Main
Bettina Kies-Hartmann	Mitglied des Gesamtpersonalrats und Mitglied des Örtlichen Personalrats Region Stuttgart der Landesbank Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Bank
Michael Klaus	Mitglied des Partnerkreises, B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Frankfurt am Main
Peter König bis 06.07.2017	Mitarbeiter, UniCredit Bank AG, München
Oliver Menke-Tenbrink ab 07.07.2017	Mitglied des Betriebsrates, UniCredit Bank AG, München
Dr. Hans-Walter Peters	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
Karl von Rohr	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Carola Gräfin von Schmettow	Sprecherin des Vorstandes, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Helene Strinja	Vorsitzende des Betriebsrates, SEB AG, Frankfurt am Main
Jürgen Tögel	Mitglied des Gesamtbetriebsrates und örtlichen Betriebsrates, Deutsche Bank AG, München

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. ist eine überbetriebliche Pensionskasse in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit. Er bietet seinen Mitgliedsunternehmen betriebliche Altersversorgung als Pensionsversicherung sowie auch als Rückdeckungsversicherung für die zugesagten Leistungen der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. – der Unterstützungskasse des BVV – und des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG.

Mitglieder beim BVV Versicherungsverein sind deutsche Banken, Finanzdienstleister und diesen verbundene Dienstleistungsunternehmen, deren versicherte Mitarbeiter sowie ehemalige Mitarbeiter, die ihre Versicherung freiwillig fortsetzen. Mitglieder sind auch die BVV Versorgungskasse und der BVV Pensionsfonds.

Jeder Versicherte kann zur Ergänzung seiner betrieblichen Altersversorgung weitere Versicherungen (Entgeltumwandlung, Riester-Rente) abschließen und damit die Höhe seiner späteren Versorgung individuell bestimmen.

Gegenstand der Versicherung ist die Erbringung einer Rentenleistung nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten und Sterbegeldern.

Vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase und der kaum auskömmlichen Zinserträge reagieren die Banken seit einigen Jahren insbesondere mit Digitalisierungsprojekten für ihre Prozesse, um ihre Kostenseite zu entlasten. Darüber hinaus sind infolge der Einsparungsaktivitäten seit einigen Jahren eine Konsolidierung im Bankenmarkt sowie der zunehmende Rückzug zahlreicher Banken aus der Fläche zu beobachten. Die Anzahl der Banken, Bankfilialen und der Mitarbeiter nehmen weiter ab. Dies hat direkte Auswirkungen auf den Versichertenbestand des BVV. Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der beitragszahlenden Versicherten erneut leicht rückläufig entwickelt. Dennoch konnten die laufenden Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Trotz struktureller Änderungen in der Banken- und Finanzdienstleistungsbranche ist es dem BVV zudem gelungen, neue Mitgliedsunternehmen zu gewinnen. Ebenso stieg die Gesamtzahl der beim BVV versicherten Mitarbeiter an. Der Zugang im Rentenbestand entwickelte sich planmäßig.

Gesamtwirtschaftlicher Überblick

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stieg unerwartet stark mit einem Plus von 2,2 Prozent. Es wurde deutlich mehr investiert als angenommen. Durch die starke Nachfrage nach Arbeitskräften sank die Erwerbslosenquote weiter auf 5,7 Prozent. Die Staatsausgaben stiegen auf circa 329,1 Milliarden Euro an. Auch die Inflationsrate nahm im Vergleich zum Vorjahr auf 1,7 (0,5) Prozent zu. Eine ähnlich hohe Inflationsrate wurde zuletzt 2013 gemessen. Gründe sind insbesondere höhere Kosten für Energie und Lebensmittel.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ die Leitzinsen bei 0,00 Prozent. Eine Anhebung ist vorerst nicht zu erwarten. Allerdings will die EZB ihre Wertpapierkäufe um die Hälfte auf 30 Milliarden Euro monatlich absenken. Dieses Programm soll mindestens bis Ende September 2018 laufen. Das Wirtschaftswachstum liegt derzeit bei 2,3 Prozent. Damit ist die europäische Wirtschaft so stark wie seit 2007 nicht mehr. Die Inflationsrate der Eurozone stieg durch den Aufschwung auf 1,5 (1,1) Prozent, blieb aber unter dem Ziel von nahe 2 Prozent.

Im Gegensatz zum letzten Jahr stieg das Wirtschaftswachstum der USA wieder über die 2-Prozent-Marke. Die Arbeitslosenquote sank auf 4,1 Prozent. Damit stieg die Beschäftigung schwächer als erwartet. Im Verlauf des letzten Jahres hat die US-Notenbank Fed die Leitzinsen in mehreren Schritten leicht angehoben. Derzeit liegen sie zwischen 1,25 und 1,5 Prozent. 2018 sollen die Zinsen weiter steigen. Damit reagiert die Fed auf den derzeitigen konjunkturellen Aufschwung in den USA.

Die Weltwirtschaft verzeichnete einen Zuwachs von 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (3,0 Prozent). Das liegt insbesondere auch an den USA, wo durch die sich abzeichnende Steuerreform mehr investiert wird. Auch die Schwellenländer erholen sich langsam. Die weltweite Inflationsrate liegt bei 3,0 Prozent und ist damit deutlich geringer als im Vorjahr (4,3 Prozent).

Entwicklung der Lebensversicherungsbranche

Die Lebensversicherungsbranche befindet sich weiterhin in einem schwierigen Umfeld und steht vor großen Herausforderungen wie dem extremen Niedrigzinsumfeld, Solvency II und zunehmendem Kostendruck.

Lagebericht

Die hohen finanziellen und regulatorischen Belastungen führten 2017 zu verstärkten Diskussionen über den Run-Off von (Teil-)Versicherungsbeständen. Im Zuge von Konzernnumbaumaßnahmen haben erneut Lebensversicherer das Neugeschäft eingestellt und erwägen, die Bestände an Investoren zu veräußern, was öffentlich sehr negativ kommentiert wird.

Die Lebensversicherer haben aufgrund des Niedrigzinsumfeldes und des resultierenden Kostendrucks in den vergangenen Jahren massiv in Digitalisierungsprojekte investiert. Damit wollen sie ihre Abläufe effizienter gestalten, aber auch neue Vertriebswege erschließen.

Entwicklungen in der betrieblichen Altersversorgung

Die Entwicklungen in der betrieblichen Altersversorgung wurden im Berichtsjahr maßgeblich durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz geprägt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2018 kommen zahlreiche Änderungen in das deutsche System der betrieblichen Altersversorgung.

Zukünftig wird es möglich sein, eine betriebliche Altersversorgung als reine Beitragszusage auf Basis einer tarifvertraglichen Regelung zu vereinbaren. Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass die Versorgungseinrichtung keinerlei Garantien aussprechen darf. Daneben bringt das Gesetz auch zahlreiche Änderungen für die bereits existierende betriebliche Altersversorgung mit sich. So gelten beispielsweise neue steuerliche Förderungen sowie ein verpflichtender Arbeitgeberzuschuss bei Entgeltumwandlung. Mit der Einführung der reinen Beitragszusage hat der Gesetzgeber die Informationspflichten der Versorgungseinrichtungen erheblich ausgeweitet.

Wirtschaftsbericht

Jahresabschluss, Überschuss, Gewinnquellen

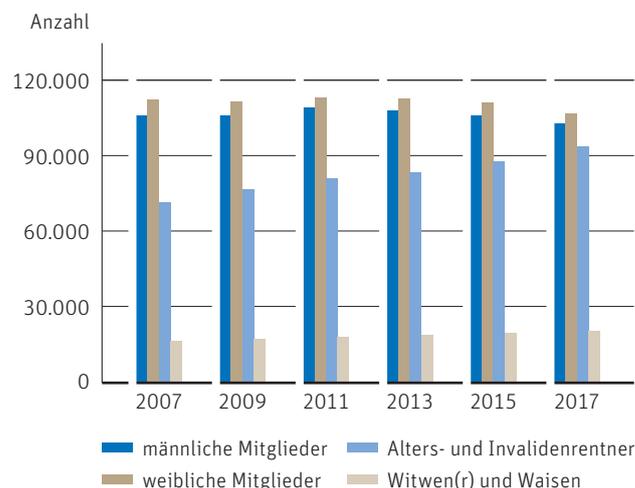
Aus dem deutlich angestiegenen Überschuss des Geschäftsjahres von 371,9 (104,1)¹ Mio. Euro wurden 370,6 (102,7) Mio. Euro in die Verlustrücklage eingestellt und 1,3 (1,4) Mio. Euro als Direktgutschriften ausgeschüttet. Grund ist die Stärkung der Eigenkapitalausstattung im

vorherrschenden Kapitalmarktumfeld. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde wie im Vorjahr nicht dotiert. Die Zinserträge aus der Kapitalanlage waren infolge des anhaltenden extremen Niedrigzinsniveaus abermals rückläufig und reduzierten sich um 30,5 Mio. Euro auf 572,4 (602,9) Mio. Euro. Die Ausschüttungen aus den Investmentvermögen stiegen hingegen erneut deutlich um 95,0 Mio. Euro auf insgesamt 568,2 (473,2) Mio. Euro. Die außerordentlichen Erträge nahmen um 14,8 Mio. Euro auf insgesamt 56,7 (71,5) Mio. Euro ab. Die Erträge aus Kapitalanlagen erhöhten sich im Berichtsjahr somit insgesamt um 49,0 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen sanken hauptsächlich infolge des geringeren Umfangs an außerplanmäßigen Abschreibungen um 11,0 Mio. Euro. Das Gesamtergebnis der Kapitalanlage stieg daher im Vergleich zum Vorjahr um 60,0 Mio. Euro. Der Geschäftsverlauf übertraf somit die Prognose für das Berichtsjahr. Der Gesamtüberschuss stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich an.

Bestandsentwicklung

Die Anzahl der Anwärter, die direkt oder über die Rückdeckungsverträge mit der BVV Versorgungskasse sowie dem BVV Pensionsfonds bei dem BVV Versicherungsverein versichert sind, hat sich wie auch die Anzahl der Leistungsempfänger im Berichtsjahr erneut erhöht. Einschließlich beitragsfrei Versicherter hatte der BVV am Ende des Berichtsjahres 351.661 (351.554) Anwärter und 114.367 (111.012) Rentner. Einzelheiten können den Übersichten auf den Seiten 24 ff. entnommen werden.

Entwicklung des Bestandes der beitragspflichtigen Versicherten und der Rentner



¹ Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Lagebericht

Pflichtversicherte

Die Gesamtzahl der Pflichtversicherten ist gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken. Am 31. Dezember 2017 waren 128.511 (130.953) Mitarbeiter von Vollmitgliedsunternehmen beim BVV pflichtversichert, für weitere 16.101 (16.675) wird die Pflichtversicherung bei anderen Mitgliedsunternehmen fortgeführt.

Freiwillig Versicherte

Die Möglichkeit der individuellen freiwilligen Weiterversicherung wird von den Versicherten weiterhin stark genutzt. Dessen ungeachtet sank die Zahl der auf privater Basis freiwillig Versicherten im Geschäftsjahr geringfügig auf 55.764 (56.053).

Leistungsempfänger

Der Bestand der Leistungsempfänger entwickelte sich stetig. Am Ende des Berichtsjahres wurden 81.088 (78.193) Altersrenten, 12.716 (12.707) Invalidenrenten und 20.563 (20.112) Hinterbliebenenrenten gezahlt. Der Anteil der vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Anspruch genommenen Altersrenten (vorgezogene Altersrente) ist bei den Männern leicht und bei den Frauen deutlich zurückgegangen.

Angaben zum Bestand der Leistungsempfänger sind auf den Seiten 48 bis 51 abgedruckt.

Mitgliedsunternehmen

Am 31. Dezember 2017 waren 767 (757) Unternehmen Vollmitglied im BVV. Diese Unternehmen melden alle Mitarbeiter, denen sie eine Versorgungszusage geben, bei dem BVV Versicherungsverein oder der BVV Versorgungskasse an.

Im Berichtsjahr wurden 26 (30) neue Unternehmen für die Vollmitgliedschaft im BVV gewonnen. Gleichzeitig haben 16 (33) Unternehmen zumeist durch Verschmelzungen ihre Mitgliedschaft beendet.

Im Jahr 2017 haben sich 9 (14) Unternehmen entschlossen, die durch Entgeltumwandlung finanzierte betriebliche Altersversorgung ihrer Angestellten beim BVV durchzuführen. Dafür haben sie die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV Versicherungsverein oder in der BVV Versorgungskasse erworben. Demgegenüber haben im Berichtsjahr

5 (19) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV zumeist wegen Unternehmensfusion beendet. Insgesamt bestand am 31. Dezember 2017 für 388 (384) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV.

Eine Aufstellung aller Mitglieds- und Trägerunternehmen sowie der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen ist auf den Seiten 96 ff. abgedruckt.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen stiegen netto um 7,9 Mio. Euro auf 696,4 (688,5) Mio. Euro. In diesem Betrag sind die von der BVV Versorgungskasse gezahlten Rückdeckungsbeiträge in Höhe von 408,9 Mio. Euro sowie die Einmalbeiträge des BVV Pensionsfonds aus den rückgedeckten Pensionsplänen von 40,1 Mio. Euro enthalten. Der leichte Anstieg der Beitragseinnahmen von 1,1 Prozent resultiert vorwiegend aus den Kompensationsbeiträgen der Mitgliedsunternehmen und Einzelversicherten infolge der Rentenfaktorsenkung des letzten Jahres. Damit konnte der Rückgang der Einmalbeiträge aus den rückgedeckten Pensionsplänen des BVV Pensionsfonds (-68,9 Mio. Euro) mehr als kompensiert werden. Insgesamt haben sich die Beitragseinnahmen positiver als erwartet entwickelt.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge stiegen im Berichtsjahr auf 1.142,1 (1.078,3) Mio. Euro. Unter Einbeziehung von realisierten Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 56,7 (71,5) Mio. Euro ergaben sich Gesamterträge von 1.198,8 (1.149,8) Mio. Euro. Zuschreibungen waren nicht vorzunehmen. Die durchschnittliche Verzinsung des Kapitalanlagebestandes betrug 4,2 (4,1) Prozent und entwickelte sich leicht positiver als erwartet. Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses wurde wie im Vorjahr eine Nettoverzinsung von 4,3 (4,3) Prozent erreicht, die unsere Erwartungen erfüllte.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die laufenden Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 6,6 (6,9) Mio. Euro leicht unter Vorjahresniveau. Nach Einbeziehung von Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 9,9 (3,2) Mio. Euro sowie ausbleibenden außerplanmäßigen Abschreibungen auf Kapitalanlagen (im Vorjahr 17,5 Mio. Euro) ergaben sich Gesamtaufwendun-

Lagebericht

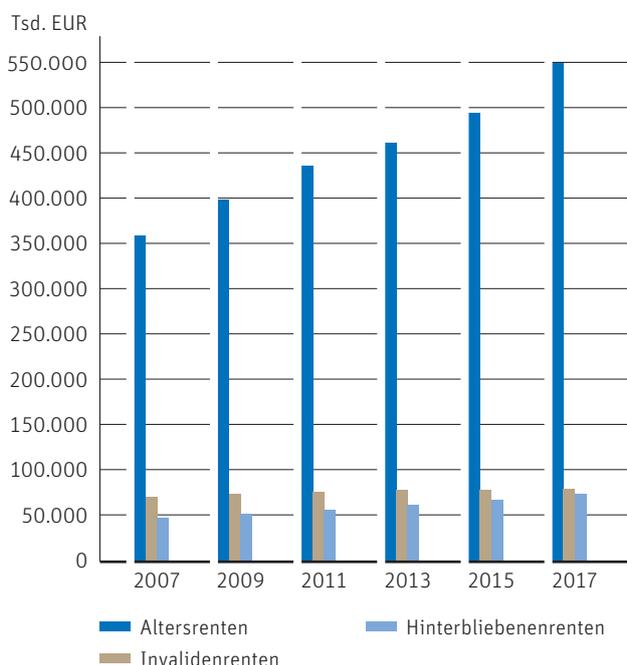
gen von 16,5 (27,5) Mio. Euro. Diese lagen insgesamt im Bereich unserer Erwartungen.

Leistungen

Die gesamten Versicherungsleistungen sind von 697,2 Mio. Euro auf 729,6 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung des Aufwandes um 32,4 Mio. Euro ist mit dem planmäßigen Anstieg der laufenden Rentenleistungen zu erklären. In den gesamten Versicherungsleistungen sind über die BVV Versorgungskasse sowie über den BVV Pensionsfonds gezahlte Leistungen in Höhe von insgesamt 92,2 Mio. Euro enthalten.

Gezahlte Versicherungsleistungen nach Rentenarten

(Renten mit Vorjahreszahlungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung)



Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten sind wie in der Lebensversicherungswirtschaft als „Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ ausgewiesen. Mit 1,3 (1,2) Prozent gemessen an den Beitragseinnahmen erhöhte sich der Verwaltungskostensatz – nach dem deutlichen Rückgang des Vorjahres – infolge der gestiegenen Rückstellungen für Altersversorgungsaufwendungen wie erwartet. Er liegt jedoch nachhaltig deutlich unter dem Durchschnitt der Lebensversicherungsbranche.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis ist hauptsächlich durch die Erträge aus Dienstleistungsverträgen sowie durch Zinsaufwendungen für Nachrangdarlehen, Gemeinkosten für das Unternehmen als Ganzes und Zinsaufwendungen für langfristige Personalrückstellungen gekennzeichnet. Es betrug zum Bilanzstichtag –20,2 (–21,5) Mio. Euro. Die leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Zinsaufwendungen für die Nachrangdarlehen sowie aus den zusätzlichen Erträgen für erbrachte Dienstleistungen im Rahmen des nicht rückgedeckten Pensionsfondsgeschäfts.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steueraufwendungen sind hauptsächlich durch Körperschaft- und Gewerbeertragsteuerbelastungen des Geschäftsjahres 2017 bedingt und betragen insgesamt 29,7 (10,6) Mio. Euro. Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus zusätzlichen Steueraufwendungen aufgrund des um 267,9 Mio. Euro gestiegenen Jahresüberschusses. Ferner wurden infolge der Investmentsteuerreform (2018) sämtliche bereits versteuerten thesaurierten Erträge der Vorjahre aus den Investmentvermögen ausgeschüttet und somit steuerentlastend für den BVV vereinnahmt.

Kapitalanlagen

Das Jahr 2017 stand im Zeichen der weiteren Umsetzung der im Jahr zuvor überprüften und angepassten Strategischen Asset Allocation. Ziel ist die Erschließung neuer Ertragsquellen durch weitere Diversifikation zur notwendigen Substitution im Niedrigzinsumfeld ausbleibender Zinserträge im Direktbestand. Der Anteil des zinstragenden Direktbestandes fiel mangels hinreichend attraktiver

Lagebericht

Investmentchancen im Anleihenmarkt der Eurozone erstmals unter die 50-Prozent-Schwelle.

Damit konzentrierten sich die Anpassungen des Portfolios erneut auf extern mandatierte Investmentvermögen. Im Jahr 2017 wurden jedoch keine neuen Assetklassen in das Portfolio aufgenommen, vielmehr wurden die bestehenden Portfoliobausteine planmäßig ausgebaut.

Im Segment der illiquiden Privatmarktstrategien für Eigenkapitalinvestments wurden die Anlageprogramme in Private Equity, Infrastruktur und Immobilien fortgeführt. Die auf Kapitalzusagen („Commitments“) und sukzessiven Kapitalabrufen ausgelegten Programme befinden sich nunmehr nahezu im „Evergreen-Modus“, das heißt neue Kapitalzusagen werden in der Regel so dimensioniert, dass der quotale Anteil am Portfolio entsprechend der Zielquote stabil bleibt oder allenfalls leicht steigt. Im Rahmen der Privatmarktstrategien für Fremdkapitalinvestments erfolgte ein kontinuierlicher Aufbau vor allem bei Unternehmens-, Flugzeug- und Infrastrukturfinanzierungen mit externen Partnern. Dabei handelte es sich um planmäßige Ziehungen bestehender Kapitalzusagen, eine Ausweitung der Investments durch neue Commitments erfolgte nur in geringem Umfang.

Bei liquiden Investmentstrategien stand der über verschiedene Subsegmente diversifizierte Aktienbereich im Mittelpunkt. Hier wurden unter anderem Strategien (wie „long short“ und „market neutral“) aufgestockt, die nicht 1:1 der Entwicklung des Aktienmarktes folgen, sodass die entsprechend der aufsichtsrechtlichen Einordnung berechnete Aktienquote das tatsächliche Aktienexposure deutlich überzeichnet. Zudem sind die Aktieninvestments unverändert einem gesonderten Risikomanagement unterworfen, was potenzielle Verluste in einer ausgeprägten Baissephase begrenzen soll.

Da auch im kommenden Jahr in der Eurozone keine nennenswerte Zinswende erwartet wird, ist absehbar, dass der zinstragende Direktbestand weiter abschmilzt. Das Ziel bleibt wie in den vergangenen Jahren die Erzielung eines adäquaten Ergebnisses entsprechend den Zinsanforderungen der Passivseite und die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit des BVV. Extreme Marktentwicklungen müssen im Umfeld hoher wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten dabei einkalkuliert werden. Sie erschweren die Planbarkeit der Ergebnisse wie auch der Allokation zusätzlich.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Prozent		
	2017	2016
Anteile an Investmentvermögen	54,4	49,0
Namenschuldverschreibungen	23,5	25,8
Schuldscheinforderungen	7,8	9,1
Festverzinsliche Wertpapiere	14,2	15,4
Einlagen bei Kreditinstituten	0,0	0,6
Grundstücke, Hypotheken, Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	0,1	0,1

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung bildet die notwendige Reserve, um die laufenden und zukünftigen Verpflichtungen aus dem Direkt- und dem Rückdeckungsgeschäft unter Berücksichtigung der noch zu zahlenden Beiträge und der Verzinsung zu erfüllen. Zum 31. Dezember 2017 erhöhte sich die Deckungsrückstellung (netto) gegenüber 2016 von 25,851 Mrd. Euro um 2,8 Prozent auf 26,582 Mrd. Euro. Hierin sind 12,4 Mio. Euro zur Deckung der Anpassungszuschläge 2018 enthalten.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist auf Seite 40 dargestellt.

Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung werden Anpassungszuschläge für unsere Versicherten und Rentner finanziert. Die Summe der jährlichen Anpassungszuschläge ergibt eine Überschussrente, die unbefristet zusätzlich zu der bedingungsgemäßen Rente (Stammrente) gezahlt wird.

Für das Jahr 2019 wurden die Überschussanteilssätze unverändert belassen. Die genauen Angaben sind den Tabellen auf den Seiten 46 und 47 zu entnehmen.

In der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind 21,0 (15,4) Mio. Euro für die Überschussbeteiligung des Jahres 2019 gebunden.

Verlustrücklage

Die Verlustrücklage beträgt 1.482,8 (1.112,2) Mio. Euro. Die Dotierung des Berichtsjahres von 370,6 Mio. Euro ist ein weiterer notwendiger Schritt zur Stärkung der Fi-

Lagebericht

nanzkraft und Eigenkapitalausstattung. Dies ist für den BVV – angesichts des unvermindert anhaltenden Niedrigzinsumfeldes – ein weiterer Meilenstein zur Festigung der Unternehmensstabilität aus eigener Kraft. Die Eigenkapitalquote des BVV unter Hinzurechnung der Nachrangdarlehen sowie der ungebundenen Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung hat sich dank der hohen Dotierung der Verlustrücklage im Vergleich zum Vorjahr nochmals verbessert. Sie beträgt im Verhältnis zur Deckungsrückstellung 6,8 Prozent und liegt damit deutlich über unseren Erwartungen.

Liquidität

Die Finanzlage des BVV ist durch eine ausreichende Liquidität in Form von Barmitteln sowie jederzeit veräußerbaren Wertpapieren gekennzeichnet. Liquiditätsengpässe, die infolge einer unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen oder aufgrund erhöhter Zahlungsanforderungen auftreten können, sind für den BVV nicht zu erwarten. Insgesamt stehen zum Bilanzstichtag liquide Mittel in einer Gesamthöhe von 109,8 (398,4) Mio. Euro zur Verfügung.

Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2017 war durch ein vergleichsweise hohes Wachstum der Weltwirtschaft und eine ausgesprochen positive Entwicklung an den Finanzmärkten gekennzeichnet. Ein robustes Wirtschaftswachstum, erstmals seit der Finanzkrise nahezu synchron in allen relevanten Regionen, das weiterhin ausgeprägte niedrige Zinsumfeld und unverändert ausbleibender Inflationsdruck waren der Nährboden für ein stabiles Finanzmarktumfeld mit historisch niedriger Volatilität in vielen Segmenten.

Diese positive Entwicklung an den Kapitalmärkten spiegelt sich auch im Geschäftsverlauf und somit in den Kennzahlen des BVV wider. So haben insbesondere die Erfolgskennziffern der Kapitalanlage, die Eigenkapitalquote sowie der Gesamtüberschuss die Vorjahreswerte teilweise deutlich übertroffen und lagen insgesamt über den gesetzten Zielen.

Die Verwaltungskostenquote hingegen stieg erstmals wieder um 10 Basispunkte an, was insbesondere durch die überdurchschnittlich hohen Zuführungen zu den Pensi-

onsrückstellungen zu begründen ist. Dieser Effekt wird im Geschäftsjahr 2018 in dieser Form voraussichtlich nicht eintreten.

Die Dotierung der Verlustrücklage fiel mit 370,6 Mio. Euro gegenüber der Planung deutlich höher aus und verschafft dem BVV einen „Puffer“ angesichts der enormen Herausforderungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld, die im Erfordernis zur Investition in volatilere Anlagekategorien resultieren.

Die Beitragseinnahmen lagen ebenfalls über den Erwartungen. Insbesondere die Kompensationsbeiträge der Mitgliedsunternehmen, die infolge der Rentenfaktorsenkung des vergangenen Jahres zusätzlich entrichtet wurden, sorgten für diesen positiven Effekt. Der BVV Pensionsfonds konnte wie erwartet das hohe Beitragsvolumen des vergangenen Jahres im rückgedeckten Geschäft nicht wiederholen.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet der BVV nicht mit einer signifikanten Änderung der Rahmenbedingungen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird voraussichtlich ein ähnlich robustes Niveau wie im Jahr 2017 aufweisen. In Bezug auf Inflationsrate und Zinsentwicklung ist die Prognose deutlich unschärfer. In der Theorie hätte das robuste Wirtschaftsumfeld längst höhere Verbraucherpreise nach sich ziehen müssen, zumal am Arbeitsmarkt in vielen Regionen bereits eine Verknappung entstanden ist. Die Nachhaltigkeit und Gewichtung der tendenziell deflationär wirkenden Faktoren wie Globalisierung und Digitalisierung ist ebenso schwer abschätzbar wie die Verhaltensmuster der Notenbanken. Ein Zinsanstieg, der die Renditen für Anleihen der Eurozone auf ein für den BVV notwendiges Niveau hebt, ist indes für 2018 weiterhin nicht realistisch.

Insofern ist zu erwarten, dass der planbare Erträge liefernde Direktbestand zinstragender Titel weiter zurückgehen wird, einhergehend mit einem weiteren Abschmelzen des Bestandszinses und einem tendenziell verschlechterten Bonitätsniveau. Die Fortführung der Anlagepolitik, mit konsequenter Diversifikation über Anlagethemen und Assetklassen hinweg alternative Ertragsquellen zu nutzen, bleibt die sachgerechte Handlungsoption im aktuellen Umfeld. In vielen Assetklassen sind der Marktzyklus und damit das Bewertungsniveau schon weit fortgeschritten, sodass eine Fortschreibung der volatilitätsarmen und po-

Lagebericht

sitiven Markttrends und damit auch des Anlageergebnisses aus 2017 für 2018 fahrlässig wäre.

Die fortlaufende Verschiebung des Anlageschwerpunktes weg vom zinstragenden Direktbestand hin zu einem breit diversifizierten Portfolio volatilerer und illiquiderer Anlageklassen führt zwangsläufig zu größerer Planungsunsicherheit. Für das Ergebnis der Kapitalanlage, die Nettoverzinsung und die Durchschnittsverzinsung erwarten wir aus heutiger Sicht dennoch Werte maximal auf dem Niveau des Vorjahres.

Infolge der Annahmen zur Beitragsentwicklung dürfte die Verwaltungskostenquote im Geschäftsjahr 2018 spürbar sinken.

Die Eigenkapitalquote wird infolge der verminderten aufsichtsrechtlichen Anrechenbarkeit zweier Nachrangdarlehen voraussichtlich unter dem Vorjahr liegen. Ferner ist geplant, die Rückstellung für Beitragsrückerstattung in gebotenen Umfang zu dotieren.

Insgesamt geht der BVV für das kommende Geschäftsjahr von einem Gesamtüberschuss signifikant unterhalb des abgelaufenen Geschäftsjahres aus.

Risikobericht

Risikomanagement

Das im BVV installierte Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es dient der frühzeitigen und vollständigen Identifikation, Analyse, Bewertung, Überwachung und Steuerung von bestandsgefährdenden Risiken oder von Entwicklungen, die zu bestandsgefährdenden Risiken führen könnten. Die Verantwortung für die Identifikation, Beschreibung, Messung und Bewertung der Einzelrisiken ist dezentral bei den einzelnen Fachbereichen des BVV angesiedelt. Das zentrale Gesamtrisikomanagement verantwortet das implementierte Risikomanagementsystem, dessen Pflege und Weiterentwicklung. Es hat die Aufgabe, nach Sammlung, Plausibilisierung und Aggregation der Einzelrisiken die Gesamtrisikolage des BVV zu bewerten, zu überwachen und darüber zu berichten.

Die Gesamtrisikolage wird im Rahmen einer unternehmensweit durchgeführten jährlichen Risikoinventur auf der Grundlage von Prognosen der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadenpotenzials ermittelt. Über wesentliche Risiken wird monatlich berichtet. Es existiert ein im Unternehmen implementiertes Ad-hoc-Reporting bei kurzfristigen schwerwiegenden Änderungen der Risikosituation.

Als zentrales Element des Risikomanagements im BVV ist ein Asset-Liability-Management (ALM) eingerichtet. Ziel ist es, die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu überwachen. Hierzu werden durch Spezialisten aus den Bereichen Aktuariat, Gesamtrisikomanagement, Portfoliomanagement, Kapitalanlagecontrolling und Rechnungslegung umfangreiche Analysen (Asset-Liability-Studien) durchgeführt, um die bilanziellen Auswirkungen verschiedener Szenarien zu analysieren.

Die Ergebnisse aus der Risikoüberwachung durch das zentrale Gesamtrisikomanagement sowie aus den Asset-Liability-Studien werden innerhalb des Risikokomitees ausgewertet. Dem Risikokomitee gehören neben dem Vorstand, der Verantwortlichen Aktuarin und dem zentralen Risikomanager weitere dezentrale Risikoverantwortliche an. Mit Hilfe des so etablierten Risikomanagementsystems kann der BVV frühzeitig negative Entwicklungen erkennen, bewerten und steuern.

Der BVV erfüllt mit den vorhandenen Systemen und Einrichtungen zur laufenden Risikoüberwachung und -steuerung die für Versicherungsunternehmen in Deutschland geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement. Das Risikomanagement des BVV wird regelmäßig durch die Interne Revision geprüft. Die gesetzlich vorgeschriebene Risikoberichterstattung an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und den Aufsichtsrat erfolgt entsprechend der – inhaltlich weiterhin gültigen – aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA).

Um das erreichte Qualitätsniveau im Risikomanagement kontinuierlich zu verbessern und die Einhaltung stetig zunehmender aufsichtsrechtlicher Anforderungen sicherzustellen, unterliegt das Risikomanagementsystem einem ständigen Optimierungsprozess. Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung bildet das ALM-System.

Lagebericht

Der BVV berücksichtigt die folgenden Risikokategorien:

- Risiken aus Kapitalanlagen,
- versicherungstechnische Risiken,
- operationelle Risiken und
- strategische Risiken.

Diese werden nachfolgend näher erläutert.

Risiken aus Kapitalanlagen

Oberstes Ziel des Risikomanagements im Hinblick auf die Kapitalanlagen des BVV ist die Gewährleistung der dauernden Erfüllbarkeit der sich aus den Versicherungsverträgen ergebenden Verpflichtungen. Darüber hinaus dienen die Erträge aus Kapitalanlagen der nachhaltigen Stärkung der Risikotragfähigkeit des BVV. Die vorgenannten Ziele werden systematisch im Rahmen des strukturierten Investmentprozesses und des Asset-Liability-Managements berücksichtigt. Bei der Definition der strategischen Anlagepolitik werden die Ergebnisse der Asset-Liability-Studien beachtet, um die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen zu sichern.

Risiken, die aus einzelnen Kapitalanlagen resultieren, können die Anlageziele Rentabilität, Sicherheit und Liquidität gefährden. Der Grundsatz der Mischung und Streuung bildet daher einen wesentlichen Maßstab bei der Risikosteuerung der Kapitalanlagen. Die Überwachung und Steuerung der Risiken aus Kapitalanlagen erfolgt fortlaufend und wird durch entsprechende Prozesse beziehungsweise organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Das installierte Frühwarnsystem liefert Impulse zur Risikosteuerung und ist in den unternehmensweiten Risikomanagementprozess eingebunden. Für die Risiken aus Kapitalanlagen werden Risikobudgets definiert, die sich aus der Risikotragfähigkeit des BVV ableiten. Bei Überschreitung dieser Risikobudgets werden vorab definierte Prozesse ausgelöst, deren Ziel es ist, die dauerhafte Risikotragfähigkeit des BVV zu erhalten.

Die Überwachung und Bewertung der Risiken aus Kapitalanlagen erfolgt durch das Kapitalanlagecontrolling. Als Element des Gesamtrisikomanagements stellt es die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken aus Kapitalanlagen sicher und fungiert innerhalb des Invest-

mentprozesses als unabhängige Kontroll- und Überwachungsinstanz. Die hierbei eingesetzten Modelle, Instrumente und Verfahren unterliegen einem kontinuierlichen Qualitätssicherungs- und Weiterentwicklungsprozess.

Die Risiken aus Kapitalanlagen lassen sich in die vier Kategorien Marktrisiko, Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko und Liquiditätsrisiko unterteilen.

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr des Wertverlustes von Kapitalanlagen aufgrund negativer Veränderungen von Marktpreisen oder preisbildender Faktoren wie Aktienkursen, Zinsen oder Währungskursen. Aufgrund des sehr hohen Anteils der verzinslichen Papiere an den Kapitalanlagen des BVV haben Veränderungen des Zinsniveaus und der bonitätsbedingten Risikozuschläge (Credit Spreads) einen sehr großen Einfluss auf die Wertschwankungen der Kapitalanlagen. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt primär durch Diversifikation der Werttreiber im Direktbestand. Zur Absicherung von Aktien- und Fremdwährungsanlagen in den Investmentvermögen werden dynamische derivative Sicherungsstrategien eingesetzt. Die Absicherungsinstrumente werden systematisch überwacht und an die Entwicklungen der Kapitalmärkte und der internen Risikobudgets angepasst. Wesentliche preisbildende Marktfaktoren werden kontinuierlich beobachtet. Darüber hinaus sind Szenariorechnungen, Sensitivitätsanalysen und Stresstests zur Quantifizierung der Auswirkungen negativer Marktentwicklungen installiert. Ergänzend werden im Rahmen von Asset-Liability-Studien die Auswirkungen verschiedener Kapitalmarktentwicklungen auf den Bestand analysiert und bewertet. Da auch im letzten Geschäftsjahr keine deutliche Verbesserung der Wiederanlagebedingungen auf den Kapitalmärkten zu beobachten war, besteht die Herausforderung des BVV unverändert darin, mittel- bis langfristig auskömmliche Erträge zu erzielen, um im aktuell andauernden Niedrigzinsumfeld die Zinsverpflichtungen erfüllen zu können. Zwar waren über das Jahr 2017 steigende Zinsen zu verzeichnen, dabei handelt es sich leider noch nicht um eine wirkliche Trendwende, sondern um geringe Korrekturbewegungen auf einem extrem niedrigen Niveau. Negative Zinssätze sind weiterhin im kurzfristigen Anlagebereich die Realität. Dieses Umfeld wird die Ertragskraft der Kapitalanlagen des BVV weiterhin beeinträchtigen.

Lagebericht

Die Ergebnisse der Stressszenarien zu Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken stellen sich für den BVV im Geschäftsjahr 2017 folgendermaßen dar (der Marktwert vor dem Stress adressiert die gesamten Vermögensanlagen des BVV):

Aktienschock-Szenario (in Tsd. EUR)		
Stressfaktor	0 %	-20 % ¹
Marktwert	31.218.975	30.237.554
Delta Marktwert	-	-981.421

¹ unterstellter plötzlicher Aktienschock mit Markt- und Bestandsdaten vom 31.12.2017; alle anderen Faktoren konstant

Zinsänderungs-Szenario (in Tsd. EUR)			
Stressfaktor	-1 % ²	0 %	1 % ²
Marktwert	32.738.258	31.218.975	29.847.151
Delta Marktwert	1.519.283	-	-1.371.824

² unterstellter plötzlicher Zinsschock mit Markt- und Bestandsdaten vom 31.12.2017; alle anderen Faktoren konstant

Das Kreditrisiko umschreibt die Gefahr einer Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit eines Schuldners und kann gegebenenfalls zum totalen Ausfall einzelner Forderungen führen. Um dieser Gefahr zu begegnen, setzt der BVV auch hier auf eine breite Streuung der Kapitalanlagen sowie ein umfassendes und kontinuierlich weiterentwickeltes Limitsystem. Im Rahmen des installierten Kreditüberwachungsprozesses können negative Entwicklungen einzelner Emittenten frühzeitig erkannt werden. Infolge einer Bonitätsverschlechterung eines Emittenten wird ein tiefergehender Analyseprozess ausgelöst, auf dessen Basis Entscheidungen über den weiteren Umgang mit dem betroffenen Bestand im Portfolio und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen zu treffen sind. Das Ausfallrisiko wird durch Vermögensanlagen bei Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder mit erstklassiger Besicherung minimiert. Die Überwachung der Bonität der Emittenten sowie der Auslastungsgrade der definierten Limite erfolgt permanent.

Trotz großer Unsicherheiten in den USA infolge der von Präsident Trump angestoßenen innen- und außenpolitischen Vorhaben sowie in Europa aufgrund der Präsidentschaftswahl in Frankreich sowie der unklaren Folgen der Bun-

destagswahl in Deutschland haben sich die Aktienmärkte 2017 sehr positiv entwickelt. Selbst die zeitweise brisante Zuspitzung konflikträchtiger Situationen in Nordkorea, Südamerika oder im Nahen Osten konnten die positive Grundstimmung der Märkte nur temporär bremsen. Das zuletzt vorsichtigere Agieren der EZB und die Ankündigung, das Aufkaufprogramm für Anleihen 2018 schrittweise zurückzufahren, wurden positiv von den Marktteilnehmern bewertet. Diese Entwicklungen dürfen jedoch nicht über die Unsicherheitsfaktoren hinwegtäuschen. Im Jahr 2018 wird zum Beispiel durch die Wahlen in Italien das Thema Verschuldung sowie die zum Teil weiterhin schlechte Eigenkapitalausstattung des Bankensektors in der Europäischen Union (EU) wieder stärker in den Vordergrund rücken. Auch die weiteren Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien über den so genannten Brexit können für Unsicherheit in den Märkten sorgen. Eine Zuspitzung der derzeit aufkeimenden Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und anderen großen Marktteilnehmern birgt ebenfalls Risiken für einzelne Staaten, Unternehmen und die Kapitalmärkte.

Die Rating- sowie die Emittentenstruktur der Rentenpapiere im Direktbestand stellt sich ausgehend von einem Gesamtnominalwert in Höhe von 12.886.682 Tsd. Euro folgendermaßen dar:

Rating	Prozent
AAA	26,8
AA+	14,6
AA	2,5
AA-	13,9
A+	1,0
A	5,2
A-	7,4
BBB+	9,9
BBB	9,2
BBB-	7,4
BB+	1,0
BB	0,2
BB-	-
B+	-
B	-
B-	-
CCC+	-
CCC	-
CCC-	-
CC+	-
CC	-
CC-	-
NR	0,9

Lagebericht

Rentenpapiere im Direktbestand (in Tsd. EUR)		
	Buchwert	Marktwert
Staaten	3.760.928	4.715.968
Pfandbriefe	5.070.339	6.343.480
Banken	1.333.188	1.550.045
Unternehmensanleihen	2.633.058	3.006.961
	12.797.513	15.616.454

Ein Konzentrationsrisiko innerhalb der Kapitalanlagen resultiert aus zu hohen Investitionen in einzelne Anlagen oder Anlageklassen. Diesem Risiko wird im BVV durch eine umfassende Diversifikation, das implementierte Limitsystem sowie eine strenge Berücksichtigung der Grundsätze zur Mischung und Streuung begegnet.

Liquiditätsrisiken bestehen zum einen in einer unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen und zum anderen in der Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen aufgrund abweichender Zahlungsströme. Eine ausführliche vierteljährliche und jährliche Vorabanalyse und Planung der Zahlungsströme belegt, dass diese Risiken für den BVV als sehr niedrig einzustufen sind.

Versicherungstechnische Risiken

Risiken, die sich aus der Abweichung von tatsächlichen Zahlungsströmen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber den ursprünglich erwarteten Werten ergeben, werden als versicherungstechnische Risiken bezeichnet.

Die Rechnungsgrundlagen für die Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft werden auf der Grundlage von Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von versicherungstechnischen Faktoren ermittelt. Wesentliche Kalkulationsparameter stellen Annahmen zum Zinsniveau, zur Biometrie (vor allem zur Entwicklung der Lebenserwartung und der Berufs- sowie Erwerbsunfähigkeit) und zu den Kosten dar. Diese Parameter können sich im Zeitablauf signifikant verändern. Das Risiko nicht ausreichender Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen wird deshalb durch laufende aktuarielle Analysen und umfangreiche Prognoserechnungen überwacht.

Dem Risiko nicht ausreichender Rechnungsgrundlagen begegnet der BVV unter anderem durch eine vorsichtige Kalkulation der Versicherungstarife und – soweit notwen-

dig – den Aufbau zusätzlicher Rückstellungen. Derzeit bestehen hinsichtlich der Biometrie keine erhöhten Risiken, insbesondere weil der BVV in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel zur Berücksichtigung der verlängerten Lebenserwartung zurückgestellt hat. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind damit aus heutiger Sicht ausreichend, ihre Angemessenheit wird jährlich überprüft.

Das Zinsgarantierisiko ist in dem bereits seit mehreren Jahren bestehenden Niedrigzinsumfeld unverändert eines der zentralen Risiken des BVV. Zwar trägt die zum 31. Dezember 2016 vorgenommene Absenkung des Rechnungszinses für den Alttarif und den Neutarif der Tarifgeneration 1998 spürbar zur Entlastung der mittelfristigen Zinsanforderungen bei, zukünftig ist jedoch der Aufbau weiterer Reserven erforderlich, um die Anforderungen aus der Rechnungsgrundlage Zins zu reduzieren. Dieser Reserveaufbau kann kurzfristig zu einer Ergebnisbelastung führen, dient aber langfristig dem Ziel, die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen auch im Falle einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase sicherzustellen.

Die in den Versicherungsprodukten des BVV einkalkulierten Kosten sind aus heutiger Sicht angemessen. Der Verzicht auf einen provisionsgesteuerten Vertrieb sowie die hohe Effizienz der Verwaltung tragen maßgeblich dazu bei, dass Risiken aus der Rechnungsgrundlage Kosten derzeit nicht ersichtlich sind.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken betreffen den laufenden Geschäftsbetrieb. Dazu zählen Risiken, die infolge von Unangemessenheit oder von Versagen der internen Verfahren, von Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten können. Dies schließt Rechtsrisiken ein.

Die Informationstechnik nimmt innerhalb des Geschäftsbetriebes des BVV eine besondere Stellung ein. Daher unterliegen insbesondere die hieraus resultierenden Risiken einem stringenten Überwachungs- und Kontrollprozess.

Das in die Geschäftsprozesse integrierte Interne Kontroll- und Steuerungssystem (IKS) reduziert das aus menschlichem Fehlverhalten resultierende Risiko durch Implementierung von Kontrollmaßnahmen wie dem

Lagebericht

Vier-Augen-Prinzip und ergänzenden Stichprobenverfahren, durch Funktionstrennungen und Kompetenzregelungen. Die Interne Revision überwacht die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des IKS im Rahmen ihres Prüfungsauftrages.

Strategische Risiken

Das Management der strategischen Risiken erfolgt unter anderem innerhalb des strukturierten Prozesses zur Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie unter Einbeziehung aller Abteilungen des BVV. Die Erreichung der strategischen Ziele wird durch das installierte strategische Controlling überwacht.

Infolge der engen Verbindung des BVV und seiner Versicherungsleistungen mit dem privaten Bankgewerbe hängt die Entwicklung des Versichertenbestandes stark von der dortigen Beschäftigungssituation ab. Um dem Risiko eines Mitgliederrückganges beim BVV durch Veränderungen der Beschäftigtenzahlen im Bankgewerbe zu begegnen, erfolgt ein zielgerichteter Ausbau des Leistungsangebotes auch für potenzielle Mitglieder der gesamten Banken- und Finanzdienstleistungsbranche.

Das Firmenkundenbeziehungsmanagement und die Erschließung neuer Firmenkundensegmente sind zentrale Maßnahmen mit besonderer strategischer Relevanz für die Mitgliedergewinnung, für die Kundenbindung und für die Sicherung des Bestandes an Vollmitgliedschaften im BVV.

Zusammenfassung

Mit Hilfe des im BVV installierten Risikomanagements können bestandsgefährdende Risiken und Entwicklungen, die zu bestandsgefährdenden Risiken führen könnten, frühzeitig identifiziert werden. Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BVV beeinträchtigen, bestehen derzeit nicht.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 1.150,9 Mio. Euro sind durch Eigenmittel in Höhe von 1.797,0 Mio. Euro (ohne Berücksichtigung von Bewertungsreserven) bedeckt. Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 156,1 Prozent verfügt der BVV damit über eine angemessene Eigenmittelausstattung. Zur Abdeckung von Risiken ist ein Risikokapital von 4.921,7 Mio. Euro vorhanden.

Ausblick und Perspektiven

Der BVV hat sich über Jahre hinweg als Standard für betriebliche Altersversorgung in der Banken- und Finanzdienstleistungsbranche etabliert. Schon heute bietet er ein bedarfsorientiertes Produkt- und Dienstleistungsspektrum, um seinen Mitglieds- und Trägerunternehmen eine aufwandsarme und effiziente Altersversorgung zu ermöglichen. Dennoch passt der BVV sein Angebot konsequent an die Entwicklungen in dieser Branche an, um seine Position weiter zu festigen.

2018 wird ganz im Zeichen der Umsetzung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes und möglicher Verhandlungen zur Einführung einer tarifvertraglich geregelten reinen Beitragszusage stehen. Der BVV wird den Tarifvertragsparteien der Banken- und Finanzdienstleistungsbranche eine bedarfsgerechte Branchenversorgungslösung zur Verfügung stellen, um seinen Kunden auch zukünftig betriebliche Altersversorgung aus einer Hand anbieten zu können.

Darüber hinaus bestimmen weiterhin das Niedrigzinsumfeld und der massive Kosten- und Ertragsdruck das Geschehen für unsere Mitglieds- und Trägerunternehmen, sodass auch zukünftig die Auslagerung von Pensionsverpflichtungen auf den Pensionsfonds ein Schwerpunkt der Aktivitäten des BVV sein wird. Vor dem Hintergrund des gestiegenen Finanzierungsbedarfs hat der BVV in den vergangenen Jahren die Produktpalette um liquiditätsschonende Lösungen erweitert. Hier sehen wir für die nächsten Jahre deutliches Wachstumspotenzial.

Lagebericht

Weitere Angaben zum BVV

Jährliche Renteninformation

Die Renteninformation für das Jahr 2017 wird der BVV ab Mai 2018 an die Versicherten versenden. Die Renteninformation wird einen Kurzbericht über die Lage des Unternehmens enthalten.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich im BVV tätigen Mitarbeiter ist gegenüber dem Vorjahr mit 219 leicht gestiegen. Im Jahresdurchschnitt waren 3 Mitarbeiter in Ausbildung in unserem Hause tätig.

Unser Dank gilt allen BVV-Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit. Dem Betriebsrat danken wir für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Anlagen zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2017

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	166.550	185.004	43.079	47.821	608.140.882
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	3.725	2.952	2.586	3.129	43.793.188
2. sonstiger Zugang ¹	0	0	-	-	-
3. gesamter Zugang	3.725	2.952	2.586	3.129	43.793.188
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	197	133	1.448	1.245	16.064.826
2. Beginn der Altersrente ²	2.373	2.765	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	182	315	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf ³	-	-	5	10	110.315
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen ⁴	291	270	50	46	16.194
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang ⁵	25	19	3	4	33.859
8. gesamter Abgang	3.068	3.502	1.506	1.305	16.225.194
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	167.207	184.454	44.159	49.645	635.708.876
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	64.246	77.429			
2. in Rückdeckung gegeben	1.335	1.346			
Anpassungszuschlag 2018 ⁶					71.076
Bestand am 01.01.2018					635.779.952

In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

¹ Einschließlich Reaktivierung

² Einschließlich der vorgezogenen Altersrente

³ Invalidenrentner, Witwen, Witwer, Waisen

⁴ Abfindung bei Rentnern

⁵ Einschließlich nachträglicher Änderung der Rentenart

⁶ Angaben zur Höhe des Anpassungszuschlags 2018 vgl. Seite 46 und 47

Anlagen zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2017

A. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme EUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme EUR
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres 2017	-	-	8.061	10.611.517
2. am Ende des Geschäftsjahres 2017	-	-	7.436	9.231.865
davon in Rückdeckung gegeben	-	-	52	117.960

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

					2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				615	232
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			11.382		11.930
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		5.211			5.211
2. Beteiligungen		574			648
			5.785		5.859
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		15.280.220			13.042.266
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		4.000.136			4.107.768
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	6.602.940				6.850.543
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.194.437				2.419.370
		8.797.377			9.269.913
4. Einlagen bei Kreditinstituten		0			160.000
			28.077.733		26.579.947
				28.094.900	26.597.736
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		214			122
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		2.979			1.822
			3.193		1.944
II. Sonstige Forderungen			1.273		367.202
davon an:					
verbundene Unternehmen 439 Tsd. EUR					
2016 0 Tsd. EUR					
				4.466	369.146
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			739		939
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			109.805		238.392
III. Andere Vermögensgegenstände			59.390		56.458
				169.934	295.789
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			267.874		277.739
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			2.476		2.592
				270.350	280.331
				28.540.265	27.543.234

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 15. März 2018

Der Treuhänder
Michael Waage

Jahresabschluss 2017

Passivseite

				2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		1.482.760		1.112.179
II. Bilanzgewinn		0		0
			1.482.760	1.112.179
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			265.000	340.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	9			9
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	5			5
		4		4
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	26.582.383			25.851.443
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	84			93
		26.582.299		25.851.350
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		54.414		54.333
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		70.866		85.544
			26.707.583	25.991.231
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		27.036		26.091
II. Steuerrückstellungen		26.371		6.661
III. Sonstige Rückstellungen		10.159		9.884
			63.566	42.636
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			89	98
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	240			265
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	7.646			41.817
		7.886		42.082
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		250		286
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon:				
aus Steuern: 618 Tsd. EUR; 2016 564 Tsd. EUR im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Tsd. EUR; 2016 0 Tsd. EUR		11.670		13.122
			19.806	55.490
G. Rechnungsabgrenzungsposten			1.461	1.600
			28.540.265	27.543.234

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 2. März 2017 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Berlin, den 15. März 2018

Die Verantwortliche Aktuarin
Katrin Schulze

Jahresabschluss 2017

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

				2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	696.810			688.803
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	411			321
		696.399		688.482
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	0			0
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0			0
		0		0
			696.399	688.482
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			12.364	13.534
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		182		182
davon: aus verbundenen Unternehmen				
157 Tsd. EUR; 2016 157 Tsd. EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen				
-- Tsd. EUR; 2016 -- Tsd. EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.238			2.019
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.140.639			1.076.088
		1.141.877		1.078.107
c) Erträge aus Zuschreibungen		0		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		56.701		71.461
			1.198.760	1.149.750
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			281	433
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	729.577			701.767
bb) Anteil der Rückversicherer	10			14
		729.567		701.753
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		80		-4.586
			729.647	697.167
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		730.940		983.145
bb) Anteil der Rückversicherer		-9		-161
			730.949	983.306
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			0	0
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Verwaltungsaufwendungen		8.965		8.190
b) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		167		193
			8.798	7.997

Jahresabschluss 2017

				2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		6.066		6.208
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		548		18.183
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		9.904		3.153
			16.518	27.544
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			1.340	1.409
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			420.552	134.776
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		1.466		763
2. Sonstige Aufwendungen		21.618		22.251
			20.152	21.488
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			400.400	113.288
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			29.731	10.560
5. Sonstige Steuern			88	27
6. Jahresüberschuss			370.581	102.701
7. Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			370.581	102.701
8. Bilanzgewinn			0	0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben.

Grundstücke werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten – vermindert um die planmäßigen linearen und erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen – bilanziert.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, die dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren jeweiligen Anschaffungskosten oder durchschnittlichen Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden ausschließlich bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Zuschreibungen erfolgen, soweit zuvor außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden und die Gründe hierfür nicht mehr bestehen.

Die unter den Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesenen Nullkupon-Anleihen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zuschreibung aktiviert.

Namensschuldverschreibungen werden grundsätzlich mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Die den Namensschuldverschreibungen zuzurechnenden Nullkupon-Anleihen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zuschreibung aktiviert. Das beim Kauf von Namensschuldverschreibungen anfallende Disagio oder Agio wird entsprechend der tatsächlichen Laufzeit der jeweiligen Darlehen auf die künftigen Jahre verteilt.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich eines kumulierten Amortisationsbetrages einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Einlagen bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bilanziert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit den Nominalbeträgen bilanziert. Einzelwertberichtigungen werden vorgenommen, soweit die zu Grunde liegenden Beitragsforderungen uneinbringlich sind.

Sonstige Forderungen sind zum Nennwert bewertet; für zweifelhafte Miet- und Nebenkostenforderungen besteht eine Pauschalwertberichtigung. Einzelrisiken werden jeweils individuell wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Die jeweiligen Abschreibungsbeträge werden ausgehend vom Zeitpunkt der Anschaffung im Geschäftsjahr pro rata temporis verrechnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet.

Die unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen und Mieten werden zum Nominalwert bilanziert. Die sonstigen Abgrenzungen werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Die Verlustrücklage wird in Übereinstimmung mit § 193 VAG gebildet.

Die unter den nachrangigen Verbindlichkeiten auszuweisenden Nachrangdarlehen sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Ein bei Ausgabe angefallenes Disagio wird unter den Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und ist nach Maßgabe der Laufzeit des zu Grunde liegenden Nachrangdarlehens jährlich aufzulösen.

Die Beitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln berechnet, wobei von der jeweiligen Beitragsfälligkeit ausgegangen wird.

Die Deckungsrückstellung wird auf der Grundlage des aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplanes einzelvertraglich prospektiv berechnet. Basis ist die Höhe der individuell erworbenen Rentenanwartschaften einschließlich bereits zugeteilter Überschussanteile. Die Barwerte der zukünftigen Beiträge und der hierfür anzurechnenden zukünftigen Rentensteigerungen werden auf Basis der vertragsindividuellen Werte ermittelt. Dabei gehen die zukünftigen Beiträge unter Abzug eines Verwaltungskostenanteils in die Berechnung ein. Dieser Verwaltungskostenanteil

Anhang

tenanteil dient zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten und zur Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung.

Zur Ermittlung der Deckungsrückstellung werden folgende Rechnungszinssätze verwendet:

Tarif	Rechnungszins
Alltarif	3,50 % ¹
Neutarife ab 1998	3,50 % ¹
Zusatztarife ab 2002	3,25 %
Zusatztarife ab 2004 und Neutarife ab 2005	2,75 %
Neutarife ab 2007 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2007	2,25 %
Neutarife ab 2012 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2012	1,75 %
Neutarife ab 2015 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2015	1,25 %
Neutarife ab 2017 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2017	0,90 %

¹ Für anwartschaftliche Versicherungsverträge wird für den Zeitraum nach Ablauf von 15 Jahren ein Rechnungszins von 4 Prozent zu Grunde gelegt.

Diese Rechnungszinssätze zur Diskontierung der Leistungsverpflichtungen gelten grundsätzlich für die gesamte Vertragslaufzeit. Abweichend davon wird für Anwartschaften im Alltarif sowie im Neutarif der Tarifgeneration 1998 das Verfahren gemäß § 5 Absatz 4 DeckRV mit einem Referenzzins von 3,5 Prozent für 15 Jahre verwendet.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt unter Verwendung von aus dem eigenen Bestand entwickelten biometrischen Rechnungsgrundlagen.

Die Verwaltungskostenrückstellung ist im Alt- und Neutarif in Höhe von 2 Prozent der Deckungsrückstellung für Renten und Anwartschaften der Versicherten zuzüglich 1 Prozent des Aktivenrentenbarwertes für beitragsfreie Versicherungen des Alltarifs und für alle Versicherungen des Neutarifs in der Deckungsrückstellung enthalten.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird entsprechend der voraussichtlichen Inanspruchnahme für Versicherungsfälle der letzten Geschäftsjahre einschließlich eines pauschalen Ansatzes für Schadenregulierungsaufwendungen bilanziert.

Die Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ergibt sich aus den Entnahmen für den Anpassungszuschlag und die Barauszahlungen sowie der Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres. Die Überschussbeteiligung erfolgt nach den im Geschäftsplan festgelegten Grundsätzen zur Überschussverwendung getrennt nach Abrechnungsverbänden.

Die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen werden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

Pensionsverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Bewertungsverfahren	PUC-Methode ¹
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck RT 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen (10-Jahres-Durchschnitt)	3,68 %
Zinssatz zur Angabe des Unterschiedsbetrages gemäß § 253 Abs. 6 HGB (7-Jahres-Durchschnitt)	2,80 %
Gehaltstrend	2,75 %
Rententrend	3,50 %/1,50 %
Trend für die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen	2,00 %
Bewertung von Witwen-/Witwerrentenanwartschaften	kollektiv
Pensionierungsalter – Altersteilzeitbeschäftigte – Sonstige	Ende ATZ ² frühestmögliche Rentenbeginnalter gemäß RV-AltAnpG ³ 2007
Fluktuationswahrscheinlichkeiten	alters- und geschlechtsabhängig (0,00 % bis 5,61 %, durchschnittlich 2,1 %)

¹ PUC-Methode = Projected Unit Credit Method

² ATZ = Altersteilzeit

³ RV-AltAnpG = Rentenversicherung Altersgrenzenanpassungsgesetz

Anhang

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Pensionen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen für Pensionen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren wurde mit 3.136,6 Tsd. Euro ermittelt.

Die Bilanzierung der Steuerrückstellung erfolgt zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die Sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumswahlungen und Altersteilzeit werden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

Jubiläumsverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Bewertungsverfahren	PUC-Methode
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck RT 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen (7-Jahres-Durchschnitt)	2,80 %
Pensionierungsalter – Altersteilzeitbeschäftigte – Sonstige	Ende ATZ frühestmögliche Rentenbeginnalter gemäß RV-AltAnpG 2007
Fluktuationswahrscheinlichkeiten	alters- und geschlechtsabhängig
Arbeitgeberbeitragsatz zur – Rentenversicherung – Arbeitslosenversicherung – Krankenversicherung – Pflegeversicherung	9,300 % 1,500 % 7,300 % 1,275 %
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung (West)	78.000 EUR p.a.
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung	53.100 EUR p.a.

Altersteilzeitverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck RT 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Verpflichtungen (7-Jahres-Durchschnitt)	2,80 %
Gehaltstrend	2,75 %
Arbeitgeberbeitragsatz zur – Rentenversicherung – Arbeitslosenversicherung – Krankenversicherung – Pflegeversicherung	9,300 % 1,500 % 7,000 % 1,275 %
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung (West)	78.000 EUR p.a.
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung	53.100 EUR p.a.

Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die unter Andere Verbindlichkeiten ausgewiesenen Schuldposten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Das unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Disagio wird entsprechend der Laufzeit der dazugehörigen Ausleihungen aufgelöst. Die Sonstigen Abgrenzungen werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Ausweis

Der Ausweis erfolgt entsprechend den in § 2 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vorgeschriebenen Formblättern:

- Formblatt 1 (Bilanz)
- Formblatt 3 (Gewinn- und Verlustrechnung).

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz – Aktivseite –

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Um- buchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschrei- bungen Tsd. EUR	Abschrei- bungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	232	528				145	615
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.930					548	11.382
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.211						5.211
2. Beteiligungen	648			74			574
3. Summe B. II.	5.859	0		74			5.785
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13.042.266	3.311.003		1.073.049			15.280.220
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.107.768	397.982		505.614			4.000.136
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	6.850.543	336.190		583.793			6.602.940
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.419.370	100.038		324.971			2.194.437
4. Einlagen bei Kreditinstituten	160.000			160.000			0
5. Summe B. III.	26.579.947	4.145.213		2.647.427		0	28.077.733
Kapitalanlagen insgesamt	26.597.736	4.145.213		2.647.501		548	28.094.900
A. und B. insgesamt	26.597.968	4.145.741		2.647.501		693	28.095.515

Anhang

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß §§ 54, 55 und § 56 RechVersV

Für die ausgewiesenen Kapitalanlagen ergaben sich folgende Zeitwerte:

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	28.400	24.240
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.136	7.097
Beteiligungen	574	648
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15.566.411	13.044.128
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.740.349	4.758.089
Namensschuldverschreibungen	8.160.269	8.389.692
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.715.836	2.960.671
Einlagen bei Kreditinstituten	0	160.000
	31.218.975	29.344.565

Gemäß § 54 Satz 3 RechVersV beträgt die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen 28.093.769 Tsd. Euro, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes selbiger Kapitalanlagen beläuft sich auf 31.217.834 Tsd. Euro. Daraus resultiert ein Saldo in Höhe von 3.124.065 (2.746.789) Tsd. Euro.

Die jährliche Ermittlung der Zeitwerte der Grundstücke sowie der Anteile an verbundenen Unternehmen und der Beteiligungen wird grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren vorgenommen. Inhaberschuldverschreibungen werden mit den Börsen-Jahresschlusskursen, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen mit den Rücknahmepreisen bewertet. Die Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen erfolgt auf Basis der DCF-Methode (Discounted Cash Flow) durch Abzinsung der Zahlungsreihe des betreffenden Papiers mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz. Der bei der Ermittlung des Barwertes der betrachteten Zahlungsreihe verwendete Zinssatz wird aus einer risikoäquivalenten Zinskurve abgeleitet. Dabei wird das Kreditrisiko durch Multiplikation mit den aus verfügbaren Marktdaten generierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (sog. Hazard Rate) berücksichtigt. Die für die Bewertung notwendigen Marktdaten werden täglich aktualisiert.

A. Bei den **Immateriellen Vermögensgegenständen** handelt es sich vorwiegend um entgeltlich erworbene EDV-Software.

B.I. **Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

	Anzahl	Tsd. EUR
Eigengenutzte Geschäftsbauten	3	11.382

Insgesamt waren planmäßige Abschreibungen auf Gebäude und Grundstücke in Höhe von 548 Tsd. Euro vorzunehmen.

Anhang

B.III.1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Spezial-AIF Schwerpunkt Wertpapiere	12.608.540	10.410.952
Spezial-AIF Schwerpunkt Immobilien	2.670.550	2.329.767
Publikumsinvestmentvermögen (Sicherung Altersteilzeit)	1.130	1.130
Publikumsinvestmentvermögen OGAW	0	300.417
	15.280.220	13.042.266

Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

	Buchwert	Kurswert	Stille Lasten	Ausschüttung	Beschränkung tgl. Rückgabe Anteile
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
Spezial-AIF					
Schwerpunkt Wertpapiere	12.608.540	13.001.840	74.568	285.260	Nein
Spezial-AIF					
Schwerpunkt Immobilien	2.670.550	2.563.430	107.120	282.915	Nein
Publikumsinvestmentvermögen (Sicherung Altersteilzeit)	1.130	1.141	0	15	Nein
	15.280.220	15.566.411	181.688	568.190	

Sämtliche in dieser Position ausgewiesenen Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet.

Unter den Spezial-AIF Schwerpunkt Wertpapiere sind Fondsanteile mit einem Buchwert von 5.187.063 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 5.112.495 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Hierbei handelt es sich nicht um eine dauernde Wertminderung sondern um ausschüttungsbedingte Stille Lasten, da in den Spezial-AIF neben den ordentlichen Erträgen des Jahres 2017 sämtliche thesaurierte bereits versteuerte Erträge der Vorjahre ausgeschüttet wurden. Grund war hier die Geltendmachung steuerlicher Verlustanrechnungen infolge der Änderungen im Rahmen des neuen InvStG 2018. Ferner waren keine bonitätsbedingten negativen Spread- oder Ratingveränderungen zu verzeichnen, sodass auch diesbezüglich keine dauernde Wertminderung vorliegt.

Unter den Spezial-AIF Schwerpunkt Immobilien sind Fondsanteile mit einem Buchwert von 2.670.550 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 2.563.430 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Es handelt sich hierbei nicht um dauernde Wertminderungen sondern wiederum um ausschüttungsbedingte Stille Lasten. Bei den Investmentvermögen prognostizieren wir zudem eine kurzfristige Wertaufholung, da bereits Verträge über den Verkauf von Grundstücken unterzeichnet beziehungsweise in Anbahnung sind, sodass hieraus Wertaufholungspotenzial in einer Größenordnung von 90 Mio. Euro zu erwarten ist.

Anhang

B.III.2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Anleihen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	972.093	958.457
Nullkupon-Anleihen	73.429	61.365
Öffentliche Pfandbriefe	49.227	49.227
Pfandbriefe	453.588	485.622
Unternehmensanleihen	1.830.889	1.677.145
Bankanleihen	620.910	875.952
	4.000.136	4.107.768

Alle Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Unter den Nullkupon-Anleihen und Bankanleihen sind Titel mit einem Buchwert von 71.993 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 70.432 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Bei den betroffenen Inhaberpapieren gehen wir davon aus, dass die Wertminderung aufgrund des Besicherungsgrades sowie der Bonität der Emittenten nur von vorübergehender Dauer ist. Zahlungsausfälle waren bisher nicht zu verzeichnen. Wir sind davon überzeugt, dass die zukünftigen Zins- und Tilgungszahlungen nicht ausfallgefährdet sind.

B.III.3.a) Namensschuldverschreibungen

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute	1.170.000	1.070.000
Öffentliche Emittenten	105.000	105.000
Nullkupon-Anleihen	844.541	1.212.702
Privatrechtliche Geld- u. Kreditinstitute, ohne Refinanzierung	3.705.000	3.830.000
Privatrechtliche Unternehmen	778.399	632.841
	6.602.940	6.850.543

In den Namensschuldverschreibungen der öffentlich-rechtlichen Geld- und Kreditinstitute und Nullkupon-Anleihen sind Titel mit einem Buchwert von 295.443 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 282.072 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Wir gehen davon aus, dass die Wertminderung nur von vorübergehender Dauer ist. Zahlungsausfälle waren bisher nicht zu verzeichnen. Ferner sind wir davon überzeugt, dass die zukünftigen Zins- und Tilgungszahlungen nicht ausfallgefährdet sind.

Anhang

B.III.3.b) [Schuldscheinforderungen und Darlehen](#)

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Bund, Länder und andere Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	2.000.000	1.950.000
Privatrechtliche Unternehmen	23.769	78.702
Öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute	75.000	175.000
Privatrechtliche Geld- und Kreditinstitute	95.668	215.668
	2.194.437	2.419.370

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen von Bund, Ländern und anderen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts und von Privatrechtlichen Unternehmen sind Titel mit einem Buchwert von 123.769 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 112.871 Tsd. Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Wir gehen davon aus, dass die Wertminderung nur von vorübergehender Dauer ist. Zahlungsausfälle waren bisher nicht zu verzeichnen. Ferner sind wir davon überzeugt, dass die zukünftigen Zins- und Tilgungszahlungen nicht ausfallgefährdet sind.

- C.II. Unter den [Sonstigen Forderungen](#) sind vorwiegend Forderungen aus Rentenzahlungen ausgewiesen.
- D.III. Die Position [Andere Vermögensgegenstände](#) enthält überwiegend Rentenvorauszahlungen für Januar 2018.
- E.II. Der unter [Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten](#) ausgewiesene Betrag betrifft hauptsächlich die Gehalts- und Mietvorauszahlungen für Januar 2018 sowie ein Disagio aus der Begebung von Nachrangdarlehen in Höhe von 1.062 Tsd. Euro.

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz – Passivseite –

A.I. Die **Verlustrücklage** (§ 193 VAG) beträgt 1.482.760 Tsd. Euro. Im Berichtsjahr wurden 370.581 Tsd. Euro aus dem Jahresüberschuss eingestellt.

B. Die Restlaufzeit von 190.000 Tsd. Euro innerhalb der **Nachrangigen Verbindlichkeiten** beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinsaufwand beläuft sich auf 11.949 Tsd. Euro, davon 91 Tsd. Euro aus der Auflösung des Disagios.

C.IV. **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung**

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Stand 1. Januar	85.544	100.449
Entnahmen		
Barauszahlung	2.314	1.371
Anpassungszuschlag 2018 bzw. 2017	12.364	13.534
	70.866	85.544
Zuführung		
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	0	0
Stand 31. Dezember	70.866	85.544

Von diesem Betrag sind für festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile 21,0 Mio. Euro gebunden. Auf den ungebundenen Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) entfallen 49,9 Mio. Euro.

D.II. **Steuerrückstellungen**

Der unter den Steuerrückstellungen ausgewiesene Betrag enthält hauptsächlich Rückstellungen für Körperschaft- und Gewerbesteueraufwendungen des Geschäftsjahres 2017.

D.III. **Sonstige Rückstellungen**

Der unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesene Betrag enthält hauptsächlich die Rückstellung für Jubiläumszahlungen, Altersteilzeit, Zinsen für eine Steuerrückstellung nach § 233a AO sowie weitere Rückstellungen, die im geschäftsüblichen Rahmen gebildet wurden.

Anhang

F. Andere Verbindlichkeiten

Der unter [Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft](#) ausgewiesene Betrag ergab sich aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr. Der Rückversicherungssaldo belief sich auf 243 Tsd. Euro zugunsten der Rückversicherer.

Die [Sonstigen Verbindlichkeiten](#) enthalten im Wesentlichen abzuführende Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Rentenzahlungen, die noch zu zahlenden Zinsen aus Nachrangverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Steuern.

Unter der Position [Andere Verbindlichkeiten](#) sind Beträge in Höhe von 2.982 (40.376) Tsd. Euro gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert.

Sämtliche unter [Andere Verbindlichkeiten](#) ausgewiesenen Beträge haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

G. Der unter [Rechnungsabgrenzungsposten](#) ausgewiesene Betrag betrifft das Disagio aus Namensschuldverschreibungen mit 1.461 (1.597) Tsd. Euro.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen, Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Firmengeschäft		
a) laufende Beiträge	547.446	468.271
b) Einmalbeiträge	54.905	133.359
Individualgeschäft		
a) laufende Beiträge	91.532	84.177
b) Einmalbeiträge	2.927	2.996
	696.810	688.803

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Pensionsversicherung	695.918	687.789
Zusatzversicherung	892	1.014
	696.810	688.803

Die Beiträge einschließlich der vereinnahmten Rückdeckungsbeiträge betreffen ausschließlich die in den Versicherungsbedingungen festgelegten Pensions- und einbezogenen Sterbegeldversicherungen sowie die Zusatzversicherungen, die im Inland vereinnahmt wurden. Nebenleistungen erhebt der BVV Versicherungsverein nicht.

I.3.b)bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Anteile an Investmentvermögen, Genussscheine	568.190	473.221
Inhaberschuldverschreibungen	157.863	155.836
Nullkupon-Anleihen	49.211	65.863
Hypothekenforderungen	-	1
Namenschuldverschreibungen	253.729	260.308
Schuldscheinforderungen und Darlehen	111.761	121.352
Einlagen bei Kreditinstituten	-115	-493
	1.140.639	1.076.088

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten stehen Zinserträge in Höhe von 23 Tsd. Euro negativen Zinsen in Höhe von 138 Tsd. Euro gegenüber.

Anhang

I.3.d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Namensschuldverschreibungen/Schuldscheinforderungen/ übrige Ausleihungen	34.200	946
Inhaberschuldverschreibungen	14.054	31.301
Anteile an Investmentvermögen	8.447	39.106
Grundstücke	0	109
	56.701	71.462

I.5.a) aa) Zahlungen für Versicherungsfälle

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Alters- und Invalidenrenten	617.935	588.519
Hinterbliebenenrenten	73.641	70.303
Leistungen aus Zusatzversicherungen	3.985	7.098
Aufwendungen Versorgungsausgleich	16.177	19.562
Sterbegelder	4.242	3.905
Erstattungen	416	386
Abfindungen	1.803	1.335
Zahlungen für im Vorjahr unerledigte Versicherungsfälle	5.494	5.226
Regulierungsaufwendungen	5.884	5.433
	729.577	701.767

Die Zahlungen für Versicherungsfälle enthalten Leistungen in Höhe von 81.062 (74.568) Tsd. Euro, die an die BVV Versorgungskasse und 11.180 (7.361) Tsd. Euro, die an den BVV Pensionsfonds gezahlt wurden.

Das Abwicklungsergebnis aus der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 19.413 Tsd. Euro und resultiert aus dem im Zeitverlauf schwankenden Schadensverlauf.

I.8. Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung** umfassen die Verwaltungskosten, soweit sie nicht unter den Ziffern I.5.a, I.9.a, I.10. und II.2. ausgewiesen sind.

Von den gesamten Personalaufwendungen in Höhe von 19.413 Tsd. Euro entfallen auf:

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Löhne und Gehälter	14.498	13.940
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.311	2.292
Aufwendungen für Altersversorgung	2.604	733
	19.413	16.965

Anhang

- I.9.a) Die **Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen** enthalten auch die Grundbesitzaufwendungen (mit Ausnahme der Grundsteuer, die bei den Sonstigen Steuern ausgewiesen wird).
- I.10. Die **Sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen für eigene Rechnung** enthalten vor allem die geschäftsplanmäßig im Wege der Direktgutschrift als Überschussbeteiligung gezahlten Heilverfahrenleistungen.
- II.2. Die **Sonstigen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen den Zinsaufwand aus Nachrangdarlehen in Höhe von 11.949 (14.018) Tsd. Euro, Kosten für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 7.490 (6.976) Tsd. Euro und den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen in Höhe von 1.078 (1.095) Tsd. Euro.
- II.4. Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten hauptsächlich die Gewerbeertragsteuer- und Körperschaftsteueraufwendungen des Geschäftsjahres 2017.
- II.5. Die **Sonstigen Steuern** enthalten hauptsächlich die für den BVV-Grundbesitz gezahlten Steuern.

Sonstige Angaben

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 10 und 11 aufgeführt.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 4.588 Tsd. Euro berücksichtigt. Die laufenden Pensionsbezüge beliefen sich auf 554 Tsd. Euro.

Der Aufsichtsrat hat für seine Tätigkeit satzungsgemäß keine Vergütung erhalten.

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Handelsregister: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, HRB 1570 B

Angaben gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Der BVV Versicherungsverein weist im Rahmen der Kapitalanlage offene Zusagen für Infrastrukturinvestitionen und Unternehmensfinanzierungen in Höhe von 621.367 Tsd. Euro aus. Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen im üblichen Geschäftsrahmen.

Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernanhang.

Anhang

Angaben gemäß § 285 Nr. 29 HGB

Die latenten Steuern des BVV Versicherungsverein entstehen aus vorhandenen Verlustvorträgen, unterschiedlichen Wertansätzen der Kapitalanlagen in der Handels- und Steuerbilanz sowie den in der Steuerbilanz angesetzten Ausgleichsposten für steuerliche Mehrgewinne und DBA-Erträge aus Spezialfonds. Insgesamt weisen die latenten Steuern einen Aktivüberhang aus und werden mit den aktuell gültigen Steuersätzen (rund 30 Prozent) der Körperschaft- und Gewerbesteuer bewertet.

Angaben zu Beteiligungen

Der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. ist mit 100 Prozent der Stimmrechte an folgenden Unternehmen beteiligt:

BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Kurfürstendamm 111 – 113
10711 Berlin

BVV DB AG
Kurfürstendamm 111 – 113
10711 Berlin

Das Eigenkapital der BVV Pensionsfonds AG beträgt 5.399 Tsd. Euro. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 beläuft sich auf 157 Tsd. Euro.

Das Eigenkapital der BVV DB AG beträgt 50 Tsd. Euro. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 beläuft sich auf 0 Tsd. Euro.

Der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. ist mit 0,51 Prozent der Gesellschaftsanteile an der Sireo Immobilienfonds No. 1 GmbH & Co. KG, Friedrich-Ebert-Allee 140 in 53113 Bonn beteiligt. Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2016 127.177 Tsd. Euro. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 beläuft sich auf 14.597 Tsd. Euro.

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter lag im Jahresschnitt bei 219 (218). Die Nettobeschäftigtenzahl abzüglich der Zeiten ohne Lohnfortzahlungsanspruch einschließlich der Elternzeit betrug im Jahr 2017 durchschnittlich 186,2 gegenüber 189,2 im Jahr 2016 (Mitarbeiter in Ausbildung sind in diesen Angaben nicht berücksichtigt).

Berlin, den 15. März 2018
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden

Rainer Jakobowski

Weitere Angaben zum Anhang

Überschussbeteiligung

Es wurden folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

Abrechnungsverband: Alttarif	Sonderzuschlag in 2019	Anpassungszuschlag zum 01.01.2019
Tarif		
B, DA, RA (für Anwartschaften bis 31.12.2004)	0 %	0,0 %
B, DA, RA (für Anwartschaften ab 01.01.2005)	–	0,0 %
B, DA, RA (für Anwartschaften ab 01.01.2017)	–	0,0 %
ARLEP/oG-V (Verträge, die vor dem 01.01.2012 aus aus- zugleichenden Verträgen im Alttarif entstanden sind)	0 %	0,0 %
AZV, laufender Beitrag	0 %	0,0 %
AZV, Einmalbeitrag	0 %	0,0 %
RZV	0 %	0,0 %

Tarife DN, N, RN	Anpassungszuschlag zum 01.01.2019
Abrechnungsverband	
Neutarif 1998 (Abschlüsse bis 31.12.2004, Anwartschaften bis 31.12.2016)	0,00 %
Neutarif 1998 (Abschlüsse bis 31.12.2004, Anwartschaften ab 01.01.2017)	0,00 %
Neutarif 2005 (Abschlüsse ab 01.01.2005)	0,00 %
Neutarif 2007 (Abschlüsse ab 01.01.2007)	0,85 %
Neutarif 2012 (Abschlüsse ab 01.01.2012)	1,35 %
Neutarif 2015 (Abschlüsse ab 01.01.2015)	1,85 %
Neutarif 2017 (Abschlüsse ab 01.01.2017)	2,20 %

Tarife ARLEP	Anpassungszuschlag zum 01.01.2019
Abrechnungsverband	
Zusatzversicherungen 2002 (Abschlüsse bis 31.12.2003)	0,00 %
Zusatzversicherungen 2004 (Abschlüsse ab 01.01.2004)	0,00 %
Zusatzversicherungen 2007 (Abschlüsse ab 01.01.2007)	0,85 %
Zusatzversicherungen 2012 (Abschlüsse ab 01.01.2012)	1,35 %
Zusatzversicherungen 2015 (Abschlüsse ab 01.01.2015)	1,85 %
Zusatzversicherungen 2017 (Abschlüsse ab 01.01.2017)	2,20 %

Weitere Angaben zum Anhang

Abrechnungsverband: Zusatzversicherungen 2002 (Abschlüsse bis 31.12.2003)	Einmalbonus in 2018	Anpassungszuschlag in 2018
BR	0 %	0,00 %
BR-WZ	0 %	0,00 %
WI	10 %	0,00 %
WI-FS	25 %	0,00 %
WA	25 %	0,00 %
ST	20 %	0,00 %

Abrechnungsverband: Zusatzversicherungen 2004 (Abschlüsse ab 01.01.2004)	Einmalbonus in 2018	Anpassungszuschlag in 2018
BR	0 %	0,00 %
BR-WZ	0 %	0,00 %
WI	10 %	0,35 %
WI-FS	25 %	0,00 %
WA	25 %	0,00 %
ST	20 %	0,00 %

Statistische Angaben

Statistische Angaben zum Jahresbericht

Entwicklung des beitragspflichtigen Bestandes

	Bestand	Zugang	Abgang					Bestand	
	Anfang 2017		durch Tod	durch Invalidität	durch Erreichen der Altersgrenze	wegen Beitragsfreistellung oder Erstattung	sonstiger Abgang	Ende 2017	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in %
Alter am 31.12.2017									
Männer									
unter 20 Jahre	228	248	0	0	0	18	0	458	0
20 – 24 Jahre	2.047	448	0	0	0	426	1	2.068	2
25 – 29 Jahre	4.143	918	1	0	0	436	1	4.623	5
30 – 34 Jahre	7.377	717	1	1	0	557	0	7.535	7
35 – 39 Jahre	10.629	550	1	1	0	514	3	10.660	10
40 – 44 Jahre	14.782	408	9	8	0	484	0	14.689	14
45 – 49 Jahre	19.289	298	16	9	0	471	1	19.090	19
50 – 54 Jahre	21.500	226	25	24	0	420	1	21.256	21
55 – 59 Jahre	14.864	81	26	33	2	362	1	14.521	14
60 – 64 Jahre	9.274	28	26	22	1.103	290	1	7.860	8
65 Jahre und älter	697	0	4	0	482	10	0	201	0
insgesamt	104.830	3.922	109	98	1.587	3.988	9	102.961	100
Frauen									
unter 20 Jahre	231	241	0	0	0	31	0	441	0
20 – 24 Jahre	2.218	408	0	0	0	409	0	2.217	2
25 – 29 Jahre	4.960	722	1	0	0	415	0	5.266	5
30 – 34 Jahre	8.725	480	1	0	0	467	3	8.734	8
35 – 39 Jahre	12.322	314	2	9	0	431	0	12.194	11
40 – 44 Jahre	15.180	241	2	17	0	414	2	14.986	14
45 – 49 Jahre	20.393	201	10	29	0	432	1	20.122	19
50 – 54 Jahre	21.432	126	15	44	0	287	1	21.211	20
55 – 59 Jahre	14.920	51	16	45	0	344	0	14.566	14
60 – 64 Jahre	8.554	14	17	26	1.117	256	1	7.151	7
65 Jahre und älter	495	0	1	0	347	10	0	137	0
insgesamt	109.430	2.798	65	170	1.464	3.496	8	107.025	100
Versicherte insgesamt	214.260	6.720	174	268	3.051	7.484	17	209.986	

Der Anteil der weiblichen Versicherten beträgt 51 Prozent.

Statistische Angaben

Bewegung des Rentnerbestandes 2017

Rentenart	Bestand Ende 2016		Zugang	Abgang			Bestand Ende 2017	
	Anzahl	EUR	Anzahl	durch Tod Anzahl	aus sonstigen Gründen Anzahl	insgesamt Anzahl	Anzahl	EUR
Altersrenten								
Männer	37.721	328.375.896	2.401	1.183	50	1.233	38.889	343.520.178
Frauen	40.472	201.015.323	2.809	1.036	46	1.082	42.199	213.459.917
Invalidenrenten								
Männer	5.358	40.268.865	185	265	8	273	5.270	39.689.189
Frauen	7.349	38.480.798	320	209	14	223	7.446	39.039.592
Witwenrenten	15.560	61.822.043	1.063	771	31	802	15.821	64.432.535
Witwerrenten	2.884	7.029.830	375	165	41	206	3.053	7.541.738
Waisenrenten	1.668	3.223.402	281	1	259	260	1.689	3.253.356
insgesamt	111.012	680.216.157	7.434	3.630	449	4.079	114.367	710.936.505
Anpassungszuschlag 2018¹								78.468
Bestand am 01.01.2018								711.014.973

In den Alters- und Invalidenrenten aus laufender Versicherung sind 2.084 Kinderzuschüsse enthalten.
In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

¹ Angaben zur Höhe des Anpassungszuschlags 2018 siehe Seite 46 und 47

Statistische Angaben

Verteilung des Rentnerbestandes nach Altersgruppen Ende 2017

Altersgruppen	Anzahl der Rentner		Anzahl der Witwen	Anzahl der Witwer
	Männer	Frauen		
unter 30 Jahre	1	0	0	0
30 – 34 Jahre	2	9	3	0
35 – 39 Jahre	23	57	25	12
40 – 44 Jahre	92	149	71	23
45 – 49 Jahre	177	343	162	58
50 – 54 Jahre	320	656	346	163
55 – 59 Jahre	588	985	616	209
60 – 64 Jahre	4.169	5.387	1.033	267
65 – 69 Jahre	12.094	13.992	1.519	418
70 – 74 Jahre	9.234	9.311	1.836	456
75 – 79 Jahre	8.904	9.445	3.099	633
80 – 84 Jahre	5.253	5.456	3.106	463
85 – 89 Jahre	2.385	2.375	2.334	240
90 – 94 Jahre	781	1.184	1.314	88
95 – 99 Jahre	130	284	331	21
100 Jahre und älter	6	12	26	2
insgesamt	44.159	49.645	15.821	3.053

Statistische Angaben

Durchschnittsbeträge der jährlichen Renten

	Bestand Ende 2017			Zugang 2017		
	Anzahl	EUR	im Durchschnitt EUR	Anzahl	EUR	im Durchschnitt EUR
Rentenart						
Altersrenten Männer	38.889	343.520.178	8.833	2.401	23.758.017	9.895
Altersrenten Frauen	42.199	213.459.917	5.058	2.809	16.802.824	5.982
Invalidenrenten Männer	5.270	39.689.189	7.531	185	1.206.782	6.523
Invalidenrenten Frauen	7.446	39.039.592	5.243	320	1.622.368	5.070
Witwenrenten	15.821	64.432.535	4.073	1.063	4.865.820	4.577
Witwerrenten	3.053	7.541.738	2.470	375	966.186	2.576
Waisenrenten	1.689	3.253.356	1.926	281	538.837	1.918
insgesamt	114.367	710.936.505	6.216	7.434	49.760.834	6.694

Im Zugang sind auch die abgefundenen Bagatellrenten enthalten.

In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

Jahresabschluss 2017

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin – bestehend aus Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Be-

stätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Publikation „Jahresberichte 2017“ – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungs-schlussfolgerungen hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um

Jahresabschluss 2017

die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen

Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rech-

nungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 15. März 2018
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss 2017

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben drei Sitzungen des Aufsichtsrates und zusätzlich eine Sitzung des Prüfungsausschusses sowie zwei Sitzungen des Anlage- und Investitionsausschusses stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat sich durch Vorlage umfassender Quartalsberichte über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung, zur Geschäftspolitik und zur strategischen Ausrichtung der Kapitalanlage wurden beraten. Wie bereits in den Vorjahren hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit den Auswirkungen des anhaltenden extremen Niedrigzinsumfelds und mit den daraus resultierenden Herausforderungen für den BVV beschäftigt. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass der Eigenkapitalaufbau des BVV fortzuführen ist. Ferner wurde der Aufsichtsrat über nationale und europäische Entwicklungen, die Gesetzgebung sowie die aktuelle Rechtsprechung in der betrieblichen Altersversorgung informiert. Die Berichte über das Gesamtrisikomanagement im BVV sowie die Tätigkeit der Revision wurden zur Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht der Verantwortlichen Aktuarin zur versicherungsmathematischen Bestätigung gemäß § 141 Abs. 5 Nr. 2 in Verbindung mit § 234 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 Versicherungsaufsichtsgesetz, § 2 Abs. 3 Aktuarverordnung zur Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben.

In der Mitgliederversammlung am 7. Juli 2017 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Peter König, der zum 6. Juli 2017 ausgeschieden war, wurde Herr Oliver Menke-Tenbrink, Mitglied des Betriebsrates, UniCredit Bank AG, München, in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn König herzlich für seine langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 27. April 2018
Der Aufsichtsrat

Heinz Laber

Frank Annuscheit

Gabriele Platscher

Carsten Anlauf

Michael O. Bentlage

Gunnar de Buhr

Edwin Echl

Bettina Kies-Hartmann

Michael Klaus

Oliver Menke-Tenbrink

Dr. Hans-Walter Peters

Karl von Rohr

Carola Gräfin
von Schmettow

Helene Strinja

Jürgen Tögel

Jahresbericht 2017

BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Seite 57 – 68

3



Aufsichtsrat

Heinz Laber Vorsitzender	Ehem. Mitglied des Vorstandes, UniCredit Bank AG, München
Frank Annuscheit stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstandes, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Gabriele Platscher stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrates, Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim
Carsten Anlauf	Mitglied des Betriebsrates, Berliner Volksbank eG, Berlin
Michael O. Bentlage	Sprecher der Geschäftsleitung, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main
Gunnar de Buhr	Mitglied des Betriebsrates, Commerzbank AG, Hamburg
Edwin Echl	Mitglied des Vorstandes, SEB AG, Frankfurt am Main
Bettina Kies-Hartmann	Mitglied des Gesamtpersonalrats und Mitglied des Örtlichen Personalrats Region Stuttgart der Landesbank Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Bank
Michael Klaus	Mitglied des Partnerkreises, B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Frankfurt am Main
Peter König bis 06.07.2017	Mitarbeiter, UniCredit Bank AG, München
Oliver Menke-Tenbrink ab 07.07.2017	Mitglied des Betriebsrates, UniCredit Bank AG, München
Dr. Hans-Walter Peters	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
Karl von Rohr	Stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Carola Gräfin von Schmettow	Sprecherin des Vorstandes, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Helene Strinja	Vorsitzende des Betriebsrates, SEB AG, Frankfurt am Main
Jürgen Tögel	Mitglied des Gesamtbetriebsrates und örtlichen Betriebsrates, Deutsche Bank AG, München

Vorstand

Dr. Helmut Aden
Rainer Jakobowski

Berlin
Berlin

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berlin

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. ist eine überbetriebliche rückgedeckte Unterstützungskasse in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BVV Versorgungskasse ist durch den Rückdeckungsversicherungsvertrag geprägt, der am 1. Juli 1999 mit dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. geschlossen wurde. Sämtliche Verpflichtungen aus den Leistungszusagen der BVV Versorgungskasse werden entsprechend ihrer Leistungspläne vom BVV Versicherungsverein rückgedeckt.

Die Mitglieder der BVV Versorgungskasse – die Trägerunternehmen – sind deutsche Banken und andere Unternehmen aus dem Finanzdienstleistungsbereich sowie diesen verbundene Dienstleistungsunternehmen. Die versorgungsberechtigten Mitarbeiter der Trägerunternehmen sind ebenfalls Mitglieder der BVV Versorgungskasse.

Gegenstand der Versorgung ist die Erbringung einer Rente nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten.

Seit dem Jahr 2006 bietet die BVV Versorgungskasse auch die Möglichkeit zu einer außerordentlichen Mitgliedschaft für die Durchführung von Entgeltumwandlungen.

Im Jahr 2017 haben sich 9 (14) Unternehmen entschlossen, die durch Entgeltumwandlung finanzierte betriebliche Altersversorgung ihrer Angestellten beim BVV durchzuführen. Dafür haben sie die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV Versicherungsverein oder in der BVV Versorgungskasse erworben. Demgegenüber haben im Berichtsjahr 5 (19) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV zumeist durch Verschmelzungen beendet. Insgesamt bestand am 31. Dezember 2017 für 388 (384) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV.

Eine Aufstellung aller Mitglieds- und Trägerunternehmen sowie der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen ist auf den Seiten 96 ff. abgedruckt.

Bestandsentwicklung

Am 31. Dezember 2017 hatte die BVV Versorgungskasse einen beitragspflichtigen Mitgliederbestand von 115.678 (118.834) Personen. Davon sind 53.309 (56.705) Personen im Leistungsplan A und 62.369 (62.129) Personen in den Leistungsplänen N und ARLEP angemeldet.

Die Überschussanteile aus der kongruenten Rückdeckungsversicherung werden überwiegend leistungserhöhend zugunsten der in der BVV Versorgungskasse angemeldeten Mitarbeiter der Trägerunternehmen verwendet.

Wirtschaftsbericht

Mitglieds- und Trägerunternehmen

Am 31. Dezember 2017 waren 767 (757)¹ Unternehmen Vollmitglied beim BVV. Im Berichtsjahr konnten 26 (30) neue Unternehmen für die Vollmitgliedschaft im BVV gewonnen werden; gleichzeitig haben 16 (33) Unternehmen zumeist durch Verschmelzungen ihre Mitgliedschaft beim BVV beendet.

¹ Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Lagebericht

Ausblick

Im Vergleich zu den anderen Durchführungswegen kann die BVV Versorgungskasse mit zwei wesentlichen Vorteilen argumentieren: Zum einen bietet die BVV Versorgungskasse die volle Steuerfreiheit von Zuwendungen in unbegrenzter Höhe – auch für Entgeltumwandlungen des Arbeitnehmers – und zum anderen gewährleistet sie die Sicherheit der Leistungen durch die kongruente Rückdeckung der Verpflichtungen beim BVV Versicherungsverein.

Im Rahmen der Neuordnung von bestehenden Versorgungszusagen zeichnet sich die BVV Versorgungskasse durch einen besonders attraktiven Dotierungsrahmen aus und spielt in Kombination mit der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG eine entscheidende Rolle bei der Übertragung von Direktzusagen auf einen externen Versorgungsträger. Für die Unternehmen hat die Auslagerung der internen Pensionsverpflichtungen vor allem eine bilanzentlastende Wirkung. Aus steuerlichen Gründen werden dabei in der Regel künftige, noch zu erwerbende Anwartschaften – der so genannte Future Service – auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse übertragen.

Für die kommenden Jahre erwarten wir vor dem Hintergrund der anhaltend niedrigen Zinsen und der infolgedessen steigenden Pensionsrückstellungen weiterhin eine deutliche Nachfrage nach Ausfinanzierungen von Pensionszusagen. Insbesondere die Wertung der Pensionszusagen nach internationalen Bilanzierungsstandards als Schulden hat signifikante Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote, die Kreditwürdigkeit und damit auch auf die Finanzierungskosten der übertragenden Unternehmen.

Die BVV Versorgungskasse eignet sich insbesondere für die Ausgestaltung von Zusagen für Fach- und Führungskräfte sowie Mitarbeiter, die bereits durch eine Pensionskassen- oder Pensionsfondsversorgung oder eine Direktversicherung die steuerlichen Höchstgrenzen des § 3 Nr. 63 EStG ausgeschöpft haben. Vor dem Hintergrund des Betriebsrentenstärkungsgesetzes wird sich zeigen, wie sich der Durchführungsweg der Unterstützungskasse künftig behaupten wird. Zwar kann nach dem Gesetzeswortlaut eine bAV auf Grundlage der reinen Beitragszusage nicht über eine Unterstützungskasse durchgeführt werden, zudem werden die steuerlichen Höchstgrenzen des § 3 Nr. 63 EStG für Beiträge an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung deutlich erhöht, dennoch wird der BVV auch weiterhin attraktive Produktkonzepte unter Einbindung der BVV Versorgungskasse erfolgreich anbieten.

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	2016	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen an Trägerunternehmen	1.578	909
2. Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung	8.142.781	7.590.793
3. Sonstige Vermögensgegenstände	484	436
Rechnungsabgrenzungsposten	7.566	6.055
	8.152.409	7.598.193

Passivseite

	2016	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke	8.142.781	7.590.793
Verbindlichkeiten aus der Rückdeckungsversicherung	1.578	909
Sonstige Verbindlichkeiten	484	436
Rechnungsabgrenzungsposten	7.566	6.055
	8.152.409	7.598.193

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2016	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zuwendungen von Trägerunternehmen	408.856	343.478
2. Veränderung der Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung	551.988	495.440
3. Erhaltene Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung	81.062	74.568
4. Geleistete Rückdeckungsversicherungsbeiträge	408.856	343.478
5. Aufwendungen für Rentenleistungen	81.062	74.568
6. Zuführung zur Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke	551.988	495.440
7. Jahresüberschuss	0	0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Forderungen sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung werden in Höhe des Aktivwertes der Rückdeckungsversicherungen angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Die Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke ist in Höhe der Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Die **Forderungen an Trägerunternehmen** betreffen rückständige Zuwendungen.

Die **Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung** entsprechen dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen.

Unter **Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Voraus an den Rückdeckungsversicherer geleistete Beiträge für das Folgejahr sowie Rentenvorauszahlungen für Januar 2018 ausgewiesen.

Passivseite

Die **Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke** stimmt mit den Ansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung überein, da die Zusagen der BVV Versorgungskasse kongruent rückgedeckt sind.

Die **Verbindlichkeiten aus der Rückdeckungsversicherung** resultieren aus noch nicht geleisteten Rückdeckungsversicherungsbeiträgen.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** resultieren in Höhe von 400 (349) Tsd. Euro aus Steuern.

Der **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält vorausgezahlte Zuwendungen von Trägerunternehmen sowie im Voraus vom Rückdeckungsversicherer erhaltene Rentenleistungen für Januar 2018.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Zuwendungen von Trägerunternehmen** sind in voller Höhe als Rückdeckungsversicherungsbeiträge verwendet worden.

Die **Aufwendungen für Rentenleistungen** betreffen gezahlte Versorgungsleistungen, die in voller Höhe vom Rückdeckungsversicherer erstattet wurden.

Die **Zuführung zur Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke** entspricht der Erhöhung des Anspruchs aus der Rückdeckungsversicherung.

Sonstige Angaben

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
Vereinsregister: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, VR 19126 B

Angaben gemäß § 285 Nr. 3 HGB

Im Rahmen eines mit dem BVV Versicherungsverein abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungsvertrages übernimmt dieser aus Effizienzgründen alle Verwaltungstätigkeiten der BVV Versorgungskasse. Aufwendungen des BVV Versicherungsvereins sind durch die zu leistenden Beiträge abgegolten. Durch den Vertrag ergeben sich positive Auswirkungen auf die Liquidität der BVV Versorgungskasse.

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 58 und 59 aufgeführt.

Berlin, den 15. März 2018
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden

Rainer Jakubowski

Jahresabschluss 2017

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des

Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Publikation „Jahresberichte 2017“ – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsabschlussfolgerungen hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Über-

Jahresabschluss 2017

einstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen

Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten

Jahresabschluss 2017

Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten

Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 15. März 2018
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss 2017

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben drei Sitzungen des Aufsichtsrates sowie eine Sitzung des Prüfungsausschusses stattgefunden. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung und zur Geschäftspolitik wurden beraten.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

In der Mitgliederversammlung am 7. Juli 2017 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Peter König, der zum 6. Juli 2017 ausgeschieden war, wurde Herr Oliver Menke-Tenbrink, Mitglied des Betriebsrates, UniCredit Bank AG, München, in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn König herzlich für seine langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 27. April 2018

Der Aufsichtsrat

Heinz Laber

Frank Annuscheit

Gabriele Platscher

Carsten Anlauf

Michael O. Bentlage

Gunnar de Buhr

Edwin Echl

Bettina Kies-Hartmann

Michael Klaus

Oliver Menke-Tenbrink

Dr. Hans-Walter Peters

Karl von Rohr

Carola Gräfin
von Schmettow

Helene Strinja

Jürgen Tögel

Jahresbericht 2017

BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin

Seite 69 – 92

4



Aufsichtsrat

Edwin Echl
Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes,
SEB AG, Frankfurt am Main

Peter König
stellv. Vorsitzender
bis 06.07.2017

Mitarbeiter,
UniCredit Bank AG, München

Gabriele Platscher
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrates,
Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim

Helene Strinja
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrates,
SEB AG, Frankfurt am Main

Gunnar de Buhr

Mitglied des Betriebsrates,
Commerzbank AG, Hamburg

Bettina Kies-Hartmann

Mitglied des Gesamtpersonalrats und Mitglied des
Örtlichen Personalrats Region Stuttgart der Landesbank
Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Bank

Oliver Menke-Tenbrink
ab 07.07.2017

Mitglied des Betriebsrates,
UniCredit Bank AG, München

Vorstand

Dr. Helmut Aden
Rainer Jakobowski

Berlin
Berlin

Verantwortliche Aktuarin

Katrin Schulze

Treuhand

Michael Waage
Friedhelm Dresch

Treuhand
stellv. Treuhand

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berlin

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG wurde in der Rechtsform der Aktiengesellschaft mit Wirkung vom 23. November 2007 als 100-prozentige Tochtergesellschaft des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. gegründet.

Der BVV Pensionsfonds kommt vor allem im Rahmen von Neuordnungen und damit einhergehenden Auslagerungen von Pensionsverpflichtungen zum Einsatz. Im Rahmen von § 3 Nr. 66 in Verbindung mit § 4e Einkommensteuergesetz (EStG) bietet der BVV Pensionsfonds den Unternehmen der Banken- und Finanzdienstleistungsbranche die Möglichkeit, ihre Direktzusagesysteme auf den BVV Pensionsfonds zu übertragen.

Sämtliche Beiträge an den BVV Pensionsfonds werden jeweils für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entweder in Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein (rückgedecktes Pensionsfondsgeschäft) oder in Kapitalanlagen nach Maßgabe des Pensionsplans L Dynamisch (nicht rückgedecktes Pensionsfondsgeschäft) investiert. Im Berichtszeitraum wurden erstmals Versorgungsverpflichtungen nach dem Pensionsplan L Dynamisch ohne kongruente Rückdeckung beim BVV Versicherungsverein übernommen.

Gegenstand der Versorgung ist die Erbringung einer Rentenleistung nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten. Je nach Gestaltungsvariante bietet der BVV Pensionsfonds die Möglichkeit einer vollständigen Umstrukturierung von endgehaltsabhängigen Zusagen oder unterschiedliche Modelle, um bestehende Direktzusagen auch ohne arbeitsrechtliche Modifikation abzulösen.

Im Berichtszeitraum konnte der BVV Pensionsfonds 92,6 (108,9) Mio. Euro Einmalbeitragsvolumen generieren und damit den anhaltenden Trend zur kapitalgedeckten Auslagerung von Pensionsverpflichtungen aus Direktzusagen abermals bestätigen.

Bis zum Bilanzstichtag wurden insgesamt 3.613 (2.963) Versorgungszusagen übertragen. Dabei generiert der BVV Pensionsfonds auch Beiträge für die BVV Versorgungskasse sowie den BVV Versicherungsverein.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass der BVV Pensionsfonds bei den aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die dem Vorstand zum Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.

Wirtschaftsbericht

Jahresabschluss, Überschuss, Gewinnquellen

Aus dem Überschuss des Geschäftsjahres von 165,3 (164,8) Tsd. Euro wurden 8,3 (8,2) Tsd. Euro in die gesetzliche Rücklage eingestellt. Der verbleibende Überschuss von 157,1 (156,6) Tsd. Euro steht als Bilanzgewinn zur Verwendung durch die Aktionäre zur Verfügung. Der erwirtschaftete Gesamtüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Zinserträgen der Kapitalanlagen für eigene Rechnung. Der Geschäftsverlauf war im Berichtszeitraum erwartungsgemäß.

Bestandsentwicklung

Es bestehen 3.613 (2.963) Versorgungsverhältnisse, davon 2.243 (1.859) für Anwärter. Für 2.055 Versorgungsverhältnisse wurden Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein abgeschlossen.

Leistungsempfänger

Im BVV Pensionsfonds bestehen 1.370 (1.104) Versorgungsverhältnisse für Rentenempfänger, davon 1.123 (908) Altersrenten, 51 (42) Invalidenrenten und 196 (154) Hinterbliebenenrenten.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 92,6 (108,9) Mio. Euro und lagen trotz eines Rückgangs im rückgedeckten Geschäft im Rahmen der prognostizierten Werte. Sie betrafen ausschließlich Einmalbeiträge von Trägerunternehmen und setzen sich aus 40,1 Mio. Euro des rückgedeckten sowie aus 52,5 Mio. Euro des nicht

Lagebericht

rückgedeckten Pensionsfondsgeschäfts zusammen. Bei den Beitragseinnahmen handelt es sich um Zahlungen für in der Vergangenheit erworbene Pensionsansprüche und Anwartschaften.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen für eigene Rechnung beliefen sich im Berichtsjahr auf 236,5 (236,5) Tsd. Euro und lagen damit erwartungsgemäß auf Vorjahresniveau. Es handelt sich ausschließlich um Zinserträge. Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen für eigene Rechnung betrug 4,7 Prozent.

Darüber hinaus wurden Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Höhe von 2.258,5 (1.426,5) Tsd. Euro erzielt.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf insgesamt 2.300,5 (2.233,9) Tsd. Euro. Darin enthalten sind Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Höhe von 2.085,1 (2.233,7) Tsd. Euro. Dabei handelt es sich um endgültig erloschene Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung aufgrund des Todes von Versorgungsberechtigten. Ferner sind Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungsvereinbarung mit dem BVV Versicherungsverein für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von 215,4 (0,2) Tsd. Euro angefallen.

Leistungen

Die gesamten Versorgungsleistungen betragen 13.588,6 (7.503,5) Tsd. Euro. Hiervon entfallen auf Alters- und Invalidenrenten 11.651,0 (6.324,7) Tsd. Euro sowie 1.894,8 (1.036,5) Tsd. Euro auf Hinterbliebenenrenten.

Verwaltungskosten

Im Geschäftsjahr 2017 sind erstmals nach Aufnahme des nicht rückgedeckten Pensionsfondsgeschäftes Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb in Höhe von 14,3 (0,0) Tsd. Euro angefallen. Aufgrund des bestehenden Rückdeckungsvertrages mit dem BVV Versicherungsverein werden sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Rückdeckungsgeschäft vom BVV Versicherungsverein übernommen.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis ist hauptsächlich durch die Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen von dem BVV Versicherungsverein aus dem nicht rückgedeckten Pensionsfondsgeschäft gekennzeichnet. Es betrug zum Bilanzstichtag -693,3 (0,0) Tsd. Euro. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Aufnahme des nicht rückgedeckten Pensionsfondsgeschäfts im Geschäftsjahr 2017.

Steuerzahlungen

Der BVV Pensionsfonds unterliegt der uneingeschränkten Steuerpflicht. Die Aufwendungen für Körperschaft-, Kapitalertrag- und Gewerbeertragsteuer betreffen das Geschäftsjahr 2017 und betragen 71,1 (71,5) Tsd. Euro.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des BVV Pensionsfonds umfasst das Grundkapital, die Kapitalrücklagen, die Gewinnrücklagen und den Bilanzgewinn. Beim Grundkapital handelt es sich um 50 Tsd. Namensaktien mit einem Nennbetrag von jeweils 100 Euro. Unter der Kapitalrücklage wird der vom BVV Versicherungsverein bereitgestellte Organisationsfonds ausgewiesen. Er beträgt zum Bilanzstichtag 161 Tsd. Euro. Die gesetzliche Rücklage wurde in Höhe von 8,3 Tsd. Euro dotiert und beträgt insgesamt 81,3 Tsd. Euro. Der Bilanzgewinn enthält den nach teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses verbleibenden Überschuss des Berichtsjahres in Höhe von 157,1 Tsd. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Deckungsrückstellung (ohne Hinzurechnung des Organisationsfonds) 1,5 Prozent.

Kapitalanlagen

Die Ertragsituation des BVV Pensionsfonds war geprägt von der Anlage des gezeichneten Kapitals und der laufenden Verwaltung der im geringen Umfang notwendigen Liquidität.

Das im Gründungsjahr zur Verfügung gestellte Eigenkapital wurde langfristig in Form eines Schuldscheindarlehens eines deutschen Bundeslandes mit seinerzeit 20-jähriger Laufzeit und einem Kupon von 4,73 Prozent investiert.

Anders als in den Vorjahren, in denen Pensionspläne mit Rückdeckung durch den BVV Versicherungsverein des

Lagebericht

Bankgewerbes a.G. abgebildet wurden, ist im Jahr 2017 der erste nicht rückgedeckte Pensionsplan realisiert worden. Für diesen Pensionsplan existiert, auch aufgrund anderer regulatorischer Rahmenbedingungen, eine abweichende Kapitalanlagepolitik. In diesem Segment erfolgt eine dynamische, prognosefreie, regelbasierte Allokation in Aktien- und Anleihemärkte mit monatlicher Anpassung der Gewichtung. Das Anlageuniversum bilden dazu vorrangig in Investmentvermögen gehaltene börsennotierte Derivate sowie ETCs und ETFs auf internationale Anleihe- und Aktienindizes.

Deckungsrückstellung und Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Die Deckungsrückstellung entspricht dem Zeitwert des Vermögens für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Der Zeitwert der Kapitalanlagen entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen beziehungsweise den Rücknahmepreisen der Investmentanteile.

Liquidität

Die Finanzlage des BVV Pensionsfonds ist durch eine ausreichende Liquidität in Form von Barmitteln gekennzeichnet. Liquiditätsengpässe, die aufgrund erhöhter Zahlungsanforderungen auftreten können, sind für den BVV Pensionsfonds nicht zu erwarten. Insgesamt stehen zum Bilanzstichtag laufende Guthaben bei Kreditinstituten in einer Gesamthöhe von 603,3 (0,0) Tsd. Euro zur Verfügung.

Risikobericht

Der BVV Pensionsfonds ist in das bestehende Risikomanagement des BVV Versicherungsvereins eingebunden. Die Kapitalanlagerisiken für den BVV Pensionsfonds sind hauptsächlich auf Zinsänderungs- und Kreditrisiken aus den Kapitalanlagen für eigene Rechnung beschränkt. Die Kapitalanlagen der Sicherungsvermögen bestehen zum überwiegenden Teil aus Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein, die die Verpflichtungen des BVV Pensionsfonds kongruent bedecken. Der BVV Pensionsfonds trägt selbst kein Kapitalanlagerisiko aus den Versorgungsverpflichtungen, gegebenenfalls kann sich jedoch

ein Reputationsrisiko ergeben. Die Verwaltungstätigkeiten werden vollständig durch den BVV Versicherungsverein übernommen. Für den BVV Pensionsfonds besteht somit das Risiko, dass der BVV Versicherungsverein seine Verpflichtungen aus den Rückdeckungsversicherungen oder den sonstigen vertraglichen Vereinbarungen nicht erfüllt (Kontrahentenrisiko). Weitere Risiken bestehen für den BVV Pensionsfonds nicht.

Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 141,9 Prozent verfügt der BVV Pensionsfonds über eine angemessene Eigenmittelausstattung.

Ausblick und Perspektiven

Aufgrund des weiterhin anhaltenden Niedrigzinsumfeldes und des gestiegenen Kostendrucks bei den Mitglieds- und Trägerunternehmen des BVV erwartet der BVV Pensionsfonds für die kommenden Jahre eine gesteigerte Nachfrage nach Lösungen zur Auslagerung von Pensionsverpflichtungen aus Direktzusage-Systemen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass das Niedrigzinsumfeld im Gegenzug dämpfend auf aktuelle Auslagerungsprojekte wirken kann, da der notwendige Finanzierungsbedarf aufgrund steigender Pensionsrückstellungen zunimmt. Vor diesem Hintergrund hat der BVV in den vergangenen Jahren die Produktpalette um liquiditätsschonende Lösungen erweitert. Hier sehen wir für die nächsten Jahre deutliches Wachstumspotenzial.

Die im Rahmen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes neu eingeführte reine Beitragszusage wird der BVV aus rechtsformalen Gründen über den BVV Pensionsfonds umsetzen. Dabei kann neben einer Kapitalanlage in Form einer Rückdeckungsversicherung bei dem BVV Versicherungsverein, dem gesetzgeberischen Motiv Rechnung tragend, auch eine chancenorientierte Kapitalanlage in das Produktportfolio aufgenommen werden. Zielsetzung wird es jedoch weiterhin sein, ein auf Rentenfaktoren basierendes kollektives Altersversorgungsprodukt auch im Rahmen der reinen Beitragszusage bereitzustellen, um betriebliche Altersversorgung planbar und verlässlich auszugestalten.

Die Ertragssituation des BVV Pensionsfonds wird für den rückgedeckten Teil der Ansprüche in 2018 stabil erwartet. Die für die Versorgungsberechtigten wirtschaftlich maßgeblichen Entwicklungen finden im Ergebnis des BVV Versicherungsvereins ihren Niederschlag.

Für den BVV Versicherungsverein erwarten wir für das Jahr 2018 ein weiterhin sehr anspruchsvolles Anlageumfeld, wobei die Ertragssituation maßgeblich von den internationalen Kapitalmärkten und hier insbesondere der Zinsentwicklung bestimmt sein wird.

Die Ertragssituation für den nicht rückgedeckten Geschäftsanteil wird im Wesentlichen von den globalen Anleihe- und Aktienmärkten beeinflusst. Im langfristigen Durchschnitt wird ein mittlerer einstelliger Prozentsatz als Renditeziel angestrebt. Sollten externe Schocks und abrupte Trendwechsel ausbleiben, ist dies auch für 2018 realistisch.

Das im Jahr 2018 zu erwartende Kapitalanlageergebnis für eigene Rechnung, der resultierende Jahresüberschuss des BVV Pensionsfonds, die Dotierung der Gewinnrücklagen sowie der Bilanzgewinn werden aufgrund des Geschäftsmodells auf dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres erwartet.

Anlagen zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2017

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	886	973	518	432	8.482.001
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	334	136	179	76	4.204.422
2. sonstiger Zugang	0	0	0	-	-
3. gesamter Zugang	334	136	179	76	4.204.422
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	3	1	16	15	711.350
2. Beginn der Altersrente	47	19	-	-	-
3. Invalidität	0	2	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	0	0	0	0	0
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang	5	9	-	-	-
8. gesamter Abgang	55	31	16	15	711.350
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.165	1.078	681	493	11.975.073
davon					
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-			
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-			
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	1.165	1.078			
4. beitragsfreie Anwartschaften	1.165	1.078			
5. in Rückdeckung gegeben	1.049	1.031	575	474	
6. in Rückversicherung gegeben	-	-			
7. lebenslange Altersrente	1.149	1.069	681	493	
8. Auszahlungsplan mit Restverrentung	16	9	0	0	
Aus Anpassungszuschlag der Rückdeckungsversicherung 2018					56.935
Bestand am 01.01.2018					12.032.008

Anlagen zum Lagebericht

Hinterbliebenenrenten						
	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
				Witwen	Witwer	Waisen
				Anzahl	Anzahl	Anzahl
	137	12	5	1.362.496	13.508	5.306
	39	9	2	904.342	34.023	410
	0	-	-	-	-	-
	39	9	2	904.342	34.023	410
	5	2	0	72.520	4.621	0
	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-
	1	0	0	2.381	0	0
	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-
	6	2	-	74.901	4.621	0
	170	19	7	2.191.937	42.910	5.716
	151	19	7			
	170	19	7			
	0	0	0			
				5.427	121	47
				2.197.364	43.031	5.763

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

			2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Sonstige Ausleihungen			
a) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000		5.000
2. Einlagen bei Kreditinstituten	0		0
		5.000	5.000
B. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
I. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	357.376		274.732
II. Sonstiges Vermögen	657		0
		358.033	274.732
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:			
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	0		0
II. Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen	5.594		40.885
III. Sonstige Forderungen	4		4
		5.598	40.889
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	603		0
II. Andere Vermögensgegenstände	949		815
		1.552	815
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		231	231
		370.414	321.667

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 15. März 2018

Der Treuhänder
Michael Waage

Jahresabschluss 2017

Passivseite

				2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
1. Gezeichnetes Kapital	5.000			5.000
2. abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0			0
		5.000		5.000
II. Kapitalrücklage		161		161
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		81		73
IV. Bilanzgewinn		157		157
			5.399	5.391
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle			382	353
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
I. Deckungsrückstellung			358.033	274.732
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen			0	0
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber:				
1. Arbeitgebern		5.212		40.376
II. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen		949		815
III. Sonstige Verbindlichkeiten		439		0
davon an:				
verbundene Unternehmen 439 Tsd. EUR				
2016 0 Tsd. EUR				
			6.600	41.191
			370.414	321.667

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 240 Satz 1 Nr. 10 bis 12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Berlin, den 15. März 2018

Die Verantwortliche Aktuarin
Katrin Schulze

Jahresabschluss 2017

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

			2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
I. Pensionsfondstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		92.552	108.947
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		2.495	1.663
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		8.558	4.552
4. Aufwendungen für Versorgungsfälle			
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	13.560		7.361
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	29		142
		13.589	7.503
5. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		83.301	103.335
6. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb			
a) Verwaltungsaufwendungen		14	0
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	216		0
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.085		2.234
		2.301	2.234
8. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		1.241	570
9. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen		2.230	1.284
10. Pensionsfondstechnisches Ergebnis		929	236
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	0		0
2. Sonstige Aufwendungen	693		0
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		236	236
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		71	71
5. Jahresüberschuss		165	165
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		8	8
7. Bilanzgewinn		157	157

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden nach § 341d HGB mit dem Zeitwert angesetzt.

Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen und Sonstige Forderungen sind mit den Nominalbeträgen bilanziert.

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und die Anderen Vermögensgegenstände werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert.

Die Bilanzierung der unter dem Gezeichneten Kapital ausgewiesenen Beträge erfolgt zum Nennwert der Namensaktien.

Unter der Kapitalrücklage wird der Organisationsfonds zum Nominalbetrag bilanziert.

Die gesetzliche Rücklage wird nach den Vorschriften des § 150 Abs. 2 AktG dotiert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle wird entsprechend der voraussichtlichen Inanspruchnahme für Versorgungsfälle der letzten Geschäftsjahre bilanziert.

Die unter den Pensionsfondstechnischen Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgewiesene Deckungsrückstellung entspricht dem am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das Vermögen wurde aus geleisteten Einlösungsbeiträgen entsprechend den zu Grunde liegenden Pensionsplänen gebildet.

Die Einlösungsbeiträge sind so kalkuliert, dass die prospektiv bewerteten Verpflichtungen aus den Leistungszusagen für Anwärter und Rentner zu Beginn der Zusage finanziert sind. Sie wurden unter Anwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen auf Basis eines besten Schätzwertes und unter Einbeziehung von Sicherheitsspannen ermittelt.

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgt nach der retrospektiven Methode.

Für Verpflichtungen im Rentenbezug wurde die nach § 17 der Verordnung über die Rechnungslegung von Pensionsfonds (RechPensV) mindestens zu bildende Deckungsrückstellung prospektiv als Barwert der Leistungen berechnet. Dabei wurden für diejenigen Verpflichtungen, für die Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein bestehen, als Rechnungsgrundlagen die Ausscheideordnungen des BVV Versicherungsvereins mit einem Rechnungszins von 2,25 Prozent, für ab 1. Januar 2012 übernommene Zusagen mit einem Rechnungszins von 1,75 Prozent, für ab 1. Januar 2015 übernommene Zusagen mit einem Rechnungszins von 1,25 Prozent und für ab 1. Januar 2017 übernommene Zusagen mit einem Rechnungszins von 0,9 Prozent verwendet. Für Verpflichtungen, für die keine Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein bestehen, wurden als Rechnungsgrundlagen die Ausscheideordnungen BVV 2014 2. Ordnung und ein Rechnungszins von maximal 3,2 Prozent verwendet; der Rechnungszins berücksichtigt die im Bestand befindlichen Vermögenswerte sowie den Ertrag künftiger Vermögenswerte angemessen.

Die Deckungsrückstellung entspricht dem unter dem Posten Aktiva B.I ausgewiesenen Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Zusatzrückstellungen nach § 13 Abs. 2 RechPensV sind nicht erforderlich.

Der unter den Steuerrückstellungen ausgewiesene Betrag umfasst den noch nicht gezahlten Steueraufwand des Geschäftsjahres. Die Bilanzierung erfolgt zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter Andere Verbindlichkeiten ausgewiesenen Schuldposten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Ausweis

Der Ausweis erfolgt entsprechend den in § 2 RechPensV vorgeschriebenen Formblättern:

- Formblatt 1 (Bilanz)
- Formblatt 2 (Gewinn- und Verlustrechnung).

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz – Aktivseite – Entwicklung der Aktivposten A I im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Um- buchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschrei- bungen Tsd. EUR	Abschrei- bungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A.I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Sonstige Ausleihungen							
a) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000						5.000
Insgesamt	5.000						5.000

Entwicklung der im Aktivposten B I erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Um- buchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Nicht realisierte Gewinne Tsd. EUR	Nicht realisierte Verluste Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Invest- mentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	48.388		1.973		139	46.276
2. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	274.732	42.177		13.265	8.558	1.102	311.100
Insgesamt	274.732	90.565		15.238	8.558	1.241	357.376

Anhang

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 36 RechPensV in Verbindung mit §§ 54, 55 und § 56 RechVersV

Für die ausgewiesenen Kapitalanlagen ergaben sich folgende Zeitwerte:

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Schuldscheinforderungen und Darlehen	6.925	6.886
	6.925	6.886

Ferner hält der BVV Pensionsfonds Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, deren Zeitwert nach § 341d HGB ermittelt wurde und sich auf 357.376 (274.732) Tsd. Euro beläuft. Dabei werden die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen beziehungsweise die Rücknahmepreise der Investmentanteile am Bilanzstichtag als Zeitwerte angesetzt.

Die Bewertung von Schuldscheindarlehen erfolgt auf Basis der DCF-Methode (Discounted Cash Flow) durch Abzinsung der Zahlungsreihe des betreffenden Papiers mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz. Der bei der Ermittlung des Barwertes der betrachteten Zahlungsreihe verwendete Zinssatz wird aus einer risikoäquivalenten Zinskurve abgeleitet. Dabei wird das Kreditrisiko durch Multiplikation mit den aus verfügbaren Marktdaten generierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (sog. Hazard Rate) berücksichtigt. Die für die Bewertung notwendigen Marktdaten werden täglich aktualisiert.

A.I.1.a) [Schuldscheinforderungen und Darlehen](#)

Das in dieser Position ausgewiesene Schuldscheindarlehen ist zu Anschaffungskosten in Höhe von 5.000 Tsd. Euro bewertet.

B.I. Der BVV Pensionsfonds hält hauptsächlich [Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern](#) in Form von Lebensversicherungsverträgen bei verbundenen Unternehmen in Höhe von 308.967 (274.732) Tsd. Euro sowie in Form von Investmentvermögen in Höhe von 46.276 (0) Tsd. Euro.

C.II. [Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen](#)

Die in dieser Position ausgewiesenen Beträge enthalten hauptsächlich an den Rückdeckungsversicherer weitergeleitete Beitragsvorauszahlungen von Trägerunternehmen. Ferner sind die im Rahmen der Rückdeckungsversicherung zugeteilten Überschussanteile enthalten. Die entsprechenden Beträge werden direkt an die Trägerunternehmen ausgeschüttet. Sämtliche in dieser Position ausgewiesenen Forderungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen.

D.II. Bei den unter den [Anderen Vermögensgegenständen](#) ausgewiesenen Positionen handelt es sich um Renten-vorauszahlungen für das Jahr 2018.

E.I. [Abgegrenzte Zinsen und Mieten](#)

In dieser Position sind die noch nicht fälligen Zinsen der Kapitalanlage des BVV Pensionsfonds für eigene Rechnung erfasst.

Erläuterungen zur Bilanz – Passivseite –

A.I.1. Gezeichnetes Kapital

In dieser Position ist das Grundkapital des BVV Pensionsfonds ausgewiesen. Es handelt sich dabei um 50.000 Namensaktien – ausgestellt auf den BVV Versicherungsverein – mit einem Nennbetrag von jeweils 100 Euro.

A.II. Kapitalrücklage

Zum 31. Dezember 2017 beträgt die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB unverändert 161 Tsd. Euro.

A.III.1. In die [Gesetzliche Rücklage](#) wurde nach § 150 Abs. 2 AktG aus dem Jahresüberschuss ein Betrag von 8 Tsd. Euro eingestellt. Sie beträgt zum 31. Dezember 2017 81 Tsd. Euro.

A.IV. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2017 beträgt 157 Tsd. Euro.

C.I. Deckungsrückstellung

Die mindestens zu bildende Deckungsrückstellung beträgt 219.652 Tsd. Euro. Zusatzrückstellungen waren nicht zu bilden.

E. Die unter den [Anderen Verbindlichkeiten](#) ausgewiesenen Beträge umfassen hauptsächlich die von den Trägerunternehmen im Voraus geleisteten Beiträge, die vertraglich an die Trägerunternehmen auszuschüttenden Erträge aus der Rückdeckungsversicherung bei dem BVV Versicherungsverein sowie die von diesem Rückdeckungsversicherer erhaltenen Rentenvorauszahlungen. Sämtliche unter den Positionen E.II. und E.III. ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die unter den Anderen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Beträge haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Beiträge

Bei den verdienten Beiträgen des BVV Pensionsfonds in Höhe von 92.552 (108.947) Tsd. Euro handelt es sich um Einmalbeiträge resultierend aus leistungsbezogenen Pensionsplänen ohne Überschussbeteiligung.

I.2.a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erträge aus Kapitalanlagen für eigene Rechnung		
Zinsen aus Schuldscheinforderungen	236	237
Tagesgeldzinsen	0	0
	236	237
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Erträge aus Lebensversicherungsverträgen)		
zugeteilte Überschussanteile	2.230	1.284
Rückstellungen für unerledigte Versorgungsfälle	29	142
	2.495	1.663

I.4.a) Die **Zahlungen für Versorgungsfälle** belaufen sich auf insgesamt 13.560 (7.361) Tsd. Euro. Darin sind Zahlungen für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 11.479 (5.716) Tsd. Euro für Alters- und Invalidenrenten sowie Aufwendungen für Hinterbliebenenrenten in Höhe von 1.863 (1.013) Tsd. Euro enthalten.

I.7. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Aufwendungen für Kapitalanlagen für eigene Rechnung	0	0
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern		
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	216	0
Abgangverluste (Aufwendungen aus Lebensversicherungsverträgen)	2.085	2.234
	2.301	2.234

I.8. Der unter **Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen** ausgewiesene Betrag betrifft hauptsächlich das Erlöschen von Rückdeckungsversicherungen infolge von Todesfällen ohne Hinterbliebenenleistungen.

I.9. Die **Sonstigen pensionsfondstechnischen Aufwendungen** enthalten ausschließlich die an die Arbeitgeber auszusüttenden Überschussanteile aus der Rückdeckungsversicherung.

Anhang

II.2. Die [Sonstigen Aufwendungen](#) enthalten ausschließlich die Verwaltungsaufwendungen des BVV Pensionsfonds.

II.4. Die [Steuern vom Einkommen und vom Ertrag](#) setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2017	2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Gewerbeertragsteuer	34	34
Körperschaftsteuer	35	35
Solidaritätszuschlag	2	2
Kapitalertragsteuer	0	0
	71	71

Anhang

Sonstige Angaben

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 70 und 71 aufgeführt.

Der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG verfügt über kein eigenes Personal.

Am BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG ist zum Bilanzstichtag der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. zu 100 Prozent beteiligt.

Der Jahresabschluss des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG wird in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Kurfürstendamm 111 – 113, 10711 Berlin einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der BVV Versicherungsverein stellt den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen auf.

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin
Handelsregister: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, HRB 113087 B

Angaben gemäß § 285 Abs. 17 HGB

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernanhang

Angaben gemäß § 285 Nr. 3 HGB

Im Rahmen eines mit dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. abgeschlossenen Funktionsausgliederungsvertrages übernimmt der BVV Versicherungsverein aus Effizienzgründen alle Verwaltungstätigkeiten für den BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG. Aufwendungen des BVV Versicherungsvereins sind durch die zu leistenden Beiträge (rückgedecktes Pensionsfondsgeschäft) und Vergütungen für erbrachte Dienstleistungen (nicht rückgedecktes Pensionsfondsgeschäft) abgegolten. Ferner übernimmt der BVV Versicherungsverein alle Kosten des BVV Pensionsfonds einschließlich der externen Unternehmenskosten. Durch den Vertrag ergeben sich positive Auswirkungen auf die Liquidität des BVV Pensionsfonds.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand und der Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 6. Juli 2018 vorschlagen, den Bilanzgewinn 2017 in Höhe von 157 Tsd. Euro an den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. auszuschütten.

Berlin, den 15. März 2018
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden

Rainer Jakubowski

Jahresabschluss 2017

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind

von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Publikation „Jahresberichte 2017“ – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsfolgerungen hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt

Jahresabschluss 2017

haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen

Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unterneh-

Jahresabschluss 2017

menstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 15. März 2018
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss 2017

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben drei Sitzungen des Aufsichtsrates und eine Sitzung des Prüfungsausschusses stattgefunden. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung und zur Geschäftspolitik wurden beraten. Es wurden sechs Personen zu Prokuristen bestellt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Mit dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstandes am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrates übermittelt. Diese Unterlagen wurden in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich erörtert. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht der Verantwortlichen Aktuarin zur versicherungsmathematischen Bestätigung gemäß § 141 Abs. 5 Nr. 2 i. V. m. § 237 Abs. 3 Nr. 7 Versicherungsaufsichtsgesetz, § 21 Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung zur Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben.

In der Hauptversammlung am 7. Juli 2017 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Peter König, der zum 6. Juli 2017 ausgeschieden war, wurde Herr Oliver Menke-Tenbrink, Mitglied des Betriebsrates, UniCredit Bank AG, München, in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn König herzlich für seine langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 27. April 2018
Der Aufsichtsrat

Edwin Echl

Gabriele Platscher

Helene Strinja

Gunnar de Buhr

Bettina Kies-Hartmann

Oliver Menke-Tenbrink

Jahresbericht 2017

Weitere Informationen

5

Seite 93 – 116



Definition von Kennzahlen

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung gibt an, welche Verzinsung ein Unternehmen aus den Kapitalanlagen erzielt. Sie wird berechnet als Differenz sämtlicher Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagen im Verhältnis zur durchschnittlichen Höhe der Kapitalanlagen. Berücksichtigt werden auch Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie Zuschreibungen und Abschreibungen.

Erweiterte Nettoverzinsung

Zusätzlich zu den in die Berechnung der Nettoverzinsung einfließenden Erträgen und Aufwendungen berücksichtigt die erweiterte Nettoverzinsung die Entwicklung der Stillen Reserven und Lasten im Geschäftsjahr.

Durchschnittsverzinsung

Exakter ist die Bezeichnung laufende Durchschnittsverzinsung (LVU). Diese Kennzahl umfasst alle laufenden Erträge aus Kapitalanlagen vermindert um die laufenden Verwaltungsaufwendungen für die Kapitalanlagen sowie normale Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude im Verhältnis zur durchschnittlichen Höhe der Kapitalanlagen.

Betriebskostensatz

Synonym werden – betriebswirtschaftlich ungenau – auch die Bezeichnungen Verwaltungskostenquote und Verwaltungskostensatz verwendet. Diese Kennzahl setzt die Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen einschließlich der Gemeinkosten ohne Aufwendungen für Schadenregulierung) für den Versicherungsbetrieb ins Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen. Der Betriebskostensatz ist ein Anhaltspunkt dafür, wie effizient die Verträge der Versicherten verwaltet werden.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt das Eigenkapital (Verlustrücklage und die ungebundenen Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie Nachrangdarlehen) ins Verhältnis zur Deckungsrückstellung. Sie ist ein Maßstab dafür, inwieweit die Verpflichtungen gegenüber den Versicherten allein durch Eigenkapital abgesichert sind.

Erläuterung wesentlicher Fachbegriffe

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Summe der Aufwendungen für die laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen. Synonym werden auch die Bezeichnungen Betriebskosten sowie in der Praxis häufig – betriebswirtschaftlich aber ungenau – Verwaltungskosten verwendet.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Gezahlte und zurückgestellte Versicherungsleistungen für im Geschäftsjahr eingetretene Versicherungsfälle einschließlich der Aufwendungen für Schadenregulierung und des Ergebnisses aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellungen.

Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

Überschussanteile, die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen und im Geschäftsjahr als Beiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistungen beziehungsweise der Guthaben der Versicherten verwendet werden.

Deckungsrückstellung

Aus den bestehenden Versicherungsverträgen ergeben sich Ansprüche beziehungsweise Verpflichtungen, gegenüber den Versicherten, für die Beitragsanteile in der Deckungsrückstellung zurückzustellen sind. Ihre Höhe wird gemäß den versicherungsmathematischen Rechnungsgrundlagen ermittelt.

Direktgutschrift

Die Direktgutschrift ist derjenige Teil des Überschusses, der nicht zurückgestellt, sondern direkt im Geschäftsjahr einzelnen Versicherungsverträgen in Form einer zusätzlichen Versicherungsleistung gutgeschrieben wird, zum Beispiel als Zuschuss an den Versicherten für Heilverfahren.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Die Differenz aus Erträgen und Aufwendungen, die nicht direkt dem Versicherungsgeschäft zugerechnet werden können, wird als nichtversicherungstechnisches Ergebnis bezeichnet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

Die RfB umfasst als Passivposition in der Bilanz Beträge, die zur Ausschüttung an die Versicherten in späteren Rechnungsperioden vorgesehen sind und ausschließlich hierfür verwendet werden können.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

In dieser Passivposition der Bilanz wird der Aufwand reserviert, der zur Abwicklung bereits eingetretener, im Geschäftsjahr aber noch nicht oder nur zum Teil regulierter Versicherungsfälle notwendig ist.

Überschussbeteiligung

Unter dem Begriff Überschussbeteiligung werden alle Komponenten zusammengefasst, mit denen die Versicherten an den erwirtschafteten Überschüssen des BVV beteiligt werden. Die einzelnen Überschussanteilssätze sind im Jahresbericht dargestellt.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis bezeichnet die Differenz aus Erträgen und Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft. Zusammen mit dem Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung abzüglich der Steuern ergibt es den Jahresüberschuss des Unternehmens.

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

29CPMax GmbH	Nürnberg
2IP Institutional Investment-Partners Group GmbH	Frankfurt am Main
Aareal Bank AG	Wiesbaden
ABC International Bank plc Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Aberdeen Asset Management Deutschland AG	Frankfurt am Main
ABG Sundal Collier ASA Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
ABK Allgemeine Beamten Bank AG	Berlin
ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
ABN AMRO Commercial Finance GmbH	Köln
ABN AMRO Holding (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
ABN AMRO Hypotheken Groep B.V.	Köln
ABN AMRO Lease N.V.	Frankfurt am Main
ActiFin GmbH	Friedrichsdorf
Advenis Investment Advisors GmbH	Berlin
Advenis Real Estate Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Airbus Group Bank GmbH	München
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
AKBANK AG	Frankfurt am Main
akf bank GmbH & Co KG	Wuppertal
AL Konzept Gesellschaft für Leasingfinanzierungen mbH	Grünwald
AL Planbau Gesellschaft für integriertes Bauen mbH	Oberhaching
AL.pha GmbH	Oberhaching
ALBA BauProjektManagement GmbH	Oberhaching
ALCAS GmbH & Co. KG	Grünwald
Allianz Global Investors GmbH	Frankfurt am Main
Allied Irish Banks plc	Frankfurt am Main
Alpha 15 GmbH	Berlin
Alpha Family Office GmbH	Frankfurt am Main
Alpha Trains (Locomotives) GmbH	Köln
Alpha Trains Europa GmbH	Köln
Alte Leipziger Trust Investment-Gesellschaft mbH	Oberursel
Amundi Deutschland GmbH	München
Amundi Deutschland, Niederlassung einer französischen Société Anonyme	Frankfurt am Main
Apleona GVA Argoneo GmbH	Mannheim
APO Asset Management GmbH	Düsseldorf
Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e.V.	Berlin
Ares Capital Europe Ltd	Frankfurt am Main
Ares Management Limited Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Asecuris Asset Management Advisory GmbH	Frankfurt am Main
Assecuranzia Versicherungsmakler GmbH	Rodgau
Assenagon Asset Management S.A., Zweigniederlassung München	München
Assenagon GmbH	München
Asset Concepts GmbH	Bad Neuenahr-Ahrweiler
Audi BKK	Ingolstadt
AUSTRALIA AND NEW ZEALAND BANKING GROUP LTD, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Austria Leasing GmbH	Eschborn
Avaloq Sourcing (Europe) AG	Berlin
Avedon GmbH	Düsseldorf
AVG Anlagevermittlung GmbH	Grünwald
Aviva Investors Global Services Limited	Frankfurt am Main
AXA IM S.A.	Düsseldorf
AXA Investment Managers Deutschland GmbH	Köln
B. Metzler GmbH	Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG	Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Frankfurt am Main
B+S Bankssysteme Aktiengesellschaft	München
Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH	Stuttgart

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A. (BBVA) Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BANCO DO BRASIL S.A.	Frankfurt am Main
BANCO ESPANOL DE CREDITO, REPRÄSENTANZ FÜR DEUTSCHLAND	Frankfurt am Main
Banco Santander, S.A. Filiale Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank 1 Saar eG	Saarbrücken
Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft – Zweigniederlassung Deutschland	Memmingen
Bank J. Safra Sarasin (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Bank Julius Bär Europe AG	Frankfurt am Main
Bank of America Merrill Lynch International Limited, Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Bank of America, N.A. Filiale Frankfurt/Main	Frankfurt am Main
Bank of Beirut (UK) Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Bank of China Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Bank of Ireland, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank of Scotland – Niederlassung Frankfurt	Berlin
Bank Sepah-Iran Filiale Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank Vontobel Europe AG	München
Bankenfachverband e.V.	Berlin
Bankenverband Baden-Württemberg e.V.	Stuttgart
Bankenverband Hamburg e.V.	Hamburg
Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V.	Düsseldorf
BANKHAUS AUGUST LENZ & Co. AG	München
Bankhaus Bauer AG	Stuttgart
Bankhaus C.L. Seeliger	Wolfenbüttel
BANKHAUS GEBR. MARTIN AG	Göppingen
Bankhaus Main AG i. L.	Frankfurt am Main
BANKHAUS MAX FLESSA KG	Schweinfurt
Bankhaus Neelmeyer AG	Bremen
Bankhaus Rautenschlein GmbH	Schöningen
Bank-Verlag GmbH	Köln
Banque Européenne du Crédit Mutuel, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Barclays Bank PLC, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Baring Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Barra International, Ltd. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BAY Investment GmbH	Eschborn
Bayerische Landesbank	München
Bayerische Landesbank Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	München
Bayerische Landesbausparkasse (LBS Bayern)	München
Bayerischer Bankenverband e.V.	München
Bayern Card-Services GmbH	München
Bayern Corporate Services GmbH	München
Bayern Facility Management GmbH	München
bbv-Beratungsdienst Gesellschaft des Bayerischen Bauernverbandes für landwirtschaftliche Steuerhilfe mbH	München
BBV-Betriebsberatung- und Computerdienst GmbH	München
BEGO Immobilien Management GmbH	Berlin
Behn Meyer Europe GmbH	Hamburg
Benchmark Financial Services GmbH, Wien, Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Berenberg Lux Invest S.A.	Luxemburg
Berliner Volksbank eG	Berlin
Beteiligungsgesellschaft für das Bankhaus Löbbecke & Co. mbH	Berlin
Bethmann Bank AG	Frankfurt am Main
bevestor GmbH	Frankfurt am Main
BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH	Frankfurt am Main
BGAG Immobilien Ost GmbH	Frankfurt am Main
BKK Wirtschaft & Finanzen	Melsungen
BlackRock Asset Management Deutschland AG	München
BlackRock Investment Management (UK) Limited, German Branch, Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
BLB Immobilien GmbH	Bremen
BMS Asset Management GmbH	Bremen
BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT Belgium, Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

BNP PARIBAS LEASE GROUP S.A. Zweigniederlassung Deutschland	Köln
BNP Paribas Real Estate Investment Management Germany GmbH	München
BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland	München
BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland	Nürnberg
BNP Paribas S.A. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BNP PARIBAS SECURITIES SERVICES S.C.A. Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
BNY Mellon Fund Management (Luxembourg) S.A.	Luxemburg
BNY Mellon Investment Management EMEA Ltd., Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
BÖAG Börsen AG	Hamburg
Boerse Stuttgart Cats GmbH	Stuttgart
Boerse Stuttgart GmbH	Stuttgart
Börse Berlin AG	Berlin
Börse Frankfurt Zertifikate AG	Eschborn
Bouwfonds Investment Management Deutschland GmbH	Berlin
BRAINTRADE Gesellschaft für Börsensysteme mbH	Frankfurt am Main
Bremer Aufbau-Bank GmbH	Bremen
Bremer Kreditbank AG	Bremen
BTMU Lease (Deutschland) GmbH	Düsseldorf
BTV Leasing Deutschland GmbH	Augsburg
Buchstelle des BBV GmbH	München
Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH	Frankfurt am Main
Bundesverband deutscher Banken e.V.	Berlin
Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e.V.	Berlin
Bürgschaftsbank Bayern GmbH	München
Bürgschaftsbank Bremen GmbH	Bremen
Bürgschaftsbank Hessen GmbH	Wiesbaden
Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH	Mainz
Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kiel
Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt
Büttner, Kolberg & Partner Vermögensverwalter GmbH	Frankfurt am Main
BV Risk Solutions GmbH	Köln
BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.	Frankfurt am Main
BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG	Berlin
BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Berlin
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Berlin
BWB Holding GmbH	Bremen
CACEIS Bank Deutschland GmbH	München
CACEIS Fonds Service GmbH	München
Candriam Luxembourg Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Capitell Vermögens-Management AG	Frankfurt am Main
caplantic GmbH	Hannover
Cardif Allgemeine Versicherung	Stuttgart
Catella Real Estate AG	München
Catella Residential Investment Management GmbH	Berlin
CBRE Global Investors Germany GmbH	Frankfurt am Main
CEINEX – China Europe International Exchange AG	Frankfurt am Main
cf:M GmbH	Frankfurt am Main
China Construction Bank, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
CHORUS IPP Europe GmbH	Neubiberg
CIS Asset Management (Deutschland) GmbH	Eschborn
CIT Commercial Services (Europe) GmbH	Frankfurt am Main
CIT Technology Finance (Germany) GmbH	Frankfurt am Main
CLAAS FINANCIAL SERVICES S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland	Köln
Clearstream Banking AG	Eschborn
Clearstream Holding AG	Eschborn

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

CM-CIC Asset Management	Frankfurt am Main
CM-CIC Leasing GmbH	Frankfurt am Main
Collegium Vermögensverwaltungs AG	Osnabrück
Collineo Asset Management GmbH	Dortmund
Commerz Building and Management GmbH	Essen
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg
Commerz Finanz GmbH	München
Commerz Finanz Kreditbearbeitung GmbH	Duisburg
Commerz Finanz Services GmbH	Duisburg
Commerz Real AG	Wiesbaden
Commerz Real Asset Verwaltungsgesellschaft mbH	Grünwald
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden
Commerz Real Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Wiesbaden
Commerz Services Holding GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Systems GmbH	Eschborn
COMMERZBANK Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
COMMERZBANK Finance & Covered Bond S.A.	Luxemburg
CommerzFactoring GmbH	Mainz
Compagnie Generale D'Affacturage Niederlassung Deutschland	Wuppertal
Compiricus AG	Düsseldorf
Complementa Investment-Controlling GmbH	Frankfurt am Main
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf
ConCardis GmbH	Eschborn
Concept Vermögensmanagement GmbH & Co. KG	Bielefeld
Concerto Financial Solutions GmbH	Frankfurt am Main
CONPARTIS GmbH	Höchstädt
Copex Investment Partners Limited & Co. KG	München
Copex Wealth Managers Limited & Co. KG	München
C-QUADRAT Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
CredaRate Solutions GmbH	Köln
Crede Experto IT-Solutions GmbH	Hanau
Crédit Agricole Corporate and Investment Bank	Frankfurt am Main
Credit Europe Bank N.V. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Credit Suisse Asset Management Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Credit Suisse Securities (Europe) Limited Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Crefo Factoring N-M-S GmbH & Co. KG	Kassel
Crossflow Financial Advisors GmbH	München
CSR Beratungsgesellschaft mbH	Hofheim
CVA Services GmbH	Frankfurt am Main
CVC Capital Beratungs GmbH	Frankfurt am Main
CVC Capital Partners (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
CVW-Privatbank AG	Wilhermsdorf
D&S Vermögensverwaltungen GmbH	Frankfurt am Main
Danske Bank, Zweigniederlassung Hamburg	Hamburg
DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft	Wedel
Dawnay, Day Property Investment GmbH	Düsseldorf
DB Advisors SicAV	Luxemburg
DB Industrial Holdings GmbH	Lützen
DB Investment Services GmbH	Frankfurt am Main
DB Overseas Finance Deutschland AG	Eschborn
DB Print GmbH	Frankfurt am Main
DB Private Equity GmbH	Köln
DB Vita S.A. Luxembourg	Luxemburg
Degroof Petercam Asset Management SA, Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Deka Immobilien GmbH	Frankfurt am Main
Deka Immobilien Investment GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Deka Investment GmbH	Frankfurt am Main
DekaBank Deutsche Girozentrale	Frankfurt am Main
Delta Lloyd Asset Management Vertriebs GmbH	Mainz
Delta Lloyd Investment Managers GmbH	Wiesbaden
DenizBank (Wien) AG, Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
DEPFA Pfandbriefbank International S. A.	Luxemburg
Dero Bank AG	München
DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management Holding SE	Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management Investment GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management S.A.	Luxemburg
Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Bauspar AG	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Stiftung	Frankfurt am Main
Deutsche Beteiligungs AG	Frankfurt am Main
Deutsche Börse AG	Eschborn
Deutsche Börse Computershare GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Börse Photography Foundation gemeinnützige GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	Bremen
Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)	Hannover
Deutsche Immobilien Leasing GmbH (DIL)	Düsseldorf
Deutsche Kreditbank AG	Berlin
Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn
Deutsche PensExpert GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Pfandbriefbank AG	Unterschleißheim
Deutscher Bankangestellten-Verband e.V.	Düsseldorf
DEUTSCHES AKTIENINSTITUT e.V.	Frankfurt am Main
Dexia Kommunalbank Deutschland AG	Berlin
DF Deutsche Forfait AG	Grünwald
DF Deutsche Forfait GmbH	Köln
DI Deutsche Ingenico Holding GmbH	Ratingen
DJE Kapital AG	Pullach
DKB Finance GmbH	Berlin
DKB Service GmbH	Potsdam
DNB Bank ASA, Filiale Deutschland	Hamburg
doBank S.p.a.	München
DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft	Hamburg
Donner & Reuschel Finanzservice GmbH	München
DONNER & REUSCHEL Luxemburg S.A.	Munsbach
DONNER & REUSCHEL TREUHAND-GmbH & Co. KG	Hamburg
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt am Main
Dr. Kohlhase Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	München
Dreide Marketing GmbH	Singen
Dresdner Lateinamerika AG	Hamburg
Düsseldorfer Hypothekenbank AG	Düsseldorf
DVB Bank SE	Frankfurt am Main
dwpbank Deutsche WertpapierService Bank AG	Frankfurt am Main
DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt am Main
EastMerchant Capital GmbH	Leipzig
EastMerchant GmbH	Düsseldorf
EBA CLEARING	Frankfurt am Main
EDD AG	Düsseldorf
Edmond de Rothschild Asset Management SAS Deutschland	Frankfurt am Main
Edmond de Rothschild Private Merchant Banking LLP, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

efiport GmbH	Frankfurt am Main
Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH	Köln
EIS Einlagensicherungsbank GmbH	Berlin
EKW Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	München
elf Leasing GmbH	Essen
Emporiki Bank – Germany GmbH	Frankfurt am Main
equensWorldline GmbH	Frankfurt am Main
Equistone Partners Europe GmbH	München
Erste Abwicklungsanstalt	Düsseldorf
Erste Asset Management Deutschland GmbH	Vaterstetten
Erste Financial Services GmbH	Düsseldorf
Erste Group Bank AG Niederlassung Berlin	Berlin
Erste Group Bank AG Niederlassung Stuttgart	Stuttgart
ETHENEA Independent Investors Services (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Eurex Bonds GmbH	Eschborn
Eurex Clearing AG	Eschborn
Eurex Frankfurt AG	Eschborn
Eurex Repo GmbH	Eschborn
EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main
Eurocity Bank AG	Frankfurt am Main
EUROPE ARAB BANK plc	Frankfurt am Main
European Bank for Financial Services GmbH	Aschheim
European Professional Partners GmbH	Frankfurt am Main
EUWAX AG	Stuttgart
EXANE S.A.	Frankfurt am Main
F & C Management Limited, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
FACT Informationssysteme & Consulting AG	Neuss
FACT Unternehmensberatung GmbH	Frankfurt am Main
Fair Value REIT-AG	München
Falke Bank AG i.L.	Düsseldorf
FDR Limited, Zweigniederlassung Deutschland	Nürnberg
FDS Finanz-Daten-Systeme GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Fimas GmbH	Glashütten
Finance in Motion GmbH	Frankfurt am Main
Finanz Informatik GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
FINANZDIENSTE Am Kaiserdom GmbH	Königslutter
FINANZWOCHE GmbH	Pullach
Fineon Unternehmensberatung für Versorgungseinrichtungen, Riskmanagement und Finanzberatung GmbH	Bad Feilnbach
Fintegral Consulting GmbH i.L.	Frankfurt am Main
fintexx GmbH	Eschborn
First Data Deutschland GmbH	Bad Vilbel
First Data Europe Ltd., Zweigniederlassung Deutschland	Bad Vilbel
Fitch Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
Fitch Solutions Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
FIVV Finanzinformation & Vermögensverwaltung AG (FIVV AG)	München
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH	Potsdam
fonds.management.consulting GmbH	Rodgau
Fortis Lease Deutschland AG	Köln
Frankfurt School Financial Services GmbH	Frankfurt am Main
Frankfurt School of Finance & Management gGmbH	Frankfurt am Main
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Frankfurter Münzhandlung GmbH	Frankfurt am Main
Frankfurter Sparkasse 1822	Frankfurt am Main
Franklin Templeton Investment Management Ltd. German Branch	Frankfurt am Main
Franklin Templeton Investment Services GmbH	Frankfurt am Main
Fürst Fugger Privatbank Aktiengesellschaft	Augsburg
Fürstlich Castell'sche Bank, Credit-Casse AG	Würzburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

GAM (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
GBB-Rating Gesellschaft für Bonitätsbeurteilung mbH	Köln
GBK Beteiligungen Aktiengesellschaft	Hannover
GCS German Card Switch GmbH	Köln
GDB Gesellschaft für Datensicherheit und IT-Beratung mbH	Köln
GE Capital Factoring GmbH	Frankfurt am Main
Generali Partner GmbH	München
Geoban S.A., Niederlassung Deutschland	Mönchengladbach
GIV Gesellschaft für individuelle Vermögensverwaltung mbH	Bergisch Gladbach
Gladbacher Bank AG	Mönchengladbach
GNC & TCS Technologies, Cards & Services GmbH	Germering
Goal GmbH & Co. KG	Grünwald
Goldman Sachs AG	Frankfurt am Main
Goldman Sachs Europe SE	Frankfurt am Main
Goldman Sachs International Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Goldman Sachs Realty Management Europe GmbH	München
Gontard & MetallBank AG i.L.	Frankfurt am Main
GRENKE BANK AG	Baden-Baden
Grossbötzl, Schmitz & Partner Vermögensverwaltersozietät GmbH	Düsseldorf
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf
GS&P Institutional Management GmbH	Düsseldorf
GS&P Kapitalanlagegesellschaft S.A.	Gevenmacher
GSFS Germany GmbH	Frankfurt am Main
GSLP International S.à r.l. Luxembourg Vermögensverwaltersozietät	Luxemburg
H & P Vermögensverwaltung GmbH	Wiesbaden
Harald Quandt Grundbesitz GmbH & Co. KG	Bad Homburg
Harald Quandt Holding GmbH	Bad Homburg
Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA	Frankfurt am Main
HAUSBANK MÜNCHEN eG – Bank für Haus- und Grundbesitz	München
Heidelberger Volksbank eG	Heidelberg
Henderson Global Investors Limited	Frankfurt am Main
HETA Asset Resolution Germany GmbH	München
HGA Capital Grundbesitz und Anlage GmbH	Hamburg
HGA Real Estate GmbH	Hamburg
HKCF Corporate Finance GmbH	Köln
HÖVELRAT Holding AG	Hamburg
HQ Asset Servicing GmbH	Bad Homburg
HQ Capital (Deutschland) GmbH	Bad Homburg
HQ Capital GmbH & Co. KG	Bad Homburg
HQ Trust GmbH	Bad Homburg
HS Financials GmbH	Bad Homburg
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf
HSBC Insurance Brokers Ltd.	Frankfurt am Main
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG	Düsseldorf
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf
HSH N Projektmanagement und Consult GmbH	Hamburg
HSH N Real Estate Consulting GmbH	Hamburg
HSH Nordbank AG	Kiel
HSH Security GmbH	Hamburg
HUF Haus Finanzierungsservice GmbH	Kleinmachnow
HVB Immobilien AG	München
Hypo Real Estate Holding GmbH	München
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH	Berlin
IBB Business Team GmbH	Berlin
IBB Investitionsbank Berlin	Berlin
ib-bank-systems GmbH	Potsdam
IGEFI Deutschland GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Ikano Bank AB (publ), Zweigniederlassung Deutschland	Wiesbaden
IKB Deutsche Industriebank AG	Düsseldorf
IKB Leasing GmbH	Hamburg
Impuls Managementberatung GmbH	Seeheim-Jugenheim
Index Intelligence GmbH	Kleinostheim
ING Belgien AG Niederlassung Köln	Köln
ING-DiBa AG	Frankfurt am Main
Ingenico GmbH	Ratingen
Ingenico Payment Services GmbH	Ratingen
Inkasso Kodat GmbH & Co. KG	Essen
inprimo privatinvest GmbH	Frankfurt am Main
Instinet Europe Limited (Frankfurt Branch)	Frankfurt am Main
Instinet Europe Limited Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Instinet GmbH	Frankfurt am Main
Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.	Frankfurt am Main
Institutional Investment Consulting Partners GmbH	Frankfurt am Main
Institutional Investment Group GmbH	Frankfurt am Main
Institutional Investment-Partners GmbH	Frankfurt am Main
Institutional Shareholder Services Europe SA – Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH (IFK)	Frankfurt am Main
InterFinanz GmbH	Düsseldorf
International Card Services B.V.	Düsseldorf
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
Internos Spezialfondsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Internos Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Intesa Sanpaolo S.p.A. Filiale Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
INVESCO Asset Management Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
INVESCO Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Investitionsbank Schleswig-Holstein	Kiel
IPC Internationale Projekt Consult GmbH	Frankfurt am Main
IPD Investment Property Databank GmbH	Frankfurt am Main
IVG Immobilien AG	Bonn
IWS Verwaltungsgesellschaft mbH	Schwalbach a. Ts.
J.P. Morgan AG	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Fonds Services GmbH	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Holding Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
J.P. Morgan International Bank Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Securities plc Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Jefferies Bache Limited Niederlassung Hamburg	Hamburg
Jefferies International Limited Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Hamburg
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Niederlassung Luxemburg	Grevenmacher
John Deere Bank S.A. Repräsentanz Deutschland	Bruchsal
JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
JPMorgan Chase Bank, N.A., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Jyske Bank A/S, Filiale Hamburg	Hamburg
KAS Bank N.V. German Branch	Frankfurt am Main
KAS Investment Servicing GmbH i. L.	Frankfurt am Main
KBC Bank N.V., Niederlassung Deutschland	Düsseldorf
KEB Hana Bank (D) Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
KENSTONE GmbH	Eschborn
KGAL Capital GmbH & Co. KG	Grünwald
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald
KGAL Investment Management GmbH & Co. KG	Grünwald
Kleinwort Benson Bank Limited, Zweigniederlassung Deutschland	München
KLG Köpenicker Liegenschafts-Gesellschaft mbH	Berlin
Krüger Family Office GmbH	Siegburg
Kurpfalz Immobilien GmbH	Heidelberg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Landesbank Berlin Investment GmbH	Berlin
Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
LB Immobilienbewertungsgesellschaft mbH	München
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG	Kiel
Lehman Brothers Bankhaus AG in Insolvenz	Frankfurt am Main
Leonteq Securities Europe GmbH	Hamburg
LFG Value Investment Services GmbH	München
LGT Capital Management AG	Frankfurt am Main
LHB Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Lilja & Co. GmbH	Frankfurt am Main
limes datentechnik gmbh	Bad Homburg
Lindorff Deutschland GmbH	Heppenheim
Lingohr & Partner Asset Management GmbH	Erkrath
Link Market Services (Frankfurt) GmbH	Eschborn
Livingstone Partners GmbH	Düsseldorf
Löffler Steuerberatungsgesellschaft mbH	Glashütte
LOTTO Hamburg GmbH	Hamburg
LSF Loan Solutions Frankfurt GmbH	Eschborn
Lufthansa AirPlus Servicekarten GmbH	Neu-Isenburg
Lupus alpha Asset Management AG	Frankfurt am Main
Lupus alpha Business Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Lupus alpha Investment GmbH	Frankfurt am Main
M&G International Investments Ltd., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
M. Völzke-Bonk, Hausverwaltungen	Mönchengladbach
M.M. Warburg & CO Hypothekbank AG	Hamburg
M.M. Warburg & CO Luxembourg S.A.	Luxemburg
M.M. Warburg Anlage-Verwaltungsgesellschaft mbH	Hamburg
M.M. Warburg & CO (AG & Co.) Kommanditgesellschaft auf Aktien	Hamburg
Main Incubator GmbH	Frankfurt am Main
MainFirst Bank AG	Frankfurt am Main
MainSky Asset Management AG	Frankfurt am Main
Maravon GmbH	Hamburg
Marcard, Stein & Co. AG	Hamburg
Markit Indices Limited	Frankfurt am Main
MasterCard Europe SPRL, Representative Office Germany	Frankfurt am Main
MathFinance AG	Waldems
MAV-Leasing GmbH & Co Kommanditgesellschaft	Düsseldorf
Max Heinr. Sutor oHG	Hamburg
max.xs financial services AG	Unterföhring
MaxAlpha Asset Consultant Ltd.	Frankfurt am Main
Mediobanca S.p.A., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Mediolanum International Life dac Niederlassung München	München
mediside Ärzteberatung GmbH	Köln
Merca Leasing Verwaltungs-GmbH	Kronberg
Merck Finck Privatbankiers AG	München
MERKUR BANK KGaA	München
Merrill Lynch International Bank Limited Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Merrill Lynch Management GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Metzler FundService GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Grundstücksverwaltung GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Immobilien GmbH	Frankfurt am Main
Metzler IT-Services GmbH	Frankfurt am Main
Metzler KG	Frankfurt am Main
Metzler North America GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Pensionsfonds AG	Frankfurt am Main
Metzler Real Estate GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Securities GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Metzler Vermögenstreuhand GmbH	Frankfurt am Main
Meurer + Woskowiak Unternehmensberatung GmbH	München
MFI Asset Management GmbH	München
MFL Mobil-Finanz-Leasing GmbH & Co KG	Düsseldorf
MHB-Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Michael Pintarelli Finanzdienstleistungen AG	Wuppertal
Misr Bank-Europe GmbH	Frankfurt am Main
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen (MBG) mbH	Hannover
Mizuho Bank, Ltd. Filiale Düsseldorf	Düsseldorf
Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln
Morgan Stanley Bank AG	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Bank International Limited Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Investment Management Limited Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Properties Germany GmbH	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Real Estate Investment GmbH	Frankfurt am Main
Münchener Hypothekenbank eG	München
MV Index Solutions GmbH	Frankfurt am Main
National Bank of Pakistan Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
National Westminster Bank Plc, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Natixis Global Asset Management NGAM S.A., Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Natixis Pfandbriefbank AG	Frankfurt am Main
NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
net-m privatbank 1891 AG	Bielefeld
Neuberger Berman Europe Ltd.	Frankfurt am Main
NIBC Bank Deutschland AG	Frankfurt am Main
NIBC Bank N.V. – Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Niedersächsische Bürgschaftsbank (NBB) GmbH	Hannover
NN Investment Partners B.V., German Branch	Frankfurt am Main
NOMOS Steuerberatungsgesellschaft mbH	Grünwald
Nomura Asset Management Deutschland KAG mbH	Frankfurt am Main
Nomura International plc, German Branch	Frankfurt am Main
NORD/LB Asset Management AG	Hannover
NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale	Hannover
Nordea Bank AB, Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Nordea Fonds Service GmbH	Köln
Nordea Investment Management AG	Königstein
Nordtreuhand GmbH	Bremen
Northern Trust Management Services (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Nuveen Real Estate Management Limited, Germany	Frankfurt am Main
Oberbank AG, Niederlassung Deutschland	München
ODDO BHF Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Oddo BHF Asset Management GmbH	Düsseldorf
ODDO SEYDLER BANK AG	Frankfurt am Main
Oechsle International Advisors, LLC Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
OFFICEFIRST Immobilien GmbH	Bonn
One Equity Partners Europe GmbH	Bensheim
OnIvation GmbH	Frankfurt am Main
onVesta GmbH	Königstein
opemo Aktiengesellschaft	Mönchengladbach
Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln
OptiM&A GmbH	Frankfurt am Main
Ostdeutscher Bankenverband e.V.	Berlin
OSV Partners Germany GmbH	Berlin
OTP-Bank Zweigniederlassung Deutschland	Eschborn
OTTO M. SCHRÖDER BANK AG	Hamburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

P4cards S.r.l.	Unterföhring
P6 GmbH	München
paydirekt GmbH	Frankfurt am Main
PaySquare SE	Frankfurt am Main
PBK Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für das Kreditwesen mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Köln
PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen
Persicon AG	Berlin
Photon Energy Corporate Services DE GmbH	Berlin
Photon Energy Engineering Europe GmbH	Berlin
Photon Energy Solar GmbH	Berlin
Pictet & Cie (Europe) S.A. Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Pictet Asset Management Limited, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Pilgerrain Vermögenstreuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft	Bad Homburg
Portigon AG	Düsseldorf
PRETA SAS	Frankfurt am Main
PRIME AIFM GmbH	Frankfurt am Main
Prime Capital AG	Frankfurt am Main
Privatbank Berlin von 1929 AG	Berlin
PROAKTIVA AG	Hamburg
ProCredit Bank AG	Frankfurt am Main
ProCredit Holding AG Co. KGaA	Frankfurt am Main
Progredius GmbH	Frankfurt am Main
Prospery GmbH	Frankfurt am Main
Prüfungsverband deutscher Banken e.V.	Köln
PSA Bank Deutschland GmbH	Neu-Isenburg
PSO Leasing- und Finanz- AG	Mühlen
PwC Cyber Security Services GmbH	Berlin
QC Partners GmbH	Frankfurt am Main
Quadriga Capital Beteiligungsberatung GmbH	Frankfurt am Main
QUIPU GmbH	Frankfurt am Main
QuoVadis Finanzplanung GmbH	Henstedt-Ulzburg
Rabobank International, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG Zweigniederlassung Süddeutschland	Passau
Ramius UK Ltd., Zweigniederlassung Deutschland	Willich
Rath & Köhler Steuerberatungsgesellschaft GmbH	Grimma
RBC Europe Limited Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
RBS Deutschland Holdings GmbH	Frankfurt am Main
ReiseBank AG	Frankfurt am Main
Reitelshöfer Vermögensmanagement GmbH	Fürth
Repräsentantenbüro CNP Assurance	München
Ries Corporate Solutions GmbH	Hamburg
Risk Research GmbH	Regensburg
Robeco Deutschland, NL der Robeco Institutional Asset Management B.V.	Frankfurt am Main
Rothschild GmbH	Frankfurt am Main
RREEF Investment GmbH	Frankfurt am Main
RREEF Management GmbH	Frankfurt am Main
RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt am Main
Rudnik und Partner GmbH	Seevetal
Russell Investments Ltd., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
S PrivateBanking Dortmund GmbH	Dortmund
S.W.I.F.T. Germany GmbH	Frankfurt am Main
Saar Bank Immobilien GmbH	Saarbrücken
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Köln
Salm-Salm & Partner GmbH	Wallhausen
Sauer Finance Holding GmbH	Hamburg
Sberbank Europe AG	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Schroder & Co. Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Schroder Investment Management GmbH	Frankfurt am Main
Schroder Property Investment Management GmbH	Frankfurt am Main
Schroder Real Estate Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
SEB AB, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
SEB AG	Frankfurt am Main
SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH	Frankfurt am Main
SGK Servicegesellschaft Kreditmanagement mbH	Braunschweig
Situs Global Servicing GmbH	Frankfurt am Main
SMBC Sumitomo Mitsui Banking Corporation, Filiale Düsseldorf	Düsseldorf
Société Générale	Frankfurt am Main
Société Générale Effekten GmbH	Frankfurt am Main
Société Générale Securities Services GmbH	Unterföhring
Spar- und Kreditbank Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden eG	Bad Homburg
SPIEKERMANN & CO AKTIENGESELLSCHAFT	Osnabrück
SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn
S-Servicepartner Rhein-Ruhr GmbH	Münster
St. Galler Kantonalbank Deutschland AG	München
State Street Bank International GmbH	München
State Street Global Advisors GmbH	München
StatPro (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
STORAG ETZEL GmbH	Friedeburg
Stoxx Ltd. (Betriebsstätte Deutschland)	Frankfurt am Main
Südtiroler Sparkasse AG, Niederlassung München	München
Sutherland Consulting GmbH	Frankfurt am Main
Svenska Handelsbanken AB (publ), Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Swisscanto Asset Management International S.A.	Frankfurt am Main
Sydbank	Flensburg
TAG Immobilien Service GmbH	Hamburg
TAG Potsdam-Immobilien GmbH	Hamburg
TAG Wohnungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	Hamburg
TAG Wohnungsgesellschaft Sachsen mbH	Hamburg
TARGO Commercial Finance AG	Mainz
TARGO Leasing GmbH	Düsseldorf
TBF Global Asset Management GmbH	Singen
TeleCash GmbH & Co. KG	Bad Vilbel
Tellmann Consulting UG (haftungsbeschränkt)	Poing
terrafirma GmbH	Frankfurt am Main
The Bank of New York Mellon SA/NV, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
The Bank of New York Mellon, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
The Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ, Ltd.	Düsseldorf
The Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ, Ltd. / Berlin Representative Office	Berlin
The Bank of Tokyo-Mitsubishi, Ltd. Hamburg Branch	Hamburg
The Royal Bank of Scotland plc	Frankfurt am Main
The Value Group GmbH	München
tnp AG	Leipzig
Trading Systems Portfolio Management AG	Bad Homburg
Travelex Financial Services GmbH	Frankfurt am Main
Tresides Asset Management GmbH	Stuttgart
TRESONO Family Office AG	Köln
Treukontax Steuerberatungsgesellschaft mbH	München
Triodos Bank NV	Frankfurt am Main
TRIUVA Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
TrustBills GmbH	Hamburg
UBI Banca International S.A. – Luxembourg, Niederlassung München	München
UBS Asset Management (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

UBS Capital GmbH	München
UBS Europe SE	Frankfurt am Main
UBS Real Estate GmbH	München
UniCredit Bank AG	München
UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Zweigniederlassung Deutschland	Unterföhring
UniCredit Family Financing Bank, Niederlassung der UniCredit S.p.A.	München
UniCredit Leasing Finance GmbH	Hamburg
UniCredit Leasing GmbH	Hamburg
UniCredit SpA Zweigniederlassung München	München
Universal-Investment-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Universal-IT Services-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
UVS Universal-Vertriebs-Services GmbH	Frankfurt am Main
Valovis Bank AG	Essen
Value Transformation Services S.p.A. Zweigniederlassung Deutschland	München
Van Eck Global (Europe) GmbH	Frankfurt am Main
Varengold Bank AG	Hamburg
vdp Research GmbH	Berlin
Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.	Frankfurt am Main
Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V.	Berlin
Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.	Stuttgart
Vereinigung für Bankberufsbildung e.V.	Frankfurt am Main
Vereinigung für Bankbetriebsorganisation e.V.	Frankfurt am Main
Veritas Investment GmbH	Frankfurt am Main
Veritas Portfolio GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Vermögensbutler AG	Ditzingen
Versorgungskasse I BayernLB GmbH	München
Versorgungskasse II BayernLB GmbH	München
Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer	Düsseldorf
Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin
Victoria Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Vietnam Joint Stock Commercial Bank for Industry and Trade, Filiale Deutschland	Frankfurt am Main
Visa Europe Services Inc.	Paddington London W2 6TT
Viso Asset Management Consulting GmbH	Nidderau
VM Vermögens-Management GmbH	Düsseldorf
Volksbank eG	Sottrum
Volksbank GMHütte-Hagen-Bissendorf eG	Georgsmarienhütte
Volksbank im Bergischen Land eG	Remscheid
Volksbank im Bergischen Land eG	Remscheid
Volksbank im Harz eG	Osterode am Harz
Volksbank Kurpfalz eG	Heidelberg
Volksbank Minden eG	Minden
Volksbank Pfullendorf eG	Pfullendorf
Volksbank Rottweil eG	Rottweil
VON ESSEN Bank GmbH	Essen
Vontobel Asset Management S.A.	München
Vontobel Financial Products GmbH	Frankfurt am Main
VP Vermögensverwaltung GmbH	München
VR Bank Ostholstein Nord – Plön eG	Lensahn
VR Diskontbank GmbH	Eschborn
VR FACTOREM GmbH	Eschborn
VR-Bank Biedenkopf-Gladenbach eG	Biedenkopf
VR-Bank Dinkelsbühl eG	Dinkelsbühl
VTB Bank (Austria) AG, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
VTB Bank (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
VuV – Verband unabhängiger Vermögensverwalter Deutschland e.V.	Frankfurt am Main
Wallrich Asset Management AG	Frankfurt am Main
Warburg Alternative Investments AG, Ndl. Deutschland	Hamburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Warburg Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Warburg Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Hamburg
Warburg Invest Luxembourg S.A.	Luxemburg
Wealth Management Capital Holding GmbH	München
WealthCap Initiatoren GmbH	München
WealthCap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	München
WealthCap PEIA Management GmbH	München
Weberbank Actiengesellschaft	Berlin
Wellington Management International Ltd. Niederlassung Deutschland	Wiesbaden
Wells Fargo Bank International Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Wells Fargo Securities International Limited, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Werther und Ernst Vermögensverwalter GmbH	Paderborn
Westfalen Corporate Finance GmbH	Bochum
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH	Düsseldorf
Whiteshire Debt. Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Wölbern Treuhand GmbH i.L.	Hamburg
Worldline Germany GmbH	Frankfurt am Main
Worldpay UK Limited Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
XAIA Investment GmbH	München
Xlaunch AG	Frankfurt am Main
YceSystems Nettec AG	Schkeuditz
Zeitinger Invest GmbH	Frankfurt am Main
ZIRAAT BANK INTERNATIONAL AG	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Aachener Grundvermögen Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Köln
acb GmbH	Wiesbaden
Aconses GmbH & Co. KG	Hamburg
ADANAC Finanz & Consult AG	Bad Vilbel
AGEVIS GmbH	Much
AGL Anlagen- und Geräte Leasing GmbH	Hannover
AGL Service- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Hannover
aik APO Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
Akbank N.V. Zweigniederlassung Essen	Essen
ALBIS Fullservice Leasing GmbH	Essen
Albulus Advisors Germany GmbH	Frankfurt am Main
Alceda Advisors GmbH	Hamburg
Altira ecolutions Management GmbH	Frankfurt am Main
American Express International Inc.	Frankfurt am Main
American Express Payment Services Ltd.	Frankfurt am Main
American Express Service Europe Ltd.	Frankfurt am Main
AnCeKa Vermögensbetreuungs Aktiengesellschaft	Kaufbeuren
antea ag	Hamburg
antea vermögensverwaltung gmbH	Hamburg
Antecedo Asset Management GmbH	Bad Homburg
Apleona GVA GmbH	Frankfurt am Main
Aquantum GmbH	München
Aquila Capital Concepts GmbH	Hamburg
Aquila Capital Investmentgesellschaft mbH	Hamburg
Aquila Capital Management GmbH	Hamburg
Aquila Capital Structured Assets GmbH	Hamburg
AQX Securities GmbH	Hamburg
Art-Invest Real Estate Funds GmbH	Köln
Arval Service GmbH	Oberhaching
Athene Lebensversicherung AG	Wiesbaden
Atos Information Technology GmbH	Stuttgart
Augur Capital AG	Frankfurt am Main
Augur Financial Holding Eins GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Augusta Vermögensverwaltung GmbH	Viernheim
AURETAS family trust GmbH	Hamburg
AVANA Invest GmbH	München
Baden-Württembergische Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte	Tübingen
Bank of Communications Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Bankhaus Herzogpark AG	München
Bankhaus von der Heydt GmbH & Co. KG	München
Bantleon AG	Hannover
Barclaycard – Barclays Bank PLC	Hamburg
baufi.net GmbH	Rendsburg
Bavaria Industriebeteiligungen + Finanzanlagen GmbH	Grünwald
Bayerische Börse AG	München
Bayerische Vermögen AG Vermögensbetreuung für private Kunden Aktiengesellschaft	München
Bayern-Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	München
BayWa r.e. Asset Holding GmbH	Gräfelfing
BearingPoint Germany GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint Service GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint Software Solutions GmbH	Berlin
BEITEN BURKHARDT Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	München
Berliner Effektengesellschaft AG	Berlin
BFS finance GmbH	Verl
BM Wirtschafts- und Finanzkontor Gesellschaft für Vermögensberatung mbH	Königstein
Böhm Kurze Zumbrink Capital Management GmbH	Berlin

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

BONAVIS Treuhand GmbH	Aschheim
Breidenbach von Schlieffen & Co. GmbH	Hamburg
BSM BankingSysteme und Managementberatung GmbH	Frankfurt am Main
Bund-Verlag GmbH	Frankfurt am Main
Capco The Capital Markets Company GmbH	Frankfurt am Main
Capital Dynamics GmbH	München
CARAT Fonds Service AG	München
cash.life AG	Pullach
Caveras Treuhand GmbH	Hamburg
CFS Salecker & Wieser Consulting GmbH	Ebersberg
cfs. ORG GmbH	Langenfeld
Chris Andrews Financial Partners GmbH	München
ClaStep GmbH	Nieder-Olm
Close Brothers Factoring GmbH	Mainz
Cofinpro AG	Frankfurt am Main
Collegium Glashütten Zentrum für Kommunikation mbH	Glashütten
comdirect bank AG	Quickborn
CommerzVentures GmbH	Frankfurt am Main
compartner Unternehmensberatung GmbH	Düsseldorf
ComTS Kredit GmbH	Duisburg
ComTS Logistics GmbH	Magdeburg
ComTS Mitte GmbH	Erfurt
ComTS Nord GmbH	Magdeburg
ComTS West GmbH	Hamm
Consortia Vermögensverwaltung AG	Köln
Constructive Consulting Regulatory & Risk GmbH	Frankfurt am Main
Cording Real Estate Group GmbH	Stuttgart
Cortent Kommunikation AG i.L.	Frankfurt am Main
CPB Software (Germany) GmbH	Miltenberg
CR Capital Real Estate AG	Berlin
Credit & Collections Service GmbH	Ratingen
CSI LifeCycle Leasing GmbH	Neu-Isenburg
DATAGROUP Financial IT Services GmbH	Düsseldorf
DB Direkt GmbH	Essen
DB HR Solutions GmbH	Eschborn
DB Immobilien GmbH	Mannheim
dbs Delta Business Service GmbH	Warstein
De Lage Landen Leasing GmbH	Ehingen
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG	Düsseldorf
Deutsche Bundesbank, Zentrale	Frankfurt am Main
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG	Hamburg
Deutsche Kontor Privatbank AG	Grünwald
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	Bad Homburg
Deutscher Derivate Verband e.V.	Frankfurt am Main
Die FirmenRente – Betriebliche Versorgungswerke-Einrichtung	Berlin
DKB Grund GmbH	Berlin
Domnowski Inkasso GmbH	Essen
Doric Asset Finance GmbH & Co. KG	Offenbach
Doric Asset Value GmbH	Offenbach
Doric GmbH	Offenbach
Doric Investment GmbH	Offenbach
DPE Deutsche Private Equity GmbH	München
Dr. Eckhardt + Partner GmbH	Bad Soden
Dr. Lauer, Dr. Rödl & Partner GbR	Fürth
Dr. Nausch Unternehmensberatung GmbH	Düsseldorf
Dr. Rödl & Partner GdbR Wirtschaftsprüfer Steuerberater	Ansbach

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Dr. Spörl Steuerberatung	Plauen
Duff & Phelps GmbH	München
E&P Holding GmbH & Co. KG	Köln
E&P Real Estate GmbH & Co. KG	Köln
Ecolutions GmbH & Co. KGaA	Frankfurt am Main
Eiffe Moos GmbH Co. KG	Hamburg
Eisenlohr GmbH	München
e-millennium 1 Verwaltung GmbH	Stuttgart
equensWorldline SE Germany	Frankfurt am Main
equinet Bank AG	Frankfurt am Main
Ernst Russ AG	Hamburg
EURAMCO Asset GmbH	Aschheim
EURAMCO Holding GmbH	Aschheim
EuREAM GmbH	Wiesbaden
Eurevisio GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Frankfurt am Main
Europäisch-Iranische Handelsbank AG	Hamburg
European Commodity Clearing AG	Leipzig
European Energy Exchange AG	Leipzig
Evenord-Bank eG-KG	Nürnberg
EVO Payments International GmbH	Köln
EVO Payments International Holding GmbH & Co. KG	Köln
EVP Capital Management AG	Frankfurt am Main
Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG	Frankfurt am Main
Feldberg Capital GmbH	Frankfurt am Main
FEREAL AG	Bad Homburg
Feri AG	Bad Homburg
Feri EuroRating Services AG	Bad Homburg
Feri Investment Services GmbH	Bad Homburg
Feri Trust GmbH	Bad Homburg
Fermat GmbH	Frankfurt am Main
Fidicum AG	Bad Homburg
Fidor Bank AG	München
FIL Investment International, Niederlassung Frankfurt	Kronberg
FIL Investment Management GmbH	Kronberg
FIL Investment Services GmbH	Kronberg
Financial Property Management GmbH	Wiesbaden
Finastra Financial Technology Germany GmbH	Frankfurt am Main
FinLab AG	Frankfurt am Main
FinTech Group Bank AG	Frankfurt am Main
FIRST INTERNATIONAL BANK AG	Frankfurt am Main
First Private Investment Management KAG mbH	Frankfurt am Main
FMS Consult GmbH	München
FMSA Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	Frankfurt am Main
FOCAM AG	Frankfurt am Main
FondsConsult Research AG	München
FR Consulting AG	Mömbis
Freiburger Vermögensmanagement GmbH	Freiburg
Gabler-Saliter Bankgeschäft AG	Obergünzburg
Gallinat-Leasing GmbH	Essen
GAR Gesellschaft für Aufsichtsrecht und Revision mbH WPG	Frankfurt am Main
Garbe Springstein Albers Finanzplanung GmbH	Bremen
Gass Capital Markets GmbH	Frankfurt am Main
GBT III B.V., Niederlassung Deutschland, Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
GE Capital Services GmbH	Neu-Isenburg
Gebser & Partner AG	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

GEFA BANK GmbH	Wuppertal
GEFA Versicherungsdienst GmbH	Wuppertal
GENOST Asset Management GmbH	Leipzig
GenoTec GmbH	Neu-Isenburg
Gesban Servicios Administrativos Globales, S.L. Niederlassung in Deutschland	Mönchengladbach
GET Capital AG	Hamburg
Global Format GmbH & Co. KG	München
Global Format Verwaltungsgesellschaft mbH	München
Goldman Sachs Realty Management GmbH	München
Goldman Sachs Wertpapier GmbH	Frankfurt am Main
GPSM GmbH	München
Greensill Bank AG	Bremen
Grohmann & Weinrauter VermögensManagement GmbH	Königstein
H. Quabeck Steuerberatungsgesellschaft mbH	Bonn
Hamburg Trust Asset und Fonds Management HTAF GmbH	Hamburg
Hamburg Trust Consulting HTC GmbH	Hamburg
Hamburg Trust Grundvermögen und Anlage GmbH	Hamburg
Hamburger Lebensversicherung AG	Wiesbaden
Hansen & Heinrich AG	Berlin
Hansen & Heinrich Vorsorgeberatung GmbH	Berlin
Hartmann und Partner Finanzmanagement GmbH	Rendsburg
HCAM Hanseatische Capital Asset Management GmbH	Hamburg
HCI Hanseatische Capitalberatungsgesellschaft mbH & Co. KG	Hamburg
HCI Real Estate Asset Management GmbH	Bremen
HCI Treuhand GmbH & Co. KG	Bremen
HCI Treuhand SERVICE GmbH & Co. KG	Hamburg
HCI Vermögensanlage GmbH & Co. KG	Hamburg
HCMM Hanseatische Capital Maritime Management GmbH & Co. KG	Hamburg
Herter & Co. GmbH	Frankfurt am Main
HEUBECK-FERI Pension Asset Consulting GmbH	Bad Homburg
Hill & Brück GbR	Gießen
Hill, Heit & Partner GmbH	Gießen
Hinkel & Cie. Vermögensverwaltung AG	Düsseldorf
HKB Bank GmbH	Frankfurt am Main
HKB Finanz GmbH	Frankfurt am Main
HM Trust AG	Hamburg
Hoerner Bank AG	Heilbronn
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf
HSC Hanseatische Sachwert Concept GmbH	Hamburg
HSH Financial Markets Advisory S.A.	Kiel
HSH Investment Management S.A.	Kiel
HVB Club e.V.	München
HWB Unternehmerberatung GmbH	Kiel
Hypoport AG	Berlin
I.C.M. InvestmentBank AG	Berlin
I-ADVISE AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Düsseldorf
ICAP Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
ICICI Bank UK Plc, Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
ifb AG	Grünwald
IMBW Capital & Consulting GmbH	Stuttgart
immofoi Aktiengesellschaft	Hamburg
IMPAQ GmbH	Frankfurt am Main
IMPAQ GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
IMPAQ Preferred Solutions GmbH	Frankfurt am Main
INFINIGON GmbH	Düsseldorf
inprimo invest GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

ITCM Immobilien Consulting und Management GmbH & Co.	Hamburg
Job Transfer GmbH	Berlin
JRS Finanzmandate GmbH	Stadtbergen
KE Associates GmbH	Eschborn
KlimaINVEST Green Concepts GmbH	Hamburg
Kohlberg & Associates GmbH	Frankfurt am Main
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt	Erfurt
Konsul Inkasso GmbH	Essen
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berlin
KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft	München
KPMG Dr. Schmitt & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	München
KPMG IT-Service GmbH	Berlin
KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	Berlin
KSW Vermögensverwaltung AG	Nürnberg
Kühn Finanz GmbH	Hamburg
Künker Numismatik AG	München
Landwirtschaftliche Rentenbank	Frankfurt am Main
LAZARD & CO. GMBH	Frankfurt am Main
LEA Partners GmbH	Karlsruhe
Leipziger Volksbank eG	Leipzig
Lohnbach Investment Partners GmbH	Frankfurt am Main
Lowell Financial Services GmbH	Essen
LRP Capital GmbH	Mainz
Mackewicz & Partner Investment Advisers	München
Mademann & Kollegen GmbH	Erkelenz
Maple Bank GmbH	Frankfurt am Main
MEDIAN SERVICES (DE) GmbH	München
Median Solutions (DE) GmbH	Hamburg
Mercer Deutschland GmbH	München
Milbank, Tweed, Hadley & McCloy LLP	Frankfurt am Main
MULTI-INV€ST Gesellschaft für Vermögensbildung mbH	Eschborn
Nau Steuerberatungssozietät	Frankfurt am Main
Nord Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH	Hannover
norisbank GmbH	Berlin
North Channel Bank GmbH & Co. KG	Mainz
Notenstein Financial Services GmbH	München
NYCON ENERGY AG	Frankfurt am Main
OFB Projektentwicklung GmbH	Frankfurt am Main
optegra Investment Services GmbH	Köln
P.A.M. Privates Anlage Management GmbH & Co.	Hamburg
PalaisQuartier Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Pareto Sec GmbH	Hamburg
partake AG	Berlin
PASS Banking Solutions GmbH	Aschaffenburg
Pass IT-Consulting G. Rienecker GmbH & Co. KG	Aschaffenburg
Patriarch Multi-Manager GmbH	Frankfurt am Main
PEMA GmbH	Herzberg am Harz
PGIM Ltd., German branch	München
PGIM Real Estate Germany AG	München
Philips Medical Capital GmbH	Wuppertal
Phynance GmbH	Köln
PMP Vermögensmanagement Donner & Reuschel Luxemburg S.A. Niederlassung Deutschland	Düsseldorf
PontosConsult GmbH	Düsseldorf

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

PreSelect GmbH	Berlin
PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Frankfurt am Main
PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft	Frankfurt am Main
Pricoa Capital Group	Frankfurt am Main
Proceed Asset Trading GmbH	Essen
Proceed Collection Services GmbH	Essen
Proceed Portfolio Services GmbH	Essen
Proceed Securitization Services GmbH	Essen
prompter AG	Mainz
PwC IT Services Europe GmbH	Frankfurt am Main
PwC Strategy& (Germany) GmbH	Düsseldorf
Raiffeisenbank eG	Hagenow
Raiffeisenbank Ehingen-Hochsträß eG	Ehingen
Raum Für Führung GmbH	Frankfurt am Main
RBV GmbH	Gronau
Real I.S. AG Gesellschaft für Immobilien Assetmanagement	München
Real I.S. Investment GmbH	München
Real-Treuhand Immobilien Bayern GmbH, Zweigniederlassung München	München
Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen	Celle
REVISA Berroth + Partner Steuerberatungsgesellschaft	Neckarsulm
Rödl & Bartling GmbH	Hamburg
Rödl & Partner Anwaltskanzlei München GbR	München
Rödl & Partner GbR	München
Rödl & Partner GbR	Nürnberg
Rödl & Partner GbR PMC	Nürnberg
Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Nürnberg
Rödl & Richter GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Berlin
Rödl Consulting AG	Nürnberg
Rödl Dynamics AG	Nürnberg
Rödl IT Operation GmbH	Nürnberg
Rödl Marketing GmbH	Nürnberg
Rödl Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mbH	Eschborn
Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft	Hamburg
Rolf Guerdan, Wirtschaftsprüfer · Steuerberater GbR	Griesheim
Roux Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
RP Rheinische Portfolio Management GmbH	Waldkraiburg
RWE Supply & Trading GmbH	Essen
S Broker AG & Co. KG	Wiesbaden
Santander Consumer Bank AG	Mönchengladbach
Santander Consumer Debit GmbH	Mönchengladbach
Santander Consumer Holding GmbH	Mönchengladbach
Santander Service GmbH	Mönchengladbach
Schallehn Family Office GmbH	Wiesbaden
Schleswiger Volksbank eG	Schleswig
SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank SE	Frankfurt am Main
SdK Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V.	München
Selinus Capital GmbH	Frankfurt am Main
sentix Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf
Servicing Advisors Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
SG Equipment Finance SA & Co. KG	Wuppertal
SIX Payment Services (Europe) S.A., Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
SKS Schweers, Kempes & Schuhmann Unternehmensberatung GmbH & Co. KG	Hochheim
SOLIDA Steuerberatungsgesellschaft mbH	Neuhof
Soltrx Transaction Services GmbH	Düsseldorf
SOLVIA Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Wolfenbüttel
Sparda-Bank Berlin eG	Berlin

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand: 31. Dezember 2017

Standard Chartered Bank Germany Branch	Frankfurt am Main
Standard Life Investments Limited	Frankfurt am Main
Starpool Finanz GmbH	Lübeck
State Bank of India	Frankfurt am Main
Strategic Management GmbH	Frankfurt am Main
Strategic Value Partners (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
STS Informationstechnologie GmbH	Frankfurt am Main
STS Solution GmbH	Frankfurt am Main
SÜBERA GmbH	Au bei Freiburg
SÜDVERS GmbH Assekuranzmakler	Au bei Freiburg
SÜDVERS Kreditversicherungsmakler GmbH	Au bei Freiburg
SÜDVERS Service- und Management GmbH	Au bei Freiburg
SÜDWESTBANK AG	Stuttgart
Süd-West-Kreditbank Finanzierung GmbH	Bingen
SVA Vermögensverwaltung Stuttgart GmbH	Stuttgart
SwanCap Partners GmbH	München
swb Gesellschaft für M&A-Beratung mbH	Kiel
SWB Treuhand GmbH	Stuttgart
Swift Capital Partners GmbH	Hamburg
Taunus Trust GmbH	Bad Homburg
Tiberius Services GmbH	Stuttgart
TK Finanzconsulting GmbH & Co. KG	Beckum
TK Finanzen & Service GmbH & Co. KG	Beckum
TMW Pramerica Property Investment GmbH	München
TRADEGATE AG, Wertpapierhandelsbank	Berlin
TRADEGATE Exchange GmbH	Berlin
Trigonum GmbH	Hamburg
TriSolutions GmbH	Hamburg
TRUCKPORT Zweigniederlassung der SG Equipment Finance SA & Co. KG	Karlstein
Universal Leasing GmbH	Essen
Universal Leasing Verwaltungsgesellschaft mbH	Essen
ValEx Deutschland GmbH	Stockheim
Value-Trust Financial Advisors GmbH	München
ValueTrust Financial Advisors SE	München
V-Bank AG	München
VCM Capital Management GmbH	München
VESTA GmbH	Idar-Oberstein
Vistra (Germany) GmbH	Frankfurt am Main
VÖB-Service GmbH	Bonn
Volksbank Rhein-Ruhr eG	Duisburg
von der Heydt Capital Finance GmbH & Co. KG	München
vPE WertpapierhandelsBank AG	München
VR-Bank Ehningen-Nufringen eG	Ehningen
Wagner und Brettmann Vermögensmanagement GmbH	Hannover
WERTE Invest Family Office GmbH	Köln
Werte Invest Vermögensverwaltung GmbH	Köln
Westdeutsche Immobilien Servicing AG	Mainz
Westdeutsche ImmobilienHolding GmbH	Düsseldorf
Westend Brokers AG	Frankfurt am Main
Westend Brokers Research GmbH	Frankfurt am Main
WestFonds Immobilien-Anlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
WestGKA Management Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH	Düsseldorf
WMP Finanzkommunikation GmbH	Frankfurt am Main
XCOM AG	Willich
X-WERT BankTechnology AG	Rheinbach

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.
BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG

Kurfürstendamm 111 – 113
10711 Berlin

Telefon: 030 / 896 01-0
Fax: 030 / 896 01-791

Druck: KOMAG mbH, Berlin

Gedruckt auf Novatech satin matt

